Fingierte Terroranschläge auf die USA S. 11

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 10 – 10. März 2012

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Letztendlich kleines Rädchen im EU-Getriebe: Nur auf den ersten Blick gibt Merkel den Ton bei der Euro-Rettung an

Bild: Ullstein

Die Scheinriesin

Beste Umfragewerte für Kanzlerin: Deutsche hoffen, Merkel verhindere Dammbruch

Bei der Euro-Rettung erweckt Merkel den Eindruck, sie stemme sich gegen überzogene Forderungen der Partner. Doch am Ende gibt sie zumeist klein bei.

Die Meinungsforscher stehen vor einem Phänomen: Die Union kommt in Umfragen kaum von der Stelle, die Liberalen verharren wie festgenagelt in der Todeszone weiter unter fünf Prozent, und die Euro-Politik von Bundesregierung und Opposition gleichermaßen lässt die Wut der Deutschen immer weiter ansteigen. Doch Angela Merkel kann dies alles nichts anhaben: Ihre Popularität steigt und lässt diejenige aller Konkurrenten deutlich hinter sich.

Die konkrete Politik kann es kaum sein, welche der Kanzlerin solches Ansehen verleiht. Es ist vielmehr ihre geschickte Art, in Zeiten, in denen die Grundlagen von Wohlstand und Demokratie gefährdet scheinen, Ruhe, Verlässlichkeit und vor allem Durchsetzungskraft auszustrahlen.

Der Blick auf die realen Resultate von Merkels Politik lässt jedoch nur den Schluss zu, dass sich die Deutschen von der täuschenden Aura einer Scheinriesin verführen lassen. Wie so oft hat Merkel auch bei der Aufstockung des dauerhaften „Rettungsschirms" ESM zunächst ihren entschiedenen Widerstand angemeldet – und damit ihren „eisernen" Ruf poliert. Und wie bislang jedes Mal dürfte sie wieder nachgeben: Aus Regierungskreisen verlautet dies bereits, wie die „Süddeutsche Zeitung" erfahren haben will. Man werde sich mit einem Trick behelfen, heißt es.

> Dem Bundesbankchef Weidmann bleiben nur Worte als Waffen

In einem ähnlichen Licht erscheint die Deutsche Bundesbank. Mit einem flammenden Appell hat sich Bundesbank-Chef Jens Weidmann an den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, gewandt. Weidmann protestiert dort (in einer für die sonst diskreten Notenbanker verblüffenden Deutlichkeit) gegen die ausufernde Geldpolitik des Italieners. Botschaft: Die deutschen Verantwortlichen kämpfen wacker für die Stabilität unseres Geldes.

Die renommierte „Wirtschaftswoche" nennt Weidmanns Vorstoß „reichlich naiv", denn die von Draghi angeführten Weichwährungsländer haben im EZB-Rat die Mehrheit. Da kann der Deutsche noch so viel warnen, zetern und protestieren. So, wie die (von Anfang an absehbaren) Machtverhältnisse im Euro nun einmal sind, haben deutsche Stabilitäts-Ermahnungen keine Chance.

Die Deutschen wissen um die Vergeblichkeit solcher Bemühungen. Ja, sie hegen gar den berechtigten Verdacht, dass Merkels vorgetäuschte Hartleibigkeit oder Weidmanns Prinzipientreue bloß Kulissen sind, die man zu ihrer Beruhigung vor die schreckliche Realität schiebt. Was sich in Merkels Umfragewerten und dem ungeschmälerten Ansehen der Bundesbank niederschlägt, könnte weniger ihr „Vertrauen" sein als der Ausdruck einer tiefen Verunsicherung. In dieser Stimmung klammern sich die Deutschen an die letzten scheinbar starken Autoritäten. Helfen wird es ihnen nicht. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Sold und Ehre

Nun hat Christian Wulff es endgültig geschafft. Hat sein Verhalten bisher lediglich für verhaltenen Unmut gesorgt, feiert der Volkszorn jetzt ein Hochamt. Es ist auch wirklich kaum zu glauben: Der eine muss fast 50 Jahre lang arbeiten, um eine kärgliche Altersrente zu bekommen, während der Polit-Pensionär in den besten Jahren nach gerade einmal 597 Tagen im Präsidentenamt bis an sein Lebensende rund 550 Euro pro Tag einstreicht. Wer die Diskussion darüber einfach als Neid-Debatte abtut, macht es sich zu leicht. Wulff ist ausschließlich über seine eigenen Verfehlungen gefallen. Der Ehrensold aber soll Dank und Anerkennung von Staat und Volk für besondere, ehrenvolle Leistungen zum Ausdruck bringen. Wie ausgerechnet Wulff sich, seinem Amt und unserem Land Ehre gebracht haben soll, wird nicht einmal er selbst erklären können.

Doch die üppige Versorgung allein reicht ihm nicht. Er will auch die anderen Privilegien wie Büro und Fahrer genießen, die einem ehemaligen Staatsoberhaupt zustehen. Diese Regelung an sich ist sinnvoll, werden doch die Altbundespräsidenten weiter als Repräsentanten des Landes und „Elder Statesmen", deren Wort Gewicht hat, wahrgenommen. Im Falle Wulffs ist jedoch kaum anzunehmen, dass er würdevoll mit dieser Rolle umzugehen versteht. Er hatte auch noch nie etwas wirklich Gewichtiges zu sagen. Und selbst dann, wenn das einmal anders sein sollte, wird ihm keiner zuhören wollen. Vom juristischen Standpunkt her mögen Wulff Ehrensold und Privilegien zustehen. Doch nicht alles, was rechtens ist, ist auch gerechtfertigt. Zu erwarten, dass Wulff verzichtet, um verspätet Demut und Größe zu zeigen, wäre naiv. Raffke Wulff wird sich immer treu bleiben.

Die Welt glaubt Putins Tränen nicht

Gelenkter Triumph: Präsident musste offenbar selbst Anhänger für Jubelfeier bezahlen

Als Wladimir Putin am Abend des 4. März auf dem Manege-Platz mit feuchten Augen seinen Unterstützern dankte, passten die Tränen nicht zu seinen Worten. Er triumphierte: „Niemand kann Russland zerstören, die Macht usurpieren!" Die Kulisse der über 100000 Fahnen schwingenden Putin-Anhänger zerbrach sofort nach dem Ende der offiziellen Veranstaltung. Wie im Wahlkampf waren auch diesmal vieltausendfach Menschen für ihr Kommen bezahlt worden. 400 Rubel (rund zehn Euro) seien ihnen versprochen worden, 300 habe es nur gegeben, beklagte eine Rentnerin.

Dass Putin die Oppositionsbewegung weiter bekämpfen wird, zeigte sich am Tag nach der Wahl, als etwa 20000 Anhänger der Bewegung „Für ehrliche Wahlen" auf die Straße gingen. Moskau glich in den Tagen vor und nach der Wahl einer Festung. Ganze Straßenzüge waren von Militär und Spezialeinheiten der Polizei hermetisch abgeriegelt.

> Schwache Zustimmung in Großstädten

Zeitungsberichten zufolge wurden bei der Oppositionskundgebung Provokateure eingeschleust. Nationalisten und radikale jugendliche Putin-Anhänger störten die Reden auf dem Puschkin-Platz. Besonders wurden der Auftritt des Unternehmers Michail Prochorow, der bei der Präsidentenwahl Dritter wurde und die Gründung einer neuen Partei versprach, sowie der des Internet-Bloggers Alexej Nawalnyj durch Zwischenrufe und Krawalle gestört. Nawalnyj sagte, er wolle einen eigenen Fernsehsender gründen, der genauso Propaganda betreiben werde wie der staatliche Erste Kanal, mit dem Unterschied, dass dieser die Wahrheit verbreite.

Am Ende kam es zu 250 Festnahmen Oppositioneller, die sich geweigert hatten, den Platz zu räumen. Unter ihnen Oppositionsführer Ilja Jaschin, Sergej Udalzow von der Linken Front als auch Nawalnyj selbst.

Die neue Opposition in Russland will sich nicht aufhalten lassen und kündigte für den 10. März die nächste Großdemo an. Fraglich ist, wie Wladimir Putin weiter vorgehen wird. In den Millionenstädten, also dort, wo die meisten gut Ausgebildeten und politisch eher Interessierten leben, war sein Wahlergebnis am niedrigsten.

Der Graben zwischen der Regierung und dem neuen Bürgertum wird sich vergrößern, wenn Putin keine Reformen zulässt. Dann könnte der erkaufte Sieg sich als Pyrrhussieg erweisen (siehe auch Seite 13). *M. Rosenthal-Kappi*

Jagd auf Alawiten

Widersprüchliche Nachrichten aus Syrien

Die Nachrichten aus und über Syrien bleiben äußerst widersprüchlich. Während westliche Medien fast einmütig die verheerende Rolle von Diktator Bashar al-Assad hervorheben, zeichnet der Orient-Experte Günter Meyer im Interview mit dem Schweizer „Tages-Anzeiger" ein anderes Bild.

> »Mehrheit steht hinter Assad«

Danach versuche eine skurrile Allianz zwischen den USA, Frankreich und autoritären, teils islamistischen Monarchien wie Saudi-Arabien und Katar, das weltliche, russland- und iranfreundliche Regime von Damaskus aus dem Sattel zu schießen. Nach einer Umfrage, die ausgerechnet von Katar in Auftrag gegeben worden sei, stünde die Mehrheit der Syrer aber hinter Assad.

Zwar seien auch Assad schwere Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen. Doch vor allem religiöse Minderheiten wie Christen und Alawiten (Assad ist Alawit) würden unter einer Machtergreifung der Opposition zu leiden haben. Laut Meyer machen sunnitische Aufständische regelrecht Jagd auf die alawitische Minderheit. Die Moslembrüder dominierten die Opposition. *H.H.*

MELDUNGEN

Braunkohle im Aufwind

Berlin – Im vergangenen Jahr war Braunkohle offenbar der Stromlieferant Nummer eins in Deutschland. Laut der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen wurde ein Viertel des deutschen Stroms auf diesem Wege erzeugt. Durch das Abschalten einiger Kernkraftwerke habe sich die Stromerzeugung durch Braunkohle 2011 um 3,3 Prozent erhöht. Dies konterkariert alle Pläne der Politik, auf erneuerbare Energien zu setzen und bei der Stromproduktion den Ausstoß von Kohlendioxid zu verringern. Da Braunkohlekraftwerke rund um die Uhr, also 7000 Stunden im Jahr, Strom produzieren können, Solarkollektoren aber im sonnenarmen Deutschland nur etwa 900 Stunden Strom liefern, ist Braunkohle eine billige und verlässliche Alternative für die Energieproduzenten. Trotzdem dürfte der beschleunigte Kernenergieausstieg laut dem Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft 2,6 Milliarden Euro Mehrkosten pro Jahr verursachen. *Bel*

Standort D oder Eliteförderung?

Berlin – Die SPD wehrt sich gegen eine geplante Grundgesetzänderung der schwarz-gelben Bundesregierung bezüglich der Aufhebung des Verbots der Bund-Länder-Kooperation in Sachen Bildung. Die Sozialdemokraten unterstellen Bildungsministerin Annette Schavan (CDU), sie wolle Eliteförderung betreiben, da sie nur Universitäten finanziell unterstützen will. Schavan betont, sie wolle eine Grundgesetzänderung, um den Standort Deutschland zu fördern, da viele der von den Ländern finanzierten Universitäten sich ihre Forschungseinrichtungen nicht mehr leisten könnten. Die derzeit einzig erlaubte, befristete Projektförderung über den Bund sei hingegen bürokratisch. Die SPD, ohne deren Stimmen im Bundesrat die Grundgesetzänderung nicht möglich ist, fordert auch Förderung der Schulen über den Bund, ohne dass dieser allerdings bei der Schulpolitik der Länder mitreden dürfe. *Bel*

Hellas aus den Fugen

Neuwahl in Griechenland droht Instabilität zu verstärken – Militärputsch befürchtet

Bei den für April angesetzten Wahlen in Griechenland kündigt sich ein politisches Erdbeben an: Drei linksextreme Parteien liegen bei den Umfragen mittlerweile bei fast 45 Prozent. Doch was bedeutet das für die Euro-Rettung?

Bereits in wenigen Wochen könnten sämtliche EU-Vereinbarungen mit Griechenland nur noch Makulatur sein. Aktuellen Umfragen zufolge bringen es drei Parteien links von der sozialistischen Pasok in der Wählergunst mittlerweile auf über 43 Prozent. Die Demokratische Linke (Dimar) wäre hiernach mit 18 Prozent die zweitstärkste Kraft Griechenlands. Die stalinistischen Kommunisten erreichen in Umfragen 12,5 Prozent und die anarchistische Koalition der Linken (Syriza) zwölf Prozent.

Noch gelten die drei Parteien untereinander als nicht koalitionsfähig. Mit der Aussicht auf eine Machtübernahme könnte sich das allerdings ändern. Noch würde die Nea Dimokratia (ND) mit 31 Prozent die stärkste politische Kraft werden. Das griechische Wahlrecht – eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht – stützt eigentlich die Regierungsbildung durch die jeweils stärkste Partei. Unter anderem fallen ihr die Stimmanteile der Parteien zu, die an der Drei-Prozent-Hürde im griechischen Wahlrecht scheitern. Trotz derartiger Hilfestellung spricht vieles dafür, dass die bevorstehenden Wahlen nicht zu einer stabilen Regierung führen werden. Die inzwischen auf acht Prozent geschrumpfte Pasok-Partei ist als Partner der ND zu klein. Weitere Koalitionspartner sind nicht in Sicht: Die rechts von der ND stehende Kleinpartei Laos ist erst vor kurzem aus Protest gegen die Sparpläne aus der Regierung ausgetreten. Die radikale Partei Chrysi Avgi gilt als untragbar.

Regierung schon jetzt ohne Unterstützer

Selbst wenn es gelingen sollte, etwa mit von Brüssel bezahlten Wahlgeschenk, die Nea Dimokratia in die Regierung zu hieven, bliebe die Lage instabil. Im Parlament würde die ND unter dem Dauerfeuer einer starken Opposition von ganz links stehen. Im öffentlichen Leben werden die Demonstrationen und Streiks weiter zum Dauerphänomen gehören.

Mit Unterstützung durch den selbst von Sparmaßnahmen betroffenen Beamtenapparat ist kaum zu rechen. Nicht eine linksextreme Splittergruppe, sondern die griechische Polizeigewerkschaft forderte unlängst die sofortige Ausstellung von Haftbefehlen gegen Beamte, die bei den von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) geforderten Sparmaßnahmen mitwirken. Die Begründung der Beamtenvertretung: Die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission versuche „die demokratische Ordnung abzuschaffen“.

Militärische Führung ausgewechselt

Potenziell noch gefährlicher könnte allerdings die Unzufriedenheit des griechischen Militärs werden, das bereits von 1967 bis 1974 einmal die Macht übernommen hatte. Im übrigen Europa kaum beachtet, wurde die gesamte militärische Führungsspitze im letzten November überraschend ausgewechselt. Neben dem Generalstabschef verloren auch die Chefs von Heer, Marine und Luftwaffe ihrer Posten. Über die Hintergründe gibt es nur Mutmaßungen. Ob eine trotz Verbot stattgefundene Militärparade oder die Besetzung des Verteidigungsministeriums durch pensionierte Offiziere wirklich als Gründe ausgereicht haben, die komplette Militärführung in den Ruhestand zu schicken, mag dahingestellt bleiben. Allerdings wäre es ein Zeichen dafür, wie blank die Nerven liegen und wie ernst griechische Politiker das Militär als Machtfaktor immer noch nehmen.

Eine weitere mögliche Erklärung für den Rausschmiss der militärischen Führung lieferte der für die Zeitung „Liberation“ arbeitende Journalist Jean Quatremer: Gegenüber Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy soll der damalige Premierminister Georgios Papandreou seine im November vorgebrachte Forderung nach einer Volksabstimmung mit der Gefahr eines im Raum stehenden Militärputsches begründet haben, so Quatremer.

Eine Steilvorlage für ein derartiges Szenario könnte womöglich sogar der IWF in einem seiner letzten Memoranden geliefert haben. Dort wurden Ausgabenkürzungen im Verteidigungsbereich gefordert, selbst wenn „dadurch die Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht mehr gewährleistet ist“. Sollte in Athen tatsächlich das Militär Putschpläne haben, könnte es sich kaum einen besseren Vorwand wünschen. *Norman Hanert*



Der griechische Staatspräsident Karolos Papoulias nimmt Militärparade ab: Die Regierung in Athen will das Militär nur zum Nationalfeiertag in der Hauptstadt einmarschieren lassen und einen Putsch unmöglich machen Bild: imago

Die Schulden-Uhr: Gewinn halbiert

Der Sturzflug der Bundesbankgewinne geht weiter. Der Jahresgewinn ist von 4,1 Milliarden Euro 2009 über 2,2 Milliarden Euro 2010 auf nicht einmal eine Milliarde Euro 2011 geschrumpft. Das ist der niedrigste Wert seit sieben Jahren. Dabei war für 2011 eine Trendumkehr und ein Anstieg der Gewinne auf 2,5 Milliarden Euro erwartet worden. Da die Gewinne in den Bundeshaushalt fließen, bedeutet das über eineinhalb Milliarden Euro mehr Schulden, sofern denn nicht mit Ausgabenkürzungen oder sogenannten Einnahmeverbesserungen gegengehalten wird. Der Grund für den Gewinnrückgang sind schuldenkrisenbedingte Sicherheitsrückstellungen. *M.R.*

2.037.016.289.018 €

Vorwoche: 2.036.212.320.553 €
Verschuldung pro Kopf: 24.902 €
Vorwoche: 24.893 €

(Dienstag, 6. März 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zwickmühle erkannt

US-Medien loben Deutschland, sehen aber auch Berlins Probleme

Mitten im Drama der Euro-Krise, die Angela Merkel zunehmende Kritik im eigenen Land einbringt, ist ein Trost für die belagerte Kanzlerin aufgetreten: Die Amerikaner blicken mit Bewunderung auf die deutsche Führungsmacht in Europa. Sie preisen Merkel als „uneingeschränkten Boss im europäischen Lager von 25 Nationen“ und zitieren gar Josef Joffe von der „Zeit“: „Königin von Europa“. Die „L.A. Times“ fragte vor kurzem in einem langen Bericht: „Ist das Deutschland von heute das Amerika von gestern?“ Danach gleicht die Wirtschaftsmacht der Deutschen der in den USA vor einer Generation: „Die Deutschen haben alles richtig gemacht. Sie haben ihr Budget kontrolliert, erzielen mit ihrer exzellenten Industrie einen ständigen Export-Überschuss. Und sie haben kluge Reformen eingeleitet wie die Heraufsetzung des Rentenalters. Sie haben fabelhafte Straßen und Züge, ein soziales Netz inklusive perfekter Krankenversicherung und sicherer Renten sowie beste Ausbildungsmöglichkeiten auf jedem Gebiet. Dafür gehen sie nicht ständig teuer essen und überziehen nicht ihre Kreditkarten durch unkontrollierte Käufe. Die Deutschen werden angehalten zum Sparen. In Amerika werden die Leute zu ständigen hektischen Kaufen animiert, weil die Wirtschaft auf Konsum ausgerichtet ist.“

Neben dem großen Respekt für ein Land, das schon wieder an der Spitze ist nach zwei verlorenen Kriegen, flächendeckender Zerbombung, Demontage seiner Industrie und Teilung werden jedoch die aktuellen Probleme nicht übersehen: die Gefahr, dass dieses blühende Land mit in den Strudel der europäischen Malaise gezogen werden könnte. In einer interessanten Analyse zitiert Timothy Garton Ash, Professor der Universitäten Stanford und Oxford, Thomas Manns Rede von 1953 vor Studenten in Hamburg: „Wir sollten nicht ein deutsches Europa anstreben, sondern ein europäisches Deutschland.“ Merkels Berliner Republik, sagt Ash, „ist ein europäisches Deutschland im reichen, positiven Sinn, der dem großen Schriftsteller vorschwebte. Es ist frei, zivilisiert, demokratisch, gesetzestreu, sozial und umweltbewusst … Das beste Deutschland, das wir je hatten.“ Doch durch die Euro-Krise befänden sich die Deutschen nun doch, ungewollt, in einem „deutschen Europa“ und in einer nun auch politischen Führungsrolle, die Washington und Paris den Franzosen zugedacht hatten. „Jeder sagt“, witzelt er im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Sarkozy und Merkel, „Europa ist angeführt von ‚Merkozy‘. Aber in Wirklichkeit ist es mehr ‚Merkelzy‘.“ Kein Zweifel, wer den Ton angibt. Die deutsche Kanzlerin sitzt im Fahrersitz, und Sarkozy ist auf den Nebensitz geraten.

NS-Vergangenheit holt die Deutschen immer wieder ein

Doch wenn die Merkel notgedrungen den Franzosen sagt, wen sie wählen sollen, und den Griechen nebst anderen, wie sie zu sparen haben, kommen sofort wieder die Gespenster der NS-Vergangenheit aus den Gräbern. Das führe, so Ash, zu einer Verunsicherung. „Die Franzosen wollen herrschen und können nicht, die Deutschen können und wollen nicht … Sie werden verdammt, wenn sie führen, und verdammt, wenn sie es nicht tun.“ *Liselotte Millauer*

Washington schweigt

Paris verkauft Moskau Hubschrauberträger

Angekündigt war der große Rüstungskauf der russischen Marine in Frankreich schon lange. Jetzt folgte der Vertragsunterzeichnung der Baubeginn von zwei Hubschrauberträgern für Russland in Frankreich. Russland hatte einen Vertrag über die Beschaffung von gleich vier französischen Hubschrauberträgern der „Mistral“-Klasse mit Frankreich abgeschlossen. Je zwei werden in Frankreich und in Russland gebaut.

Admiral Wladimir Sergejewitch Wyssozki, seit 2007 Befehlshaber der russischen Flotte, äußerte anlässlich der Kiellegung der beiden Hubschrauberträger auf der französischen STX-Werft in St. Nazaire die Erwartung, dass die russische Flotte über beide bereits in drei Jahren verfügen könne. Die Schiffe tragen die in der russischen Marine traditionsreichen Namen „Sewastopol“ und „Wladiwostok“. Während die „Mistral“-Träger der französischen Marine in erster Linie die Aufgaben von Landungsschiffen übernehmen und neben den 16 Bordhubschraubern die Möglichkeit besitzen, bis zu 450 Marineinfanteristen anlanden zu können, hat die russische Marine eine Aufwertung ihrer „Mistral“-Einheiten ins Auge gefasst, um sie auch für Kampfaufgaben zu befähigen. Während die französischen „Mistral“-Einheiten mit der Flugabwehr-Rakete „Simbad RC“ mit einer Reichweite von nur etwas mehr als fünf Kilometern ausgerüstet sind, erklärte Admiral Wyssozki, dass die russischen Träger eine vollwertige Luftabwehr erhalten sollen – also eine weitreichende russische Flugabwehrrakete.

Russen rüsten auf

Seltsamerweise sind Versuche Washingtons, dieses Waffengeschäft Frankreichs mit dem alten Gegner der USA zu unterbinden, bislang nicht bekannt geworden, obwohl der Erwerb der „Mistral“-Einheiten einen gewaltigen Zuwachs an schiffsbaulichem Wissen für Russland darstellt. Über den Baubeginn der beiden in Russland zu bauenden Einheiten und der damit verbundenen Herausgabe der französischen Baupläne wurde bislang nichts bekannt. *Hans Lody*

Der Journaille in die Karten geschaut

Von Theo Maass

Helmut Dietl ist einer der profiliertesten deutschen Filmregisseure, und er steht politisch weit links der Mitte – wie fast alle Kulturschaffenden in Deutschland. Seine bisherigen Filme („Schtonk", „Rossini", „Late Show") und Serien („Kir Royal" oder „Monaco-Franze") waren große Erfolge und wurden von der Kritik gelobt. Mit seinem neuesten Film „Zettl" soll das nun anders sein.

„Zettl" spielt in Berlin und will der schreibenden Zunft und der politischen Klasse der „Berliner Republik" den Spiegel vorhalten. „Unschlagbar charakterlos" lautet denn auch treffend der Untertitel. Gegen den Film formierte sich schnell eine Allianz vom alten SED-Blatt „Neues Deutschland" bis zu „Spiegel" und „Süddeutscher Zeitung". Unisono wird an dem Streifen herumgenörgelt. Dietl habe am Spreeufer für seinen Film einige zusätzliche Hochhäuser als Skyline aufbauen lassen, wird beispielsweise moniert. Der gute Franz Xaver Kroetz (Protagonist in Dietls legendärem „Kir Royal") werde schon gewusst haben, warum er die Hauptrolle nicht spielen wollte.

Dennoch glänzt „Zettl" mit einem Aufgebot prominenter Schauspieler wie Michael „Bully" Herbig, Dieter Hildebrand, Harald Schmidt, Ulrich Tukur, Karoline Herfurth und Dagmar Manzel.

Wer seinen Obolus an der Kinokasse entrichtet hat, der darf einen Blick hinter die Kulissen tun und sich fragen: Ist es Realität oder doch ein bisschen übertrieben, was der Dietl da kredenzt? Langweilig und belanglos, wie das „Neue Deutschland" schrieb, ist „Zettl" jedenfalls nicht. Woher dann die ätzenden Verrisse? Im Kinosessel stellte sich mir der Verdacht ein, dass Politiker und Mainstreamjournalisten es häßlich finden, wenn ihnen der Spiegel vorgehalten wird und breite Massen Einblicke in ihre Praktiken erhalten.

Tatsächlich waren ja auch zur Filmpremiere am 1. Februar keine Politiker erschienen, und der Qualitätsjournalismus hat den Film niedergeschrieben. Kein Wunder: Wenn man erfährt, dass heutzutage jeder Dödel „schreiben" oder gar Chefredakteur werden kann, dass die Geldgeber der Branche im Hintergrund Storys erfinden, veranlassen und auch wieder verschwinden lassen, fragt man sich, ob Dietl damit Friede Springer oder Liz Mohn oder gar beide gemeint hat. Wer Einblicke in die reale Welt der Mächtigen gewinnen will, soll sich beeilen, denn der Film wird bald aus den Lichtspieltheatern verschwunden sein – so wie die Mächtigen es wollten. Dietl selbst über sein Werk: „Wenn man das, was hier gerade pseudo-politisch passiert, in einem Film erzählt hätte, hätte einem das keiner geglaubt."

Schulpolitik in der Sackgasse

Berlins Senat versagt bei der Sprachförderung schon im Kindergarten



Im Spiel die deutsche Sprache lernen: In Berlin lässt das Ergebnis allerdings zu wünschen übrig, da auch Kinder, die Kitas besucht haben, starke Defizite aufweisen

Bild: T. Silz/dapd

Der von Berlins rot-rotem Senat seit 2006 finanziell geförderte Besuch von Kindertagesstätten (Kitas) hilft den geförderten Kindern wenig beim Spracherwerb. Das zeigen aktuelle Untersuchungen: Trotz Millionensubventionen hat rund jedes sechste Kind erhebliche Sprachprobleme.

Berlins Schulpolitik, insbesondere die Sprachförderung, steht erneut am Pranger. Dass viele Berliner laut einer aktuellen Forsa-Umfrage die Schulpolitik ihres Landes vor allem wegen der Schullotterie zur Vergabe von begehrten Gymnasialplätzen (die *PAZ* berichtete) und dem verkürzten Abitur ablehnen, dürfte die Politik kaum überraschen. Gerade im Bereich der für die Integration so wichtigen Sprachförderung hagelt es in letzter Zeit aber zusätzlich schlechte Noten für die Landesregierung.

Das ist angesichts der zu Koalitionsbeginn von Rot-Schwarz verkündeten Idee, Berlin zum vorzeigbaren Musterschüler von Integration zu machen, ein Alarmsignal. Das Berlin-Institut übte erst kürzlich in einer Studie „Dem Nachwuchs eine Sprache geben" Kritik an der bundesweit betriebenen Sprachförderung für Einwandererkinder. In Berlin wiesen demnach 34 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft in Betreuungseinrichtungen Sprachprobleme auf. Die Politik unterlässt es demnach besonders im Bereich der Sprachförderung, ihre Maßnahmen zu prüfen, behindert mit ihren Vorgaben sogar eine Diskussion.

Aktuelle Sprachtests unter allen Vorschulkindern bestätigen nun erneut dieses Bild: Nur die Hälfte der Vier- bis Fünfjährigen mit Sprachförderbedarf hat zwei bis vier Jahre lang eine Kita besucht. Die aktuelle Sprachstandserhebung der Kitas von 2011 zeigt, dass gut 17 Prozent der 27000 Kitakinder aus dem Geburtsjahrgang 2006 einen „Sprachförderbedarf" aufweisen. Kurzum: Die Gesamtlage bessert sich nicht. Laut Sprachtests sind sogar 2400 Kinder, die mindestens zwei Jahre eine Kita besucht haben, schlicht nicht schulreif. Ohne weitere Sprachförderung kommen sie jedenfalls nicht in der Schule mit.

Dem Senat droht indes nicht nur eine Kita-Blamage, sondern zudem ein drastischer Lehrermangel. Viele Pädagogen gehen demnächst in Rente, Junglehrer hingegen wollen, frustriert von schlechter Bezahlung und miesen Anstellungsbedingungen ohne Beamtenstatus oder auch nur Tarifvertrag, das Bundesland verlassen. Dabei hatte der Senat versprochen, mehr Lehrer einzustellen und auch so Kinder zu fördern – Widersprüche über Widersprüche.

Noch 2006 hatte die SPD im Wahlkampf mit dem kostenlosen Kitaplatz geworben. Nun fällt dessen erhoffte Wirkung auf die Sprachförderung einfach aus. Weil die Rechnung nicht aufgeht, leiden die Kinder: Das Geld für sinnvolle Fördermaßnahmen fehlt. Berlins Erzieherinnen wurden bisher schon im bundesweiten Vergleich eher unterdurchschnittlich bezahlt. Der alte und neue Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) setzte in den Haushaltsverhandlungen fast durch, dass jede fünfte Erzieherstelle mit einem günstigen Sozialassistenten statt einer regulären Kraft besetzt wird.

> Gleichheit über alles: Sonderschulen werden abgeschafft

Es scheint, dass Berlins Senat weiter zu viel auf einmal will: sparen und fördern. Verhängnisvoll wirken aber vor allem die ideologischen Schwerpunkte, die vor allem auf Gleichbehandlung setzen. Mit teils alarmierenden Folgen: Laut Jugendverwaltung sind bei den unverändert vielen Schülern mit Sprachförderbedarf auch Kinder mit Behinderungen eingerechnet. Gerade für deren Förderung stehen schon die nächsten politischen Planspiele an: Unter dem Stichwort „Inklusion" sollen behinderte Kinder mit schwerwiegenden Lernschwierigkeiten vollständig in die Regelklassen eingebunden werden.

Die Sonderschulen will Berlins Politik abschaffen, was die Wahlfreiheit für die Betroffenen ausschließt. Allein für den erhöhten Personalbedarf infolge der „Inklusion" rechnet der Senat bis 2016 mit Kosten von 4,7 Millionen Euro. Insgesamt beharrt er aber auf einer kostenneutralen Einführung des Projekts und erntet dafür selbst von Befürwortern Kritik: Zu schnell, zu „wenig qualitätsvoll" sei die Umsetzung, sagt die Vereinigung der Schulleiter in der linksgerichteten Lehrergewerkschaft GEW.

Schulen in sozialen Brennpunkten bleiben angesichts der vielen durch politische Fehlentscheidungen verschärften Probleme schon jetzt auf der Strecke: Auf den massiven Zuzug von Romakindern vom Balkan ohne Deutschkenntnisse und den dadurch örtlich drastisch gestiegenen Sprachförderbedarf hat der Senat noch nicht reagiert. Hilferufe der Pädagogen verhallen.

Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom Februar zeigen der Politik, wie wenig ihre Förderangebote ankommen: Die Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder mit Einwanderungshintergrund liegt bundesweit bei 14 Prozent, knapp halb so hoch wie bei einheimischen Kindern. Auch der Bund springt inzwischen fördernd in Berlins Kitas ein, um den Spracherwerb so früh wie möglich zu vermitteln, denn mitunter sind weniger als die Hälfte der Kinder in einer Berliner Klasse Deutsch-Muttersprachler. Hier fehlen schlicht Sprachvorbilder, beklagen Wohlfahrtsverbände.

Sverre Gutschmidt

Opfer zweiter Klasse

Entschädigung von SED-Opfern: VOS kritisiert Versäumnisse

Brandenburg will dabei bleiben, dass SED-Opfer, die Anrecht auf Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz haben, die Mittel jedes Jahr neu beantragen müssen. So die Antwort von Sozialminister Günter Baaske (SPD) auf eine Anfrage seines Parteifreundes und Landtagsabgeordneten Werner-Siegwart Schippel.

Die jährliche Antragstellung dient dazu, die Bedürftigkeit der SED-Opfer zu überprüfen. Schippel hatte kritisiert, dass die Betroffenen durch den Zwang zur jährlichen Neubeantragung jedes Mal aufs Neue an das erlittene Unrecht erinnert würden.

Es geht um monatlich bis zu 184 Euro für Personen im Erwerbsalter und bis zu 123 Euro im Rentenalter. Das Geld ist ein Ausgleich dafür, dass die Geschädigten mindestens drei Jahre lang aus politischen Gründen beruflich verfolgt wurden. Dafür müssen sie nachweisen, dass sie aus einem innegehabten Berufsbild in ein niedrigeres versetzt wurden oder dass ihnen das SED-Regime wegen politischer „Unbotmäßigkeit" das Gehalt um mindestens 20 Prozent gekürzt hat. Dabei dürfen sie eine Einkommensgrenze nicht überschreiten.

> Zahlung für Polit-Häftlinge wird nicht angepasst

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) verteidigt Baaskes Haltung: Da die Einkommensgrenze immer wieder mal angehoben werde, hält sie die jährliche Überprüfung für im Interesse der Betroffenen, zumal Rentenerhöhungen selten die Ausgabenerhöhungen (durch Miete etc.) erreichten.

Indes kritisiert die VOS, dass die monatliche Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge der DDR bei 250 Euro pro Person stillstehe und nicht an die Preissteigerung angepasst werde. Für die Renten der DDR-Minister habe die letzte DDR-Volkskammer die Dynamisierung hingegen gesetzlich festgeschrieben. Zudem würden andere Opfergruppen wie Zwangsausgesiedelte und anderweitig politisch Verfolgte gar nicht berücksichtigt, ebenso solche, die weniger als sechs Monate in politischer DDR-Haft gesessen hätten.

NS-Opfer erhielten eine Ehrenrente, auch ins Ausland, SED-Opfer hingegen nicht, so VOS-Sprecher Wolfgang Stiehl gegenüber der *PAZ*. Zwar verwahre sich die VOS gegen eine Gleichstellung von SED- und NS-Staat. Der Leidensdruck für die überlebenden Opfer aber sei „vollauf vergleichbar". Stiehl: „Eine Hierarchisierung der Opfer in Opfer erster und zweiter Klasse ist einfach nur unanständig."

H.H.

Start für Millionengrab

200000 Euro für jeden Meter: »Kanzler-U-Bahn« heftig umstritten

Gefällte Bäume auf der Mittelpromenade von Berlins Prachtboulevard Unter den Linden kündigen letzte Vorbereitungen zu einem umstrittenen Verkehrsprojekt in Berlins Mitte an: der Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor. Für den Bau der lediglich 2,2 Kilometer langen Strecke sind 433 Millionen Euro kalkuliert – pro Meter 200000 Euro. Bis zum Jahr 2019 wird das Vorhaben einen der wichtigsten touristischen Anziehungspunkte Berlins in eine Baustelle verwandeln.

Der Nutzen des Projekts ist allerdings heiß umstritten: Zwischen „Alex" und Hauptbahnhof wird die verlängerte U 5 künftig in nur 500 Metern Entfernung zum S-Bahnring verlaufen, auf dem mehrere Linien verkehren. Ein an der Kreuzung Unter den Linden/Friedrichstraße geplanter Umsteigebahnhof zu einer anderen U-Bahnlinie wird sich sogar nur 250 Meter vom zentralen Ost-West-Umsteigeknoten, dem Bahnhof Friedrichstraße, befinden.

Das Vorhaben geht noch auf Planungen der schwarz-roten Koalition der 90er Jahre zurück: Von der Berliner CDU befürwortet, von der SPD eher abgelehnt, bestand der damals getroffene Kompromiss im Beschluss eines etappenweisen Baus. Zunächst errichtet wurde die Teilstrecke zwischen Hauptbahnhof und Brandenburger Tor. Die als U 55 bezeichnete Stummellinie ist bereits seit dem Jahr 2009 fertiggestellt. Schon dieses Projekt war von Rekordzahlen begleitet: Der Bau der 1,8 Kilometer langen Strecke dauerte 14 Jahre. Der laufende Meter kostete 178000 Euro. Die verbaute Summe von 320 Millionen Euro macht die kurze Strecke zu einer der teuersten U-Bahnbauten bundesweit.

> Für den Berliner Nahverkehr ist die U 5 fast unbedeutend

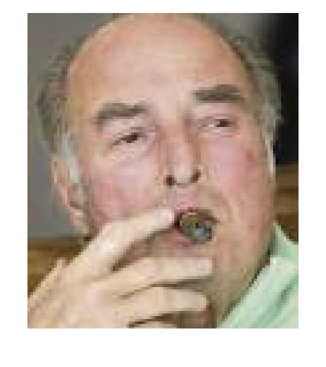
Erst der nun beginnende Verlängerungsbau wird die U 55 an das übrige Berliner U-Bahnnetz anbinden. Der Preis, der dafür gezahlt werden muss, ist allerdings hoch. Zugunsten des Projekts hat das Land Berlin seine Bundeszuwendungen für Verkehrsprojekte fast 20 Jahre quasi aufgespart. Aufgeschoben wurden in der Zeit andere Vorhaben, die nach Meinung der Kritiker wichtiger und nützlicher gewesen wären. Neben Berliner Politikern hatte an dieser Entwicklung allerdings auch der Bund einen gehörigen Anteil: Falls Berlin nicht bereit gewesen wäre, die Teilstrecke zwischen Hauptbahnhof und Brandenburger Tor zu verlängern, hätte der Bund seinen Anteil in dreistelliger Millionenhöhe zurückverlangt.

Norman Hanert

Zeitzeugen



Fidel Castro – Kubas 1926 geborener Revoluzzer und späterer Methusalem-Diktator führte von 1959 bis 2008 die Geschicke des karibischen Inselstaates. Die USA belegten ihn 1962 wegen der Enteignung US-amerikanischer Firmen mit einem Embargo, das Castro mit der Öffnung zur Sowjetunion beantwortete. Die Wirkung ist umstritten. Kritiker vermuten, dass die genannten Verluste hochgerechnet sind und einer Schuldzuweisung für die teilweise katastrophalen Lebensumstände in dem kommunistischen Land dienen sollen. Der wahre Grund für den Niedergang liege in der kubanischen, sozialistischen Misswirtschaft. Immerhin erschloss sich Castro schon kurz nach dem Embargo im gesamten Sowjetreich und in Südamerika neue Märkte. In jedem Fall ist mit 50 Jahren Dauer bis 2012 das Embargo das längste in der jüngeren Geschichte.



Marc Rich – Embargos machten ihn zum Milliardär. Der 1934 in Antwerpen geborene Marcell David Rich nutzte das Embargo der USA gegen die UdSSR für Geschäfte mit Röhren im boomenden Pipeline-Geschäft. Zudem umging er ein Embargo der USA gegen den Iran und belieferte Israel mit persischem Öl. Der jüdischstämmige Rich, der zusammen mit Pincus Green im schweizerischen Steuerparadies Zug ein Rohstoffunternehmen gründete, war auch auf anderen Gebieten aktiv. Der US-Staatsanwalt Rudolph Giuliani, später Bürgermeister von New York, stellte ihn unter Anklage und nannte ihn den größten Steuerbetrüger in der Geschichte der USA. Rich legte die US-Staatsbürgerschaft ab, nahm stattdessen die spanische an.



Napoleon Bonaparte – Der 1769 geborene Franzosenkaiser hatte sich die Wirkung des größten Embargos in Europa, der sogenannten Kontinentalsperre, auch wirkungsvoller vorgestellt, als es in Wirklichkeit den Erzfeind England schädigte. Die Überwachung auf See verschlang zudem Unsummen. Von 1806 bis 1814 war sie in Kraft und untersagte den Export kontinentaler Waren nach England und die Einfuhr englischer Güter nach Kontinentaleuropa. Der napoleonische Protektionismus blieb ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Briten, sie erschlossen sich neue Absatzmärkte, bevorzugt in Amerika. Eine weitere Folge war auch das Aufblühen des Schmuggels und die Schädigung des Handels norddeutscher Hafenstädte.

Stumpfe Waffe

Embargos sind oft wertlos und manchmal sogar kontraproduktiv

Es kann als Paradebeispiel für einen Fehlschlag gelten: Das Embargo der US-Amerikaner gegen das Kuba Fidel Castros „feiert“ in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen, überdauerte neun Präsidentenwechsel im Weißen Haus und konnte dennoch den Zuckerstaat nicht in die Knie zwingen. Die jüngere Geschichte ist voll von ähnlichen Sanktionen zur Erzwingung politischen Wohlverhaltens.

Insbesondere trifft das auf Waffenembargos zu. Wie durch Geisterhand versorgen sich die inkriminierten Regierungen dennoch mit Produkten der Rüstungsindustrie. So hatte in den 1970er Jahren Daimler Benz stets damit geglänzt, dass es nicht an Krisenländer liefere. In Wahrheit wurden Unimogs an die Schweiz verkauft, dort von einer Spezialfirma militärisch aufgemotzt und dann in die kriegsführenden Länder weiterveräußert – ein gängiger Weg für die weißen Westen in den Chefetagen der Konzerne, den ähnlich schon Iraks Saddam Hussein trotz Embargos beschritt, als er deutsche Spezialausrüstungen und Elektronik ins Land holte. Ungeachtet des Röhrenembargos der USA verlegten die Russen Pipelinerohre von Mannesmann, versorgte sich die Apartheid-Regierung Südafrikas mit Waffen sogar aus Israel, gelangten die Milizen des Kongo immer wieder an Waffennachschub über andere unverdächtige Staaten in Afrika. Das kostete, so Amnesty International, rund vier Millionen Menschen das Leben.

Embargos treiben oft seltsame Blüten: So stellte die Privatbank Jugoskandik im Besitz von Jezdimir Vasilijevic nach dem Embargo gegen Rest-Jugoslawien Geldmittel für die serbische Kriegsführung in Bosnien-Herzegowina bereit und unterlief mit sogenannten Pyramidengeschäften (Zinsen werden aus neu eingehenden Guthaben bezahlt) und einträglichem Schmuggel das Embargo. Ihr Chef wurde im Land selbst Boss Jezda genannt und hatte zuletzt Sparer um etwa 217 Millionen D-Mark betrogen.

Nur 34 Prozent der Sanktionen seit 1914 erfolgreich

Auch Simbabwes Diktator Robert Mugabe gelang es immer wieder und entgegen aller internationalen Ächtung, Waffen zu erwerben. Unter anderem lieferte sie das chinesische Schiff „An Yue Jiang“, das seine Fracht im befreundeten Namibia löschen konnte. Mugabes Blutdiamanten als Zahlungsmittel sowie andere Rohstoffe schienen den Einsatz wert.

Von 174 Sanktionen seit der alliierten Blockade Deutschlands im Ersten Weltkrieg waren, so ergab eine ernüchternde Studie des renommierten Peterson Institute for International Economics (PIIE) in Washington, nur etwa 34 Prozent erfolgreich. Und doch werden immer wieder mit großen Hoffnungen neue Embargos verhängt. Bundesaußenminister Guido Westerwelle etwa sieht in ihnen einen Hebel gegen Syriens Diktator Assad, der sich allerdings längst russischer, chinesischer und iranischer Rückendeckung sicher ist und somit die Wirkung von Sanktionen schon jetzt infrage stellt. Sie treffen allenfalls die Bevölkerung durch eine Verteuerung von Lebensmitteln. Auch hier könnte die Situation wie gegen Libyens Ex-Diktator Muammar Gaddafi in einem Krieg eskalieren.

Die EU verhängte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Embargos gegen Birma, die Demokratische Republik Kongo, den Libanon, Nordkorea, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, den Sudan, gegen Usbekistan und Weißrussland sowie jetzt gegen das Mullah-Regime des Iran. Auch hier ist die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen nicht auszuschließen.

Die Überwachung von Embargos in Europa obliegt im Rahmen der Zollabfertigung den Zollämtern. Entstehende Nachteile wie Lieferoder Zahlungsverzug gehen zulasten der Betroffenen, die sich wiederum meist bei der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG rückversichern. Doch die meisten „Blockadebrecher“ bedienen sich längst auch der üblichen Umgehungstricks über unverdächtige Drittländer, von wo die Ware unter weiterer Verschleierung an den jeweiligen „Schurkenstaat“ fließt.

Joachim Feyerabend

Über Umwege ans Ziel

Der Druck der westlichen Welt und Israels auf die Machthaber im Iran scheint groß, dennoch zeigt sich Präsident Ahmadinedschad unbeeindruckt, auch von den angedrohten und zum Teil schon geltenden Embargos. Auch die Schließung der von Teheran gesteuerten EIH-Bank in Hamburg und die jüngste Trockenlegung iranischer Geldquellen durch die dem Herrscherhaus in Dubai gehörende Noor Islamic Bank haben bisher keinen Eindruck in Teheran hinterlassen. Das Noor-Institut hatte dem Regime geholfen, trotz des Embargos Öl zu verkaufen. Schätzungen sprechen von einem Volumen in Höhe von 80 Milliarden US-Dollar. Ermittelt wird auch gegen weitere Geldhäuser der Emirate. Immerhin geht es um äußerst lukrative Geschäfte, denn bei Umgehungen von Embargos fallen entsprechend höhere Provisionen an.

Iran-Embargo gut für China

Der Iran trickst auf mehreren Ebenen, benutzt etwa 66 Briefkastenfirmen in Europa, verschleiert Transportwege durch umbenannte Schiffe (so wurde aus der „Iran Mutafh“ von 2006 die „Amplify“ in 2009) und kauft so Kriegsmaterial in Europa und den USA, wie die „New York Times“ recherchierte. Insgesamt wurden 123 Cargoschiffe umbenannt.

Das ehemalige Persien, dessen atomare Anstrengungen heftig umstritten sind, will sich nicht in die Knie zwingen lassen. Denn bei jedem Embargo gibt es unkontrollierbare Lücken und Teheran hat Geld durch die Einnahmen aus seinen Ölgeschäften. Zudem steht die nach Rohstoffen hungernde Volksrepublik China als Abnehmer bereits vor der Tür. Teheran sprach seinerseits ein Öllieferungsembargo gegen europäische Staaten aus, trumpft mit Drohungen auch militärischer Art auf, manchen Auguren scheint ein dritter Weltkrieg bevorzustehen.

J.F.



Die Hoffnung stirbt zuletzt: Der Weltsicherheitsrat hat schon so manche Sanktion gegen den Iran beschlossen Bild: pa

Keine Erfindung der Neuzeit

Schon Hanse übte Druck aus, wenn ein Mitglied aus der Reihe tanzte

Der Begriff Embargo als ein politisches oder ökonomisches Druckmittel kommt vom spanischen Wort „Embargo“, was so viel wie Beschlagnahme, Pfändung heißt. Das Verbot von Warenlieferungen an bestimmte Staaten als Sanktion soll beispielsweise der Uno helfen, politische Entwicklungen zu beeinflussen oder Machthaber zum Einlenken oder gar Abdanken zu drängen. Manchmal werden auch Zuwendungen in Aussicht gestellt, wenn etwa Nordkorea, wie gerade jetzt geschehen, seine Atompolitik transparent macht und dafür wegen akuter Hungersnöte große Lebensmittellieferungen erhält. Die meisten Sanktionen treffen indes oft nur die ohnehin notleidende Bevölkerung und wirken deshalb manchmal sogar kontraproduktiv.

Wirtschaftliche Sanktionen wie Embargo oder Boykott sind indes keine Erfindungen der Neuzeit. Schon die mittelalterliche Hanse bediente sich unter der Bezeichnung „Verhansung“ dieses Instrumentariums. Eine verhanste Stadt wurde aus dem mächtigen und einflussreichen Handelsbündnis ausgeschlossen und musste mit wirtschaftlichem Niedergang rechnen.

Bei einem Handelsboykott verweigern eine oder mehrere Nationen den Handel mit einem solcherart geächteten Staat. Bei einem Embargo weigert sich ein Verkäufer, dem Kaufinteressenten Ware zukommen zu lassen. Das Embargo kennt verschiedene Abstufungen.

Embargo und Boykott verfolgen ein klares Ziel

1. So ist ein Rohstoffembargo gegenüber Drittländern ein Mittel, sich gegen zu hohe Preisfestsetzungen zu wehren, wenn sich das der importierende Staat aufgrund der Rohstoffverknappung überhaupt leisten kann.

2. So soll es politische Botmäßigkeit eines Staates herbeipressen, wie beispielsweise Russland mehrfach Gaslieferungen an Weißrussland stoppte, um den Nachbarn auf diese Weise unter Druck zu setzen.

3. So ist der Lieferboykott ein Druckmittel, um höhere Preise oder andere Konditionen durchzusetzen. Bekanntes Beispiel war der Boykott der in der Opec zusammengeschlossenen Ölförderländer von 1973. Das Ziel war eine Preiserhöhung.

4. Als weitere Sanktionen gibt es das Transportembargo, das Diplomatieembargo oder das wohl am schwersten durchzusetzende Waffenembargo.

Strikte Embargos bergen oft eine Kriegsgefahr in sich. Das Embargo der USA gegen Japan, das wegen fehlender Rohstoffe wirtschaftlich sowohl auf die Einfuhr von Materialien als auch auf einen ungestörten Seehandel angewiesen ist, führte zum Gegenschlag in Pearl Harbour und zu einem der grausamsten Kriege im gesamten Pazifik.

Deutschland hält gegenwärtig mehrere Embargos im Außenwirtschaftsverkehr aufrecht. Sie beschränken sich nicht nur auf die Ausfuhr von Waren, sondern auch auf den Zahlungsverkehr. Ausnahmen von Embargos gibt es in Einzelfällen nur aufgrund einer eingetretenen humanitären Notlage. *Joachim Feyerabend*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2365**

Trittin, »taz« und Schweinejournalismus

Medienlandschaft im Wandel: Wie sich das Zentralorgan der Grünen bei der Partei »Die Linke« anbiedert

Nicht nur die Parteienlandschaft Deutschlands hat sich in den letzten Jahren gründlich verändert – die traditionellen Volksparteien verlieren an Boden, neue Gruppierungen an den Rändern erstarken. Auch die Medienlandschaft wandelt sich: Alte Freundschaften erkalten, neue strategische Allianzen tun sich auf.

Nein, zimperlich war er noch nie, der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Trittin. Seine mit beißendem Spott garnierten Verbalattacken trafen bislang vorzugsweise Bürgerlich-Konservative, aus seiner Blickrichtung also alles, was irgendwie „rechts“ ist. Wozu natürlich auch jene Minderheit unter den Journalisten gehört, die sich der „political correctness“ des grün-alternativen Gutmenschentums verweigert, zum Beispiel Kernkraft und CO_2 nicht für Teufelswerk und das Dosenpfand nicht für der Weisheit letzten Schluss im Kampf um die Rettung der (Um-)Welt hält.

Nun aber überraschte Trittin das staunende TV-Publikum mit neuen Tönen. Das heißt, neu waren eigentlich nicht die Töne, sondern die Adressatin: Ines Pohl, streitbare Chefredakteurin der „taz“, die bislang als eine Art Zentralorgan der Grünen galt. Sie betreibe „Schweinejournalismus“ und „Sauerei“, befand Trittin in der ansonsten eher von gepflegter Langeweile geprägten ZDF-Quasselrunde von Maybritt Illner.

Ausgelöst hatte den Wutausbruch Trittins ein „taz“-Kommentar, in welchem den designierten Bundespräsidenten Joachim Gauck „Verharmlosung des Holocaust“ bescheinigt wurde. Für diese „Ungeheuerlichkeit“ müsse die Zeitung sich beim Kandidaten entschuldigen, forderte Trittin von Pohl.

Die seit Sommer 2009 amtierende Chefredakteurin konterte, der Text des Anstoßes sei schließlich nur „eine persönliche Meinungsäußerung“ des „taz“-Autors Demiz Yücel. Sie selbst würde das so nicht schreiben, aber ...

Und dann folgte genau die Argumentationskette, wie wir sie von der SED-Umbenennungspartei „Die Linke“ kennen: Joachim Gauck habe Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) „mutig“ genannt, und er habe den Satz des Amtsvorgängers Christian Wulff „der Islam gehört zu Deutschland“ kritisiert. Folglich habe er „auch überzogene Kritik“ selber provoziert.



Neue Freunde: Unter „taz“-Chefredakteurin Ines Pohl änderte das Blatt seine Ausrichtung — Bild: M. Kappeler/dapd

Ines Pohl, die zu Beginn ihres Wirkens als Chefredakteurin von den neuen Kollegen wegen ihrer offenkundigen Konzeptionslosigkeit noch als „Chefpraktikantin“ verspottet worden war, hat ihre Mannschaft inzwischen gut im Griff. Brav sekundierte „taz“-Autor Stefan Reinecke zwei Tage nach dem Streitgespräch im ZDF, schließlich sei das Blatt als nahezu einziges aus der „Einheitsfront“ der Leitmedien ausgebrochen, während Gauck ansonsten überall „kritiklos bejubelt“ werde. Der einstige DDR-Bürgerrechtler sei „aus jeweils sehr eigennützigem machtpolitischem Kalkül“ zum Präsidentschaftskandidaten „einer sehr großen Koalition, ohne Linkspartei natürlich“, geworden.

Damit ist der Paradigmenwechsel offenkundig. Seit ihrer Gründung im Jahre 1978 war „die tageszeitung“ der treue, wenn auch nicht immer unkritische Begleiter der Grünen auf ihrem Weg von der außerparlamentarischen Bewegung zur Regierungspartei. Unter der langjährigen Chefredakteurin Bascha Mika hatte das Alternativ-Blatt durchaus frischen Wind in den deutschen Blätterwald gebracht und die Presselandschaft um so manche pfiffige Schlagzeile bereichert. Mikas Nachfolgerin Ines Pohl aber verschob die Akzente: weniger Kreativität, dafür noch mehr Ideologie.

> Es bilden sich Allianzen, die früher undenkbar waren

Die Entfremdung zwischen dem alternativen Kultblatt und den Grünen-Realos um Trittin und Joschka Fischer hatte schon zu deren Amtszeit in der Bundesregierung eingesetzt. Nun aber hat das vormalige grüne Zentralorgan die alte politische Heimat wohl endgültig aufgegeben und biedert sich stattdessen bei der Linkspartei an.

Freilich ist dies nicht das einzige Beispiel für den grundlegenden Wandel der deutschen Medienlandschaft. Nicht zuletzt der Umgang mit der causa Wulff offenbarte publizistische Allianzen, die man vor kurzem noch für ausgeschlossen gehalten hätte.

Da spielen sich „Bild“, „Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine“ die Bälle zu, Blätter, die sich früher heftig befehdeten, ja verachteten. „Kritische“ Fernsehjournalisten, denen früher die Standard-Formulierung „wie der Spiegel berichtet“ die höheren Weihen verlieh, berufen sich unkritisch auf die einst so verhasste sogenannte Springer-Presse. Augstein und Springer in medialer Kumpanei – wer hätte das gedacht!

Ein anderes Beispiel: Vor zwei Jahren war die *PAZ* eine der ersten, in der ein Ausstieg Griechenlands und anderer Schuldensünder aus dem Euro und eine Konzentration der Gemeinschaftswährung auf ein starkes Kern-Europa im karolingischen Sinne gefordert wurde. In den großen Leitmedien wurde diese Position damals lächerlich gemacht oder totgeschwiegen, heute aber teilweise von ihnen selber vertreten.

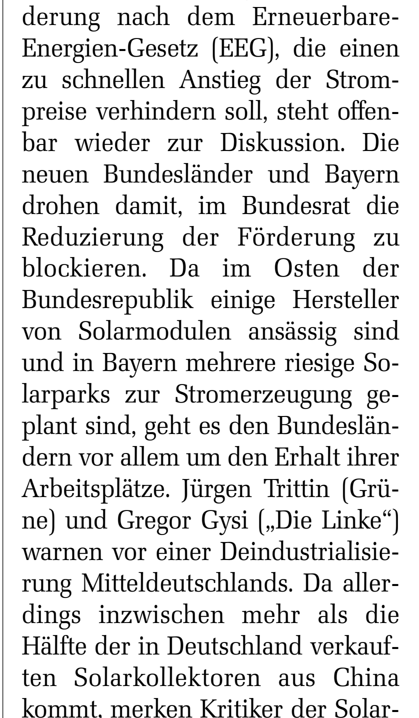
Wer für (oder gegen) was steht, ist für Leser, Hörer und Zuschauer heute kaum noch erkennbar. Das traditionelle Rechts-Links-Schema löst sich auf, was nicht unbedingt ein Verlust ist. Leider aber wird es ersetzt durch einen publizistischen Einheitsbrei, der den Regeln der „political correctness“ folgt und folglich – ganz verfassungskonform – einer förmlichen Zensur gar nicht mehr bedarf.

Das Verhalten Christian Wulffs und die Umstände seines Rücktritts sind – auch in dieser Zeitung – hinreichend beschrieben und bewertet worden. Dazu bedarf es hier keiner weiteren Worte. Darüber hinaus und ganz unabhängig davon aber geht es auch um diese Frage: Wer regiert dieses Land, wer bestimmt, wer welches Amt wie lange innehaben darf? Die demokratisch gewählten Gremien? Oder die vereinigten Chefredakteure von „Bild“, „SZ“, „Spiegel“, ARD und ZDF? Wenn die sich selbst so nennende Vierte Gewalt (die in unserer Verfassung gar nicht vorgesehen ist) sich zur Ersten Gewalt aufschwingt, droht dem System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie Gefahr. Was wir brauchen, ist eine freie, kritische, unabhängige und mutige Presse. Aber hüten wir uns vor Journalisten, die Ermittler, Ankläger, Richter und Henker in einer Person sein wollen!

Hans-Jürgen Mahlitz

MELDUNGEN

Aufschrei der Solarlobby



Berlin – Die Kürzung der Solarförderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die einen zu schnellen Anstieg der Strompreise verhindern soll, steht offenbar wieder zur Diskussion. Die neuen Bundesländer und Bayern drohen damit, im Bundesrat die Reduzierung der Förderung zu blockieren. Da im Osten der Bundesrepublik einige Hersteller von Solarmodulen ansässig sind und in Bayern mehrere riesige Solarparks zur Stromerzeugung geplant sind, geht es den Bundesländern vor allem um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Jürgen Trittin (Grüne) und Gregor Gysi („Die Linke“) warnen vor einer Deindustrialisierung Mitteldeutschlands. Da allerdings inzwischen mehr als die Hälfte der in Deutschland verkauften Solarkollektoren aus China kommt, merken Kritiker der Solarförderung an, dass hiermit vor allem Arbeitsplätze in China subventioniert würden. *Bel*

Rebellion gegen EEG

Regensburg – Nachdem die Rechtsfakultät der Universität Regensburg das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als verfassungswidrig eingestuft hat, wagt der Gesamtverband Textil und Mode einen Aufstand. Geplant ist, dass einige Unternehmen des Verbandes die Zahlung der EEG-Umlage verweigern, um dann verklagt zu werden, um dann „höchstrichterlich feststellen zu lassen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz verfassungswidrig ist“, so der Vizepräsident des Verbandes, Rolf A. Königs. Die Universität Regensburg kam in ihrem Gutachten zu dem Schluss, dass die EEG-Umlage mit dem „Kohlepfennig“ vergleichbar sei. Dieser war 1994 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten worden. Die Studien-Macher betonen, dass es sich bei der Förderung von Ökostrom um eine „Gemeinwohlaufgabe“ handele, die mit Steuermitteln zu finanzieren sei und nicht als „Sonderlast“ allein den Stromverbrauchern aufgebürdet werden dürfe. *Bel*

Brüssel greift durch

Tadel für den EU-Musterschüler

Auf wichtigen Politikfeldern gescheitert, bei unwichtigen Randproblemen allmächtig, so lässt sich die Bilanz der EU-Kommission zumindest der letzten Jahrzehnte auf den Punkt bringen. Dass die Kommission nach wie vor zu Höchstform aufläuft, wenn es um kleinliche Regulierungen fernab eigentlicher Erfordernisse geht, lässt sich derzeit an zwei Streitfällen beispielhaft beobachten. Betroffen ist ausgerechnet der selbsternannte Musterschüler der EU, nämlich Deutschland. Zwar duldet die EU seit Jahrzehnten Steuerbetrug in Südeuropa, Steuerdumping durch Irland und Luxemburg oder dass Griechenland nahezu überhaupt kein funktionierendes Steuersystem hat. Ausgerechnet Deutschland droht nun allerdings in Steuerangelegenheiten Ärger.

Im Raum steht ein von der EU-Kommission angestrengtes Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und die Verhängung von Geldstrafen gegen Deutschland wegen seines ermäßigten Steuersatzes auf Kunst- und Kulturgüter. Der beträgt sieben Prozent gegenüber dem EU-Mindeststeuersatz von 15 Prozent. Möglich ist der abgesenkte Steuersatz nur mit einer Sondergenehmigung, die anscheinend – aus welchem Grund auch immer – niemals von der Bundesrepublik beantragt wurde.

> Deutschland hat keine Sondergenehmigung

Ebenso interessant ist auch die Unterstützung, die Deutschland von der EU bei seiner Strategie einer nachhaltigen Rohstoffsicherung erhält. Anlässlich von Pläne wegen drastisch gestiegener Weltmarktpreise wieder verstärkt auf deutsche Kokskohle zurückzugreifen, hat Brüssel deutlich gemacht, dass sämtliche für die Zechen gezahlten EU-Subventionen zurückgefordert werden, wenn stillgelegte Bergwerke wieder in Betrieb gehen oder der Förderbetrieb nach dem 31. Dezember 2018 weiterlaufen sollte. *N.H.*

MELDUNGEN

Afrika: Kleine Fortschritte

Bonn – „Die Demokratie ist auf dem Vormarsch“, sagt Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik über Afrika. „Zumindest 20 der 55 Länder des Kontinents gelten heute als demokratisch.“ Und auch wirtschaftlich tut sich einiges, allerdings von einem niedrigen Niveau aus. In Ruanda verkündete ein Regierungsbeamter stolz, dass inzwischen nur noch 50 und nicht mehr wie noch vor zehn Jahren 86 von 1000 Neugeborenen vor dem fünften Lebensjahr versterben. Im Tschad hingegen erreicht aber gar eines von fünf Kindern nicht das fünfte Lebensjahr. Nach Angaben der Weltbank lebt jeder zweite Afrikaner von weniger als 1,25 Dollar am Tag. *Bel*

Aufgabe für Historiker

Paris – Frankreichs Verfassungsrat stoppte das von der konservativen Regierung geplante Gesetz gegen die Leugnung von Völkermord, da es gegen die Meinungsfreiheit verstoße. Von den rund 400 000 Armeniern in Frankreich ventiliert, sollte das Gesetz die Leugnung in Frankreich offiziell anerkannter Völkermorde ahnden, was vor allem in der Türkei für Empörung gesorgt hat. Der Rat verwarf das Vorhaben und betonte, sich nicht in die Beurteilung durch Historiker einmischen zu wollen. Ein Gesetz von 2001, das den Völkermord an den Armeniern anerkennt, bleibe gültig. In Bezug auf das französische Gesetz von 1990 zum Holocaust stellte der Verfassungsrat ebenfalls die weitere Gültigkeit fest, da dieser international anerkannt sei. Das Gericht legte der französischen Regierung im aktuellen Entscheid nahe, die Strafbarkeit nicht von französischer, sondern internationaler Anerkennung eines Völkermordes abhängig zu machen. *SV*

Gelähmte Industrienation

Japan: Wirtschaftsstagnation und politische Blockade versperren Wege aus der Krise

Der Wiederaufbau nach dem Tsunami vor einem Jahr kommt nur zögerlich in Gang und auch die japanische Wirtschaft bietet ihrem Premier keine solide Basis, um endlich mal wieder gute Nachrichten zu verkünden.

Premier Yoshihiko Nodahat es nicht leicht. Erst seit September ist der 55-Jährige Premierminister Japans – der sechste in sechs Jahren – und schon sind seine Zustimmungsraten, ohne dass er viel falsch gemacht hätte, mit nur noch 37 Prozent in den Keller gerutscht. Mitte Januar hat er sein Kabinett umgebildet und mit Katsuya Okada als Vizepremier einen starken Verbündeten an Bord geholt, der die dringenden Reformpläne für die überfälligen Steuer-, Renten und Verwaltungsreformen durchsetzen soll. Doch auch das hat nichts geholfen. In der regierenden mittelinken Sammlungspartei der Demokraten gilt der Offizierssohn Noda als Konservativer. Als vormaliger Finanzminister will er bis 2015 durch die stufenweise Erhöhung der Verbrauchssteuern von fünf Prozent auf zehn Prozent die galoppierende Neuverschuldung der japanischen Staatsfinanzen eindämmen. Der Plan hat nur einen Schönheitsfehler: Im Jahr 2009 hatte seine Partei, damals noch in der Opposition, mit dem Versprechen, die allgemein unbeliebten Verbrauchssteuern nicht zu erhöhen, einen Erdrutschsieg errungen und die 60 Jahre lang regierenden konservativen Liberaldemokraten (LDP) von der Macht verdrängt. Jede Menge sozialer Wohltaten waren dem Wahlvolk versprochen worden, die allesamt durch die Kürzung unproduktiver Staatsausausgaben ohne Steuererhöhungen finanziert werden sollten. Außer einigen spektakulär annullierten Großprojekten kam jedoch in den letzten zwei Jahren nicht viel beim Verwaltungssparen heraus. Dazu kommt jetzt der Wiederaufbau der vom Tsunami verwüsteten Küstenstädte, für den im nächsten Haushaltsjahr 180 Milliarden Euro vorgesehen werden mussten und der nur erst sehr zögerlich in Gang kommt. Nun sinnen die oppositionellen Liberaldemokraten auf Rache, und obwohl sie selbst die Notwendigkeit höherer Verbrauchssteuern zur Haushaltssanierung und zur Finanzierung der Renten der immer älter werdenden Bevölkerung einsehen, denken sie nicht daran, den verhassten Demokraten aus ihrem Dilemma der gebrochenen Wahlversprechen zu helfen. Das ist umso gravierender, als die LDP im Oberhaus die Mehrheit hat, das zwar weniger mächtig als das Unterhaus ist, aber in Steuer- und Haushaltsfragen mitentscheidet. Die Liberaldemokraten wollen, dass Noda angesichts der Blockade Neuwahlen ansetzt und seine wortbrüchigen Demokraten sie verlieren. Doch sind auch innerhalb der stark fraktionierten Demokraten die von 60 Prozent aller Japaner abgelehnten Steuererhöhungen umstritten. Neun Abgeordnete haben die Partei deshalb bereits verlassen. Auch Ichiro Ozawa, der stets aus dem Hintergrund wirkende Chef der mit Abstand mächtigsten Fraktion bei den Demokraten und der bereits ihre früheren Premiers Hatoyama und Kan stürzte, ist gegen die Steuerpläne. So wirkt die Regierung trotz des aufrechten und soliden Noda an der Spitze kaum als länger handlungsfähig.

Gleichzeitig hat Japan, vor 20 Jahren Exportweltmeister in den Zukunftstechnologien, gravierende Wirtschaftsprobleme. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten rutschte die Handelsbilanz in die roten Zahlen. Ursächlich sind der überhöhte Kurs des Yen als Fluchtwährung aus der Dollar- und Euro-Krise sowie die Produktionseinbrüche der japanischen Automobil- und Elektronikwirtschaft nach dem Erdbeben vom 11. März des Vorjahres und den Überschwemmungen in Thailand im Herbst, die dort japanische Werke in den Industriezonen monatelang lahmlegten. Dazu hat die Abschaltung der Atomkraftwerke in Japan – derzeit sind nur noch drei von 54 in Betrieb, alle anderen sind nach periodischen Instandsetzungsarbeiten wegen Vorbehalten der Anwohner nicht wieder ans Netz gegangen – die Rechnungen für die dramatisch gesteigerten Rohöl- und Flüssiggasimporte für Wärmekraftwerke enorm erhöht. Da Japan über keine eigenen fossilen Energiequellen verfügt – die Kohlevorkommen sind alle erschöpft –, muss alles importiert werden. So stiegen die Gesamtimporte energiebedingt im Vorjahr um 15 Prozent, während die Exporte um zwei Prozent abnahmen. Noch gelingt es durch – freilich stark geschrumpfte – Kapitaleinkommen aus ausländischen Investitionen, Dividenden und Zinseinkünften der Japaner die Zahlungsbilanz knapp positiv zu halten. Doch hat vor allem die Nationalbank Angst, dass in drei bis fünf Jahren Japan zur Finanzierung seiner Staatsschulden, die mit 220 Prozent des Bruttoinlandsprodukts südeuropäische Dimensionen weit in den Schatten stellen, von den chronisch nervösen internationalen Finanzmärkten abhängig werden wird. Damit würden auch die Zinsen steigen. Die Zeiten des Schuldenmachens bei den braven eigenen Bürgern zum Nulltarif wären dann vorbei.

Weil die Exportindustrie ins billigere Ausland abwandert, drohen dann griechische Verhältnisse – und dies nicht in einem kleinen Urlaubsland in der europäischen Peripherie, sondern in der drittgrößten Industrienation der Welt, deren politisches System derzeit, wie ein Kaninchen auf die Schlange starrend, gelähmt und handlungsunfähig ist.

Albrecht Rothacher





Ein Jahr danach (oben): Zwar sind die Trümmer vom Tsunami (unten) weggeräumt, doch der Wiederaufbau stockt Bild: pa

EU-Streit um Minderheiten

Rumänien drohte sogar mit Blockade von Serbiens EU-Beitritt

Serbien wird keine unerfüllbaren Bedingungen akzeptieren“, sagte der serbische Staatspräsident Boris Tadic am 28. Februar in Brüssel. Es waren auch keine zu befürchten, nachdem Serbien seine Blockade des Kosovo gelockert hatte und nun eigentlich EU-Beitrittskandidat werden konnte. Das verhinderte jedoch in letzter Minute Rumänien – ausgerechnet einer der fünf EU-Staaten, die das Kosovo nicht anerkennen, und damit ganz auf serbischer Linie liegen –, als es Serbien einen „Schutz der walachischen Minderheit“ als neue Vorbedingung draufsattelte. Das entspricht „nicht dem Geist der europäischen Zusammenarbeit“, rügte Außenminister Guido Westerwelle, so die Verärgerung der ganzen EU gut artikulierend.

Rumäniens Außenminister Cristian Diaconescu ruderte rasch zurück: keine Blockade, nur eine Erinnerung an EU-Standards für Minderheiten. Oder war es eine rumänische Revanche gegen die Niederlande, die Rumänien die Aufnahme in die Schengen-Zone verwehrten? EU-Parlamentspräsident Martin Schulz warnte umänien, dass wenn es Serbien blokkiere, es niemals nach Schengen komme. In der Nacht zum 2. März signierten dann die EU-Botschafter Mihnea Motoc (Rumänien) und Roksanda Nincic (Serbien) ein Abkommen zum Minderheitenschutz beider Länder.

Welche Minderheiten meinte dieses flüchtig geschusterte Abkommen? In Rumänien leben 20 Minderheiten, darunter 23 000 Serben, in Serbien über 30, darunter 1500 Rumänen und 40 000 Walachen. Diese werden von Bukarest als „Rumänen“ reklamiert, was sie nicht sein wollen. Der „Nationalrat der Walachen“ und ähnliche Organisationen in Serbien sind verärgert, wenn Rumänien Serbien ein „Ultimatum“ stellt, denn „wir Walachen fühlen uns hier nicht entrechtet und außer uns gibt es eine rumänische Minderheit, die Rumänen als ihr Mutterland ansieht“.

> Bukarest spielte Walachen als Joker aus

Walachen leben in der Woiwodina und im nordserbischen Timok-Tal, und zwar länger, als es den Staat Rumänien beziehungsweise seine Vorläufer Moldau und Oltenien gibt. In alten deutschen Chroniken wurde Oltenien „Walachei“ genannt, abgeleitet von altdeutsch „welsch“. „Walachen“ war zuerst ein Sammelname für alle Rumänen, die sich nach Wohnort und Sprachkonvention differenzierten. Etwa 90 Prozent des rumänischen Ethnikums machen die „Dakorumänen“ aus, die in Rumänien und Moldowa leben. Lediglich 12 000 zählen die „Menglenorumänen“ in Griechenland und Makedonien, allein für die Balkanromanistik interessant sind die 1500 „Istrorumänen“ („Ciribirci“) auf der Halbinsel Istrien, Nachfahren karpatischer Wanderhirten aus dem 12. Jahrhundert. Die wahren „Walachen“ sind die 300 000 „Aromunen“ (Zinzaren, Kuzowalachen) vom West- und Süd-Balkan, eine fleißige, intelligente Volksgruppe, deren ethnische Mimikry ein makedonisches Sprichwort glossiert: „Reicher Walache = Grieche, armer Walache = Makedone“.

Wegen dieser Mimikry ist die genaue Zahl der Vlachen unbekannt. Alle Rumänen, Walachen, Zinzaren sind Nachfahren der urbalkanischen Daker und Geten, die von den Römern bis zum 3. Jahrhundert romanisiert wurden und in ihren Sprachkonventionen, bei aller Binnendifferenzierung, das lateinische Erbe aller romanischen Idiome am getreuesten bewahrten. Details kennt niemand, denn „Poporul roman, o enigma si un miracol istoric“ – Rumänen sind ein Rätsel und ein Wunder der Geschichte. *Wolf Oschlies*

Sprachrohr für die Extremen

Schweiz: Ein Parlament für die islamische Parallelgesellschaft

Umma Schweiz“ (Die Gemeinschaft aller Muslime in der Schweiz), so soll bereits ab 2013 der Name eines Parlaments für die 400 000 in der Schweiz lebenden Muslime lauten. So sehen es zumindest die Pläne zweier islamischer Verbände – der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS) und der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) – vor. Nach Darstellung der beiden Organisationen soll das Parlament eine Plattform schaffen, um „auf demokratische Art Fragen zu diskutieren, die alle Muslime in der Schweiz betreffen“. Die weitreichende Formulierung lässt sich nahezu beliebig interpretieren. Kaum verwunderlich ist deshalb, dass bereits Befürchtungen laut geworden sind, dass eine Art muslimisches Parallel-Parlament zum Schweizer Nationalrat geschaffen werden soll.

Ein Blick auf Großbritannien, wo auf regionaler Ebene bereits ähnliche Interessenvertretungen ins Leben gerufen worden sind, zeigt, dass sich derartige Einrichtungen schnell zu Sprachrohren islamischer Fundamentalisten entwickelt haben. Ähnliches könnte sich beim Schweizer Vorhaben wiederholen. Ohne eine wirkliche demokratische Legitimation zu besitzen, könnte sich das Muslim-Parlament zur selbsternannten Interessenvertretung aller Muslime aufschwingen. Dafür sprechen würde, was abseits der Pressemitteilungen für Schweizer Zeitungen etwa gegenüber dem Informationsdienst „islamtoday“ als Ziele angegeben wurde. Zu lesen ist dort nicht nur davon, mithilfe des Muslim-Parlaments Forderungen gegenüber der Schweizer Politik zu stellen, sondern auch gezielt politischen Wahlempfehlungen abzugeben.

> Es geht keineswegs um die Interessen der Schweizer Muslime

Die beiden Organisatoren des Projekts stehen nur für eine verschwindende Minderheit der Muslime in der Schweiz. KIOS vertritt nur rund 20 000 Mitglieder. Schätzungsweise 90 Prozent der in der Schweiz wohnenden Muslime sind in keinem Verband organisiert. Schon die bekanntgewordene Aussage, dass muslimische Verbände Vertreter in das Parlament entsenden sollen, lässt vermuten, dass es sich beim Projekt „Muslim-Parlament“ mehr um die Erhöhung der Schlagkraft der beiden mitgliederschwachen islamischen Verbände gegenüber Konkurrenzorganisationen, als um Interessenvertretung der Muslime handelt. Für diese Annahme würde die Ablehnung des Projekts „Muslim-Parlament“ durch den Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS) sprechen. Die beiden Organisationen hätten weder die finanziellen Mittel noch die notwendigen Strukturen für ein solches Vorhaben, lautet die Einschätzung des Islamischen Zentralrats.

Die Ablehnung ist kaum verwunderlich, denn beim Islamischen Zentralrat Schweiz handelt es sich um eine zu KIOS und FIDS in Konkurrenz stehende Splitterorganisation. Der Zentralrat vertritt nur wenige schiitische Muslime, während 95 Prozent der Muslime in der Schweiz der sunnitischen Glaubensrichtung zugerechnet werden. Im Gegensatz zu den Organisatoren des Projekts „Muslim-Parlament“ kann der Islamische Zentralrat aber auf Zuwendungen finanziell potenter Staaten vom Arabischen Golf zurückgreifen. Fast als Konkurrenzprogramm zum geplanten „Muslim-Parlament“ sind vom Islamischen Zentralrat für die nächsten Monate Projekte wie ein Muslim-TV für die Schweiz, eine Großmoschee für Bern und eine Volksinitiative zur Beseitigung des Minarett-Verbots angekündigt. *N.H.*

Mehr vom Falschen

Hohe Sozialkosten verschlechtern den Standort Frankreich, doch die Sozialisten wollen aufstocken

Frankreich ist als feste Größe bei allen Euro-Rettungspaketen einkalkuliert. Ein Machtwechsel bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen könnte dies schnell ändern. François Hollande, aussichtsreicher Kandidat der Sozialisten, hat bereits zu Beginn der 80er Jahre für Überraschungen gesorgt: als gescheiterter Wirtschaftsberater François Mitterrands.

Fast symbolhaft könnten die beiden Autobauer Renault und Peugeot/Citroën für die derzeitige Situation der französischen Wirtschaft stehen. Die einstige Vorzeigebranche Automobilbau steckt in einer tiefen Krise. Absatz und Gewinnmargen schrumpfen dahin. Bereits seit dem Jahr 2007 importiert Frankreich mehr Autos, als es selbst ins Ausland verkauft. Mit welchen Problemen die Unternehmen zu kämpfen haben, machte unlängst der Chef von Peugot/Citroën deutlich: Auf einen Netto-Lohn von 100 Euro werden an den französischen Standorten 83 Euro an Sozialabgaben und anderen Nebenkosten fällig, in Deutschland jedoch nur 47 Euro.

Die Lösung, die derzeit von den aussichtsreichsten Kandidaten bei der Wahl für das Amt des französischen Präsidenten angeboten werden, könnten kaum unterschiedlicher sein. Amtsinhaber Nicolas Sarkozy will mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19,6 auf 21,2 Prozent eine Absenkung der Lohnnebenkosten finanzieren. Nachdem er fast fünf Jahre Amtszeit hat verstreichen lassen, wird die nun kurz vor den Wahlen beschlossene Steuererhöhung seine Wahlchancen kaum erhöhen. Ohnehin dürfte es schwer genug werden, den Wahlversprechen des sozialistischen Spitzenkandidaten François Hollande etwas entgegenzusetzen: In einem 60-Punkte-Wahlprogramm hat Hollande unter anderem die Rückkehr zur Rente ab 60 in Aussicht gestellt. Die Umsetzung dieses Versprechens dürfte ebenso kostspielig werden wie die Absage an eine Verkleinerung des öffentlichen Dienstes. Mit 5,4 Millionen Beamten ist dieser – trotz geringerer Bevölkerungszahl – in Frankreich sogar umfangreicher als in Deutschland (4,5 Millionen Beamte). Was die Effizienz der Verwaltung angeht, rangiert Frankreich allerdings inzwischen auf dem Niveau vieler seiner ehemaligen Kolonien. Und nicht nur die hohe Zahl von Beamten ist ein Problem. Die Arbeitszeit liegt im öffentlichen Dienst sogar noch unter der 35-Stunden-Grenze, die für die übrige Wirtschaft bindend ist. Die im Jahr 2000 beschlossene 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hat neben dem kontinuierlich angehobenen gesetzlichen Mindestlohn Frankreichs Wettbewerbschancen massiv vermindert. Mittlerweile liegt der Mindestlohn

> Mehr Beamte als im größeren Deutschland

bei 9,19 Euro pro Stunde und damit international an der Spitze. Die französischen Lohnstückkosten sind seit 1999 um 3,5 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum gingen sie in Deutschland um über 17 Prozent zurück.

Ob der derzeit in den Umfragen vorne liegende Präsidentschaftskandidat der Sozialisten eine nachhaltige Lösung für diese Probleme präsentieren kann, darf angesichts seines politischen Werdegangs bezweifelt werden. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten im Jahre 1981 diente Hollande dem damaligen Präsidenten François Mitterrand als Wirtschaftsberater. Bereits nach zwei Jahren war das Scheitern der Wirtschaftspolitik so offensichtlich, dass von Mitterand 1983 die „Notbremse“ gezogen wurde. Die nach 1981 eingeleiteten Verstaatlichungen hatten zeitweise ein Drittel des gesamten Industriesektors und 39 Banken in Staatsbesitz gebracht. Die schon nach kurzer Zeit ausufernde Verschuldung und ein massives Außenhandelsdefizit führten zu einer Währungskrise, die Kapitalausfuhrkontrollen und in kurzer Zeit drei Abwertungen des französischen Franc nötig machte. Bewältigt werden konnte die damalige Krise nur durch Hilfen der Bundesbank. Die nach der France-Krise erfolgte Ausrichtung der Banque de Franc nach der Währungspolitik der Bundesbank wird als wichtiges Motiv für das spätere Drängen Frankreichs auf eine europäische Währungsunion und den Wunsch Frankreichs nach Entmachtung der Bundesbank gesehen.

Neben seinem 60-Punkte-Wahlpogramm mit Klassenkampf-Rhetorik und teuren Versprechen scheint vor allem die jüngst geforderte „Reichensteuer“ dafür zu sprechen, dass Hollande an alte Konzepte anknüpfen will. Konfliktpotenzial steckt auch in seinen Vorstellungen zur Europapolitik: Neben der Ankündigung von Nachverhandlungen des EU-Fiskalpakts steht die Forderung nach Eurobonds und politischem Einfluss auf die Europäische Zentralbank (EZB).

Nicht nur deshalb könnte die weitere Entwicklung in Frankreich Rückwirkungen auf Deutschland haben. Noch immer ist Frankreich mit Exporten im Wert von über 100 Milliarden Euro der wichtigste Auslandsmarkt für Deutschland. Auch bei den Rettungspaketen für den Euro-Raum ist Frankreich als zweitgrößter Zahler und Garantiegeber beteiligt. Schon die Absenkung der französischen Bonitätsnote von AAA auf AA+ war ein wesentlicher Grund dafür, dass nun auch die Bonität des Euro-Rettungsschirms EFSF unter die Lupe genommen wird. Jede weitere Bonitätsverschlechterung Frankreichs wird den Druck und die Belastungen auf die Länder erhöhen, die noch über eine Best-Bonität verfügen. Der Kreis dieser Länder wird allerdings immer kleiner. Neben Deutschland zählen nur noch die Niederlande, Finnland und Luxemburg dazu.

Norman Hanert



Zurück zur Rente mit 60: Hollande (Mitte) will Frankreich wieder zum sozialen Paradies machen Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Schweizer räumen ihre Pensionskassen ab: Auch in der vermeintlich stabilen Schweiz sorgt die Finanzkrise für Sorgen unter den Versicherten. Im Schweizer Rentenmodell spielt der kapitalgedeckte Anteil seit langem eine weit größere Rolle als beim deutschen Normalversicherten. Einen Teil dieser Kapitalrente dürfen sich die Eidgenossen auf einmal auszahlen lassen, statt daraus eine lebenslange Rente zu beziehen. Der Anteil der Schweizer, welche diese Auszahlung wählen, ist laut SBB-Pensionskasse seit 2006 um 50 Prozent gestiegen. Die Politik will die Auszahlungen nun gesetzlich beschränken. *H.H.*

Dexia-Bank wird für Belgien zum Albtraum: Die teilverstaatlichte französisch-belgische Großbank Dexia hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Verlust von 11,6 Milliarden Euro eingefahren. Insgesamt hat Belgien für die Banken Dexia Banque Belgique, BNP Paribas und Fortis Banque Garantien über 138 Milliarden Euro übernommen. Die Summe entspricht 35 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung Belgiens. *N.H.*

Arbeitsplätze für Araber gefordert: Eine Konferenz von 400 arabischen Geschäftsleuten in Doha (Emirat Katar) endete mit dem Appell an die arabischen Regierungen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, Geschäftsleuten gute Bedingungen einzuräumen sowie mit der Forderung, ausländische Beschäftigte durch arabische zu ersetzen, wobei man sich auf Statistiken der Arabischen Organisation für Arbeit berief. *N.H.*

Käufer verweigern sich der „Zukunft“: Obwohl die US-Regierung den Kauf des Elektro-Hybrid-Autos Chevrolet Volt mit einer Steuergutschrift in Höhe von 7500 US-Dollar fördert, konnte GM 2011 nur 7700 statt geplanten 10000 Wagen verkaufen. Für 2012 waren sogar 60000 geplant, doch da die Nachfrage drastisch unter den Erwartungen liegt, wird die Produktion für mehrere Wochen gestoppt. Politiker in den USA und Europa fördern Elektroautos stark, weil sie Elektromotoren als Modell der Zukunft sehen. *Bel*

Ungleiche Partner

Peugeot/Citroën dürfte sich mit GM keinen Gefallen getan haben

Die Autokonzerne General Motors (GM) und Peugeot/Citroën (PSA) haben eine Kooperation vereinbart. Neben einer Beteiligung in Höhe von sieben Prozent, die GM zum Minderheitsaktionär bei PSA macht, wurde ein gemeinsamer Einkauf und eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung verabredet. Trotz verbreiteten Optimismus sind bereits jetzt Probleme bei der künftigen Zusammenarbeit absehbar. Beide Konzerne treffen auf harte Konkurrenz auf dem europäischen Markt, ebenso sind beide auf den Wachstumsmärkten Asiens schwach aufgestellt.

Offen ist auch, ob es sich langfristig um eine Kooperation auf gleicher Augenhöhe handeln wird. Auf der einen Seite steht ein 116-jähriges Traditionsunternehmen, das durch die Familie Peugeot dominiert wird und das in einer ernsthaften Krise steckt. Auf der anderen Seite steht GM. Dass das Kürzel in den USA statt mit General Motors immer mit Government Motors übersetzt wird, hat gute Gründe: Ungeachtet der Sonntagsreden vom Freien Markt hat die US-Regierung vor drei Jahren fast 50 Milliarden Dollar in den Konzern gesteckt. Mit 23 Prozent ist der Staat einer der größten Anteilseigner bei GM.

Den starken Aktionär im Rükken nutzt GM weidlich aus. Schaut man sich die von GM gemeldeten starken Absatzzahlen vom US-Markt genauer an, dann trifft man mitunter auf zinslose Finanzierungen über 72 Monate

> GM ist ein Auto-Gigant, der vom Staat stark gestützt wird

und auch auf eingeräumte Rabatte, die laut Autodata Corp. im Durchschnitt 45 Prozent über dem Branchendurchschnitt liegen. Undenkbar ist, dass GMs neuer Partner Peugeot/Citroen jemals mit ähnlich hohen Summen von Staatsgeldern gehätschelt wird: PSA, Europas zweitgrößter Autobauer, machte allein in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein Minus von rund 500 Millionen Euro auf dem europäischen Markt. Ähnlich hohe Verlustzahlen, die vor allem Opel angelastet werden, präsentiert auch GM-Europe. Doch bei diesen GM-Zahlen ist Skepsis angebracht. So steht die Klage über den „Verlustbringer Opel“ im offensichtlichen Gegensatz zur Einschätzung des Branchendienstes „Harbour Report“, der die Opel-Fabriken zu den effizientesten Autowerken in Europa zählt. Wenn die Kosten pro Fahrzeug trotzdem über dem Durchschnitt liegen, dürfte das Problem entweder beim Einkauf oder aber bei GM selber liegen. Denkbar ist zum Beispiel, dass konzernintern Patentgebühren in Rechnung gestellt werden.

Der in der Öffentlichkeit entstandene Eindruck vom „Milliardengrab Opel“ könnte durchaus beabsichtigt sein. Von Betriebsräten gibt es bereits länger die Klage über die GM-Markstrategie. Marken wie Chevrolet und Cadillac werden weltweit verkauft, Opel selbst soll dagegen Regionalmarke bleiben. Hinter dem konzerneigenen Wettbewerb mit ungleichen Chancen könnte nicht nur die Absicht einer weiteren Sparrunde stehen. Ehemalige Opel-Führungskräfte halten es für möglich, dass GM die Marke Opel langfristig verschwinden lassen will. Die deutsche Traditionsmarke würde damit dasselbe Schicksal wie Saab, Hummer, Saturn und Pontiac ereilen. *N.H.*

Alle Lasten an den Staat

Österreich: Wie man durch Bankenrettung neue Probleme schafft

Verstaatlichungen hatte es in Österreich zwar schon vor 1918 gegeben, aber erst nach 1945 geriet ein großer Teil der Wirtschaft – Verkehr, Energie, Bergbau, Schwerindustrie und Banken – in Staatsbesitz. Und die „Verstaatlichten“ wurden wie der kommunale und genossenschaftliche Bereich zur Spielwiese für schwarz-rote oder rot-schwarze Parteipolitik.

Ab den 60er Jahren gab es mehrere Wellen von Privatisierungen – teils aus wirtschaftspolitischen Erwägungen, teils auch nur zur Aufbesserung des Staatshaushalts. Doch seit der Finanzkrise 2008 droht sich wieder eine gegenläufige Entwicklung anzubahnen. So musste bereits Ende 2008 die Kommunalkredit AG, deren Aufgabe es ist, den Gemeinden langfristige Kredite zu verschaffen, „notverstaatlicht“ werden. Detail am Rande: Noch rechtzeitig vor Auffliegen des Debakels konnte sich die jetzige Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) aus dem Vorstand der Bank in die Regierung retten, wo sie seither für sinkende Pisa-Werte sorgt.

2009 musste auch die aus der Kärntner Landeshypothekenanstalt hervorgegangene Hypo-Alpe-Adria, deren Mehrheitseigentümer mittlerweile die BayernLB geworden war, notverstaatlicht werden. Wie bei der Kommunalkredit – und wie davor schon bei der an den US-Fonds Cerberus notverkauften einstigen Gewerkschaftsbank Bawag – waren missglückte Spe-

> 49 Prozent der Anteile, aber 100 Prozent des Risikos übergeben

kulationen der Auslöser. Bei der Hypo kam noch das weit überzogene Engagement auf dem Balkan dazu. Und wieder spielten Parteipolitiker eine Rolle, in Kärnten eben auch von FPÖ und BZÖ. Mehrere Verfahren sind anhängig – so der Korruptionsprozess gegen den kroatischen Ex-Premier Ivo Sanader. Vor allem aber könnten die vom Staat übernommenen Haftungen noch mit bis zu 15 Milliarden Euro zu Buche schlagen.

Als drittes Institut wurde vorige Woche die Volksbanken AG, das Dachinstitut der genossenschaftlichen Volksbanken, notverstaatlicht. Eigentlich teilverstaatlicht, denn übernommen werden nur 49 Prozent der Anteile – aber 100 Prozent der Risiken. Und wieder sagt die Regierung, dass eine Insolvenz viel mehr gekostet hätte. Außerdem, dass ja auch „die 600000 Genossenschafter haften“. Die wissen meist gar nicht, dass sie bis heute Genossenschafter sind, wenn sie irgendwann einen Kredit hatten. Zur Finanzierung will die Regierung die Bankenabgabe erhöhen, was bedeutet, dass – wie allgemein in der EU – die besser Wirtschaftenden für die Schlechteren zahlen müssen. Und die Belastung letztlich auf den Steuerzahler abwälzen.

Mit der Einstufung Griechenlands als zahlungsunfähig werden nun die von der Kommunalkredit gehaltenen Kreditausfallversicherungen fällig – was den Staat eine weitere Milliarde an Nachschuss kostet und das „Sparpaket“ der Regierung, das ohnehin auf zum Teil unrealistischen Annahmen oder auf nicht im alleinigen Ermessen Österreichs liegenden Maßnahmen wie der „Spekulationssteuer“ beruht, zusätzlich in Frage stellt. *R. G. Kerschhofer*

Angst und bange

Von Manuel Ruoff

Subventionen sind grundsätzlich ein sowohl marktwirtschaftlicher als auch volkswirtschaftlicher Sündenfall. Im Falle der Solarindustrie zementieren sie eine nicht wettbewerbsfähige Industrie. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn das Geld nicht durch Steuern und sonstige Abgaben anderen Branchen entzogen würde, wobei im Zweifelsfall wettbewerbsfähige Betriebe wegen der hohen Abgabenlast dichtmachen müssen, um nicht wettbewerbsfähige Betriebe päppeln zu können.

Bei der Förderung der Solarindustrie kommt erschwerend hinzu, dass nicht nur deutsche Unternehmen subventioniert werden, sondern in hohem Maße chinesische, die ihre deutschen Konkurrenten mit niedrigeren Preisen auszustechen verstehen.

Wenn dann auch noch seitens der Opposition lamentiert wird, dass eine Kürzung der Subventionen die Ex-DDR ein zweites Mal deindustrialisieren würde, kann einem nur angst und bange werden. Eine politische Führung, die in Mitteldeutschland auf eine nicht wettbewerbsfähige Industrie setzte, hatten wir mit der SED schon einmal – das sollte eigentlich reichen.

Infantile Logik

Von Rebecca Bellano

Die Aufregung war mal wieder groß und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) musste sich viel Kritik anhören, weil er eine derartige Studie gefördert und billige Schlagzeilen auf Kosten der Muslime zugelassen habe. Friedrich relativierte sofort, während ein Mann, der sich wirklich mit Muslimen in Deutschland auskennt, nämlich der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), es auf den Punkt brachte: „Mich erschüttert und überrascht diese Studie nicht sehr."

Und im Grunde bestätigt die Studie auch nur, was man im Grunde schon lange weiß, nämlich, dass rund ein Fünftel der jungen Muslime in Deutschland sich nicht integrieren will, zum Teil den Westen sogar ablehnt, Gewalt hingegen gutheißt. Nur: Anstatt aus dem Wissen zu lernen, heißt es, derartige Studienergebnisse seien „diskriminierend" und würden erst den Unwillen zur Integration und den Extremismus fördern.

Wie bitte? Der Hinweis auf ein Problem, das auch in Kriminalitätsstatistiken wie Verfassungsschutzberichten beschrieben wird, fördere dieses? Diese Logik ist unsagbar unreif, anders kann man es nicht ausdrücken.

Übrigens wurde immer wieder im Rahmen der Diskussion um die Studie darauf hingewiesen, dass es „die" Muslime in Deutschland nicht gebe. Da fragt man sich, wie sich die integrierten Moslems fühlen, wenn sie sich einerseits für ihre aus der Reihe tanzenden Glaubensbrüder, andererseits aber auch für ihre sich in ihrer eigenen politischen Korrektheit verheddernden deutschen Mitbürger schämen müssen.

Sylt statt Sahara

Von Jan Heitmann

Ein „Tag der Freude" war es für Bundeskanzlerin Angela Merkel, als die Ägypter vor einem Jahr ihren Staatspräsidenten Hosni Mubarak zum Teufel jagten. Und gerade so, als ob irgendwer ihn nach seiner unmaßgeblichen Meinung gefragt hätte, ließ unser aller Außenminister die Welt wissen, nun würden die Segnungen der Demokratie westlicher Prägung das Glück über die Menschen am Nil bringen. Dafür, dass Demokratie und Menschenrechte in den Wüstenstaat implementiert werden und sich eine Zivilgesellschaft nach westlichem Muster entwickelt, sollte unter anderem die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung sorgen. Doch die Ägypter halten eingedenk der für sie überwiegend unerquicklichen Kolonialzeit nicht viel von derartiger Einmischung und warfen die Heilsbringer aus Deutschland kurzerhand erst in die Zelle und dann aus dem Land. So herrschen in Kairo keine lupenreinen Demokraten, sondern ultrakonservative Salafisten und Muslimbrüder, die ein Leben nach den Regeln der Scharia predigen.

Ägypten ist kein sicheres Reiseland für Deutsche

Unter den gegebenen Umständen ist Ägypten für europäische Touristen derzeit alles andere als ein kommodes Ferienziel. Das Auswärtige Amt rät, Reisen auf die Touristenzentren zu beschränken, das Stadtzentrum von Kairo zu meiden und Exkursionen in bestimmte Landesteile sowie Überlandfahrten zu unterlassen. Da kann es eigentlich nur heißen: Sylt statt Sahara. Was soll's, sagt sich die Reisebranche, Hauptsache, der Rubel rollt. Und so steht ausgerechnet Ägypten im Mittelpunkt der diesjährigen Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin, der größten Reisemesse der Welt. So strahlen den Messebesuchern das azurblaue Wasser des Mittelmeeres und die Pyramiden im Schein der Abendsonne von Plakat- und Katalogseiten entgegen.

Einer lässt sich von diesem schönen Schein nicht blenden. Der CDU-Politiker Klaus Brähmig, Vorsitzender des Tourismusausschusses des Bundestages, kritisiert, dass immer noch behauptet werde, deutsche Touristen könnten bedenkenlos in Ägypten Urlaub machen. Vom demokratischen Aufbruch in dem Land sei nicht viel übrig geblieben. Man solle sich fragen, so Brähmig, ob ein Urlaub in einem Land sinnvoll sei, in dem „Menschenrechte missachtet und Minderheiten drangsaliert" werden. Er empfiehlt deutschen Touristen, nicht nach Ägypten zu reisen. Der Deutsche Reiseverband (DRV) schäumt erwartungsgemäß. Brähmig handele unverantwortlich, ließ dessen Präsident verlauten. Falsch! Der Bundestagsabgeordnete handelt so, wie wir es von einem Volksvertreter erwarten dürfen. Er handelt aus Verantwortung für diejenigen, die ihn gewählt haben. Und nicht im Interesse der Tourismusbranche eines anderen Landes.

Ob Merkel sich immer noch freut? Zuzutrauen wäre es ihr, denn schließlich freut sie sich sogar immer noch über den Euro.



Als hätte es keinen Umsturz in Ägypten gegeben: Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V., Mounir Fakhry Abdel Nour, Ägyptens Minister für Tourismus, und Christian Göke, Geschäftsführer der Messe Berlin GmbH, wollen Deutsche in das instabile Land am Nil locken (von links)

Bild: ITB Berlin 2012

Gastbeitrag



Die Mär vom preußischen Militarismus

Von Martin Guddat

Wenn die deutsche Öffentlichkeit des alten Preußen gedenkt, geschieht das wie jetzt zum 300. Geburtstag Friedrichs des Großen an den wenigen unvermeidlichen Jubiläumstagen und stets mit der gewohnten Distanz. Preußen ist für die große Mehrheit für tot erklärt, und wer nicht als Ewiggestriger gelten will, tut gut daran, es dabei zu belassen. Begraben ist der Staat, der Selbstbeschränkung und Gemeinsinn als Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben predigte, vergessen der gute Geist des Landrechts, der zur Wahrung des inneren Friedens von jedem Bürger „sittlich gute Gesinnung gegen die Mitbürger" forderte. An die Stelle der heute als hausbacken geltenden Werte ist die Selbstverwirklichung um jeden Preis getreten.

Obwohl die Menschen ahnen, dass ein Staat, der Egoismen zu Lasten der Gemeinschaft nicht nur zulässt, sondern durch Nachlässigkeit sogar fördert, irgendwann am sozialen Frieden scheitern muss, wird das alte Preußen, das in weiser Voraussicht jedem nur das Seine zuteilte, statt jedem alles zu gewähren, als Muster nicht einmal erwogen. 30 Jahre wilhelminischer Verirrung und die politisch gewollte Verfremdung des Geschichtsbildes als Urquelle des Militarismus haben ausgereicht, um eine ganze Epoche von 200 Jahren pauschal zu verurteilen. Durch ständige Wiederholung ist das Urteil zum Gesetz geworden, ohne dass seine Berechtigung noch hinterfragt wird.

Wer genau hinschaut, wird im klassischen Preußen keinen Anhaltspunkt für den wilhelminischen Imperialismus und Militarismus finden. Seine Außenpolitik zielte nicht auf maßlose Expansion oder beherrschenden Einfluss, sondern bezweckte lediglich, dem Land eine solche Größe zu geben, dass es sich ein jeder Bedrohung gerecht werdendes Heer leisten konnte. Österreich zu zerschlagen oder seine Führungsrolle durch eine preußische zu ersetzen war nie das Ziel friderizianischer Politik. Deutschland als solches spielte in ihr überhaupt keine Rolle. Es waren die Reichsstände, die sich nach dem Bayerischen Erbfolgekrieg erstmalig fragten, ob die Reichsinteressen bei Preußen nicht besser aufgehoben seien als beim unberechenbaren Kaiser Joseph II.

Das Land war auch kein Militärstaat. Die Ressortchefs im Generaldirektorium, das den Souverän in der Regierungsarbeit unterstützte, waren Zivilisten, die sich zwar Kriegsminister nannten, aber außer einigen Verwaltungsfunktionen keinerlei Verbindung zum Militär hatten. Dass nicht sie, sondern die Spitzen des Militärs protokollarisch die ersten Ränge einnahmen, ist angesichts der Bedeutung der Armee für die gerade einmal zwölf Jahre alte Monarchie durchaus verständlich. Wenn Preußen tatsächlich der berüchtigte Militärstaat gewesen wäre, dürfte er kaum zum Leitstern der fortschrittlich denkenden Bürger der deutschen Partikularstaaten geworden sein und Männer wie den Freiherrn vom Stein oder Hardenberg angezogen haben.

Maßlose Expansion war nie das Ziel von Friedrich dem Großen

Auch Friedrich II. hat sich vom Militär niemals verführen lassen. Dass er im Zeitalter des Absolutismus die militärische Macht zur Durchsetzung seiner politischen Ziele benutzte, macht ihn ebenso wenig zum Militaristen wie die Herrscher Österreichs, Englands oder Frankreichs, die von 1701 bis 1864 sogar mehr Kriege führten als Preußen. Er erscheint nur kriegerischer, weil er als erster offen dafür eintrat, die gleichberechtigte Wahrnehmung von Staatsinteressen nicht mit sittlichen Grundsätzen zu ummanteln. Kriege mit „gerechten" Ansprüchen oder der Beseitigung von Ungerechtigkeit zu rechtfertigen, empfand er als scheinheilig. Kriege zu führen war für ihn keine Frage der Moral, sondern der kühlen Abwägung von Vor- und Nachteilen, also der Vernunft. Die Klugheit gebot, die Gewichte nur insoweit zu verschieben als die politische Balance insgesamt gewahrt blieb. Lag diese Voraussetzung vor, war ein Krieg als letztes Mittel der Durchsetzung staatlicher Interessen verantwortbar.

Friedrich hat in diesem Rahmen zwölf Jahre Krieg geführt und 46 Jahre an der Spitze der Armee gestanden, ohne von einem Feldherrn seiner Zeit in der Strategie übertroffen worden zu sein, was für den taktischen Bereich nur bedingt gilt. Zwar hat nach den Worten Napoleons Leuthen allein genügt, um ihn unsterblich zu machen, aber dafür endeten andere Schlachten durch Leichtsinn fatal. Die Niederlagen von Kunersdorf und Hochkirch wären vermeidbar gewesen, wenn eine bessere Ortserkundung durchgeführt worden wäre oder die Berater Gehör gefunden hätten. Selbst zu der blamablen Kapitulation von Maxen hätte es nicht kommen müssen, weil die für Finck ungünstige Ausgangsstellung bekannt war. An Kritik am Roi Connétable hat es deshalb schon zu Lebzeiten nicht gefehlt. Prinz Heinrich verstieg sich darin sogar bis zur Bissigkeit. Es ist müßig zu fragen, ob die trotzdem erzielten Erfolge sich damit erklären, dass er als Feldherr eine gute Armee hatte oder die Armee in ihm einen hervorragenden Führer. Beide ergänzten sich kongenial. Versagte das Heer, war der König als Roi Connétable immer vor Ort, um der Situation eine neue Richtung zu geben. Machte er Fehler, glich das Heer sie mit fast übermenschlichem Einsatz wieder aus.

Ebenso wenig Militarist wie die Herrscher Österreichs und Englands

Friedrich der Große, der von Natur aus wie sein Bruder August Wilhelm zu einer genießenden Lebensführung angelegt war, hatte für sich erkannt, dass die Größe eines Menschen sich nach der Erfüllung moralischer Pflichten bemisst. Er hat als oberster Feldherr unter dem Druck der Verantwortung für das Schicksal tausender Soldaten, menschlicher wie politischer Enttäuschungen, zerstobener Hoffnungen und des zeitgleichen Verlusts ihm nahe stehender Personen den Soldaten seine Maxime „Mein Geist und mein Körper müssen sich nach ihrer Pflicht richten. Es ist nicht notwendig, dass ich lebe, sondern dass ich tätig bin" die Selbstrücknahme seiner Person zu Gunsten einer übergeordneten höheren Sache (Pflicht) im Felde immer wieder vorgelebt und sie damit zur Nachahmung beflügelt. Nicht Drill und formale Disziplin, sondern der kopierte persönliche Verzicht war der Grund für die außerordentlichen Leistungen der Armee.

Wie in der Armee die Soldaten, bestimmen im Staat die Bürger die Qualität der Gesellschaft. Sie kann nur gedeihen, wenn alle die Ausgewogenheit von individuellen und allgemeinen Ansprüchen beachten. Der altpreußische Soldat hatte am König gelernt, sich als Teil einer Gemeinschaft zu sehen, die nur überleben kann, wenn ihre Mitglieder deren Interessen höher stellen als die eigenen. Wenn wir nur das eine von ihm lernten, wäre unserer Gesellschaft viel geholfen.

Die Erkenntnis mancher Geschichtsphilosophen, dass die Historie nichts lehre, weil die Zeitumstände jeweils andere seien, mag dem modernen Menschen genügen, sie so zu belassen, wie sie sich ihm heute darstellt. Wer jedoch der Ansicht ist, dass sich aus ihr durchaus die eine oder andere zeitlose Lehre ziehen lässt, und tiefer sieht, wird zu Schlüssen kommen, die nachdenklich stimmen.

*Dr. jur. Martin Guddat (*1943) trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Lausanne 1972 in die Bundeswehrverwaltung ein. Von 1982 bis 1993 arbeitete er im Bundeskanzleramt. 1993 wurde er Vizepräsident des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, 1996 Chef der Rüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung und ging 1998 in den einstweiligen Ruhestand. Er ist Reserveoffizier und befasst sich mit der preußischen Militärgeschichte.*

Begründer einer Epoche

Pompeji-Ausstellung gedenkt der Leistungen von Johann Winckelmann, dem Urvater der Archäologie und des Klassizismus

Gelockt von den Folgen einer grauenhaften Naturkatastrophe haben sich seit Anfang Dezember mehr als 60000 Menschen die Ausstellung „Pompeji – Nola – Herculaneum. Katastrophen am Vesuv“ im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle/Saale angesehen. Die geistigen Grundlagen für diese Ausstellung wurden bereits im 18. Jahrhundert durch einen Mann gelegt, der aus dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt stammte.



Italien nach Sachsen-Anhalt gebracht: Ein Besucher betrachtet die Statue des Gottes Apollon und sein Begleittier, einen Greifen; Marmor, 1. Jahrhundert, Pompeji Bild: J. Schlueter/dapd

Der Ausbruch des Vesuvs im Oktober des Jahres 79 n. Chr. brachte vielen der rund 20000 Einwohner von Pompeji und der etwa 4500 Bewohner von Herculaneum einen plötzlichen Tod. Für die Nachwelt wurden jedoch unter der erstarrten Lava zahlreiche Fundstücke konserviert, die uns heute einen Eindruck vom Leben damals geben. Viele der sonst nur in Neapel nahe dem Vesuv zu bestaunenden Exponate sind erstmals in Deutschland zu sehen. Bis zum 8. Juni ist die Schau, die mehr als 500 Exponate eindrucksvoll präsentiert und die die Geschichte der Besiedlung rund um den Vesuv erzählt, zu besichtigen.

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass die Ausstellung über die Katastrophe am Vesuv in Sachsen-Anhalt gezeigt wird, doch wer Schloss und Garten Wörlitz kennt, entdeckt viele von Pompeji inspirierte Kunstwerke. Zudem sind die „Väter des Gartenreiches“ Fürst Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau und sein Freund und Baumeister Baron Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff nicht die einzigen Landeskinder Mitteldeutschlands, die das heutige Sachsen-Anhalt mit den Stätten am Golf von Neapel verbinden. Johann Joachim Winckelmann, der 1717 geborene Sohn eines Schusters aus Stendal, der als Begründer der Klassischen Archäologie und Wegbereiter des klassizistischen Stils in die Geschichte eingehen sollte, besuchte mehrfach die antiken Stätten und Sammlungen am Vesuv. Seinen Berichten von den Ausgrabungen und den antiken Kunstwerken im königlichen Museum in Portici (bei Neapel) verdanken seine Zeitgenossen wie auch die Nachwelt wesentliche Informationen.

Doch wie kam es dazu, dass der einzige Sohn eines Schumachers zu einer Schlüsselgestalt in der Geschichte der Archäologie wurde? Schon früh begeisterte sich Winckelmann für die Antike. Dies spürten auch seine Lehrer und Eltern, sodass diese alles taten, um ihm den Zugang zu Bildung zu verschaffen. So konnte er sich 1738 an der Universität in Halle für ein Theologiestudium einschreiben. Doch die Wahl des Faches war dem Umstand geschuldet, dass nur die Theologische Fakultät den aus mittellosen Familien stammenden Studenten die Studiengebühren erließ. Und die Wahl des Studienortes fiel auf Halle, weil Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. 1729 ein Edikt erlassen hatte, das alle Bewerber für den gehobenen Staatsdienst zu zwei Studienjahren an der Universität zu Halle verpflichtete, da Halle damals als die bedeutendste Universität in Preußen galt.

Zwar interessierte sich Winckelmann für einige Vorlesungen der Theologie, doch die Begeisterung insgesamt war mäßig, sodass er mit einem nur durchschnittlichen Zeugnis die Universität verließ und danach nur eine Anstellung als Hauslehrer fand. Die Tätigkeit füllte den jungen Mann nicht aus, sodass er sich an die Universität Jena begab, um Medizin, Geometrie und moderne Sprachen zu studieren. Doch es waren wohl finanzielle Engpässe, die ihn wieder als Hauslehrer und 1743 als Konrektor der Lateinschule in Seehausen tätig werden ließen. Allerdings waren seine Ansprüche an die Schüler so hoch, dass weder er noch die Schüler glücklich wurden.



Bild: Gleimhaus Halberstadt

Porträt von Johann Joachim Winckelmann: Kopie von Christian Ferdinand Hartmann, 1794, nach Angelika Kauffmann, 1764

Als dem Belesenen dann die Stelle als Bibliothekar des Reichsgrafen Heinrich von Bünau auf Schloss Nöthnitz nahe Dresden angeboten wurde, zögerte Winckelmann nicht lange. Mit über 42000 Bänden besaß der Adelige eine der größten deutschen Privatbibliotheken des 18. Jahrhunderts. Zudem war die Metropole Dresden in der Nähe, die mit ihrer Gemäldegalerie Winckelmann in ihren Bann zog und ihn zu seiner ersten Veröffentlichung veranlasste: „Gedancken über die Nachahmung der Griechischen Wercke in der Mahlerey und Bildhauerkunst“. Hiermit machte er sich unter Gelehrten und Künstlern einen Namen. Auch der päpstliche Nuntius, Graf Alberigo Archinto, wurde auf ihn aufmerksam und besuchte Winckelmann auf Schloss Nöthnitz. Als Archinto zum Governatore di Roma berufen wurde, bot er diesem an, ihn mit nach Rom zu nehmen, so er denn zum Katholizismus konvertieren würde. Die Stadt reizte Winckelmann derart, dass er 1755 gegen den Widerstand seines protestantischen Umfelds den katholischen Glauben annahm und auch dank eines Stipendiums des sächsischen Königs nach Italien zog. Umgeben von den Zeugen der Antike, erhielt Winckelmann von in Rom lebenden Künstlern zahlreiche Impulse für seine Kunstanschauung und Kunsttheorie.

Als Dresden im Rahmen des Siebenjährigen Krieges von Preußen besetzt wurde, befürchtete Winckelmann ein Ausbleiben der Zahlungen aus seinem Stipendium und arbeitete wieder als Bibliothekar. 1759 erhielt er eine ansprechende Anstellung bei Kardinal Alessandro Albani und 1763 erlangte er auf dessen Empfehlung die Stelle als päpstlicher Antiquarius und Präsident der Altertümer von Rom. Eine Ausfuhr von historischen Funden bedurfte ab sofort seiner Genehmigung und Fundorte mussten ihm gemeldet werden. Da die Stelle zwar Reputation, aber nicht genügend Geld brachte, beschaffte Albani ihm noch die Stelle als Scrittore teutonica, sprich die des für die deutsche Sprache zuständigen Bibliothekschreibers in der vatikanischen Bibliothek. In Rom kam es zur Begegnung Winckelmanns mit Fürst Franz von Anhalt-Dessau und mit von Erdmannsdorff, denen Winckelmann, wie anderen deutschen Reisenden, als Begleiter während ihres Aufenthaltes diente.

Von Rom aus unternahm Winckelmann auch mehrere Forschungsreisen. Vier davon führten ins Königreich Neapel, wo man kurz zuvor mit den Ausgrabungen von Pompeji begonnen hatte. Doch Winckelmann war mit dem, was er sah, absolut nicht zufrieden und kritisierte in mehreren, weit verbreiteten Schriften auch die Unsitte, wertvolle Dinge einfach den Fundorten und somit ihrem Kontext zu entnehmen, zu verkaufen und die Fundorte verfallen zu lassen, was in Neapel begreiflicherweise zu einigem Unmut führte.

1768 wollte Winckelmann seine deutsche Heimat besuchen, doch auf der Reise erkrankte er schwer an Fieber, sodass er die Reise abbrach. In Triest, wo er auf ein Schiff nach Ancona wartete, wurde er jedoch Opfer eines tödlichen Raubüberfalls. Sein wegen Diebstahls bereits vorbestrafter Mörder wurde zwar verurteilt und hingerichtet, doch die Welt verlor einen großen Vordenker, denn Winckelmann inspirierte mit seinen Schriften nicht nur Archäologen, sondern auch Literaten wie Lessing, Goethe und Schiller, die mit ihrem von ihm geprägten Bild der Antike die Epoche der Klassik einläuteten.

„Italien hat auch nicht vergessen, dass es Winckelmann war, der mit Hilfe seiner bedeutenden Studien, verfasst im Anschluss an seine Aufenthalte in Neapel und Umgebung in den Jahren zwischen 1758 und 1762, die Welt über die Schätze unterrichtete, die in Pompeji und Herculaneum zutage gekommen waren“, so der italienische Präsident Giorgio Napolitano in seinem Winckelmanns Bedeutung für die Beschäftigung mit der Antike hervorhebenden Grußwort zur Ausstellung in Halle.

Rebecca Bellano

Weitere Informationen zur Ausstellung unter www.pompeji-ausstellung.de und im Ausstellungskatalog: Harald Meller, Jens-Arne Dickmann: „Pompeji – Nola – Herculaneum. Katastrophen am Vesuv“, Hirmer, München 2011, gebunden, 390 Seiten, 39,90 Euro. Weitere Informationen zu Winckelmann unter www.winckelmann-gesellschaft.de

Von Schönheit, Würde und Bedrohtsein des Menschen

»Das Romantische besaß ich, das Klassische habe ich gesucht«: Große Karl-Hofer-Schau in der Kunsthalle Emden

Karl Hofers malerisches Werk erfreut sich beim Publikum anhaltender Beliebtheit. In den letzten drei Jahren zeigten Sonderschauen in Ettlingen, Kiel und Halle seine Bilder. Gegenwärtig präsentiert die idyllisch gelegene Kunsthalle im ostfriesischen Emden mit 75 Gemälden einen größeren Ausschnitt aus dem Werk Hofers (1878–1955), der als der letzte große Maler klassischer deutscher Kunst gelten kann. Seine Bilder, die eine klare, expressive Farbgebung auszeichnet, deren vereinfachende Linien bisweilen kubistisch anmuten sowie deren breitflächige Gesamtkomposition sind auch für Menschen zugänglich, die kein Studium abstrakter Malerei absolviert haben.

Hofer zählt ähnlich wie Max Beckmann oder Oskar Kokoschka zu den Einzelgängern unter den Malern des 20. Jahrhunderts: Er gehörte keiner Richtung an und begründete keinen „-ismus“. Der Künstlergemeinschaft der „Brükke“ schloss er sich nicht an und wehrte sich dagegen, den Expressionisten zugerechnet zu werden. Hofer ging künstlerisch vollständig seinen eigenen Weg. Ein unschätzbares Glück war die Bekanntschaft mit der sehr reichen Familie des Kunstmäzens Theodor Reinhart, die ihn förderte, äußerst großzügig unterstützte und seine innere Unabhängigkeit ermöglichte.

Seine Motivwelt umfasst vor allem die Gestalt des Menschen in allen Facetten; er wurde geradezu sein ureigenstes Thema: die badende Frau, der ausgemergelte Mann in Ruinen, einsame Gestalten am kaum wärmenden Lagerfeuer, von Kleidung kaum bedeckte, einander Halt gebende „Freundinnen“ (so der Bildtitel) vor schwärzester Nacht.



Karl Hofer, „Mädchen mit Schallplatte“, 1941 Bild: VG Bild-Kunst, Bonn 2011

Wiederkehrend hat Hofer melancholische, herbe Mädchen dargestellt. Die Gesichter haben oft harte Konturen, sind flächig abstrahiert. Seine in ihrer klassischen Komposition zeitlos wirkenden Werke stießen schon zu Hofers Lebzeiten in der Kunstwelt auf große Resonanz und verschafften ihm insbesondere in den zwanziger und dreißiger Jahren große Ausstellungserfolge. Die Figuren strahlen eine nachdenkliche Ruhe aus, niemand lacht, große Gestik oder Bewegungen kommen nicht vor.

Unter Hitler wurde er verfemt, das Lehramt an der Berliner Hochschule für bildende Künste ihm entzogen, seine Gemälde aus allen Museen entfernt und einige davon in der Wanderausstellung „Entartete Kunst“ künstlich verspottet („Verhöhnung der deutschen Frau“). Der alliierte Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung zerstörte 1943 Hofers Wohnung und Atelier mit 150 Gemälden und 1000 Zeichnungen.

Die Emdener Ausstellung nun fokussiert die Themen, die den Künstler Zeit seines Lebens beschäftigten. Zu diesem Repertoire zählen die Mädchen mit Blumen und Jungen mit Ball, Frauenakte, Lesende, Schreibende und Musizierende, Maskeraden oder Fest- und Tischgesellschaften. Einmal gefundene Bildkompositionen variierte Hofer über Jahre hinweg immer wieder. In der Schau „Von Lebensspuk und stiller Schönheit“ sind diese wiederkehrenden Motive beispielhaft in Werkgruppen zusammengestellt, die unterschiedliche Versionen eines Motivs zeigen. Das zeitliche Spektrum des Ausgestellten umfasst fünf schaffensreiche Lebensjahrzehnte mit Schwerpunkt auf der Zwischenkriegszeit. Mit einem Œuvre von fast 3000 Gemälden und unzähligen Zeichnungen war kaum ein deutscher Künstler so produktiv wie Karl Hofer. *Christian Rudolf*

Bis 17. Juni 2012 in der Kunsthalle Emden, Hinter dem Rahmen 13, 26721 Emden. Dienstags bis freitags 10 bis 17 Uhr, sonnabends, sonntags und an Feiertagen 11 bis 17 Uhr; jeden 1. Dienstag im Monat 10 bis 21 Uhr; 30. April und 1. Mai geöffnet. Eintritt: 8 / 6 Euro; jeden 1. Dienstag im Monat von 17 bis 21 Uhr 4 Euro. Kinder bis einschließlich 15 Jahren frei. Telefon (04921) 975050. Internet: www.kunsthalle-emden.de

Preußisches Judenedikt

Vor 200 Jahren, am 11. März 1812, erließ der damalige preußische König Friedrich Wilhelm III. im Zuge der preußischen Reformen das „Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate“. Es gab Juden das Gemeindebürgerrecht, Wahlrecht, Gewerbefreiheit und Niederlassungsfreiheit und erlaubte ihnen, auch akademische Berufe zu ergreifen. Diesem großen Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung der Juden mit der christlichen Mehrheitsbevölkerung widmen das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und das Kulturzentrum Rathenow eine Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1812 – Ein Meilenstein auf dem Weg zur Gleichstellung der Juden in Preußen“. Am Sonntag wird die Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte eröffnet. *M.R.*

Begleiter wurde Nachfolger

Bei seiner Preußentour vom Winter 1245/46 wurde der damalige Hochmeister des Deutschen Ordens Heinrich von Hohenlohe von Gunther von Wüllersleben begleitet. Gunther von Wüllersleben entstammte einer Thüringer Ministerialenfamilie. Ansonsten wissen wir nicht viel über ihn. Möglicherweise war er 1218 Komtur in Brindisi, 1228 bis 1230 Ordensmarschall in Palästina und 1240 bis 1244 Landkomtur von Apulien. Nach dem Tode des Hochmeisters Heinrich von Hohenlohe wurde er in Akkon zu dessen Nachfolger gewählt. Seine Amtszeit ist für die Geschichte des Ordens im Allgemeinen und Preußens im Besonderen ohne weitere Bedeutung. So wird er in keiner Urkunde seiner Hochmeisterzeit namentlich genannt. Preußen und das Reich hat er nicht mehr aufgesucht. Vielmehr hat er wohl seine gesamte Hochmeisterzeit in Akkon verbracht, wo er auch 1252 verstorben ist. *M.R.*

Kühner Visionär aus Allenstein

Vor 125 Jahren wurde der Architekt Erich Mendelsohn geboren – Sein Ruf ging von Deutschland aus

„Als jemand, der einen großen Teil unseres Globus kennt, seine Zivilisationen, seine Völker und – nur zu gut – seine sich immer wiederholenden Leiden, verlasse ich mich nicht auf die alltäglichen Ruhmesmeldungen“, schrieb der Architekt Erich Mendelsohn in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts. „Ich glaube, dass die Geschichte selbst – und nur die Geschichte – das endgültige Urteil über alles fällt, was der Mensch tut.“ Nun, die Geschichte hat Erich Mendelsohn aus Allenstein als einen der ganz großen Architekten und als kühnen Visionär gewertet.

Der Visionär und Gestalter war auch ein einfühlsamer Poet. So schrieb er 1907 unter seine Skizze der sogenannten „Verlobungsquelle“ im Allensteiner Stadtwald: „Die Menschen kommen durch nichts den Göttern näher, als wenn sie Menschen glücklich machen.“ Zweifellos hat der Architekt Mendelsohn mit seinem späteren Wirken viel zu diesem Glück der Menschen beigetragen. Die für ihn so typischen Bauten fanden – und finden sich in Berlin und Leningrad, in Jerusalem und San Francisco. Am bekanntesten mag der sogenannte Einsteinturm in Potsdam sein, 1920/21 als Herberge für das Astrophysikalische Institut erbaut. In seiner östlichen Heimat, wo Erich Mendelsohn am 21. März 1887 in Allenstein das Licht der Welt erblickte, gab es allerdings nur vergleichbar wenige Beispiele aus seinem Schaffen: die Jüdische Leichenhalle in Allenstein von 1911 bis 1913, die heute noch erhaltene Loge der Drei Erzväter in Tilsit von 1925/26 und der Jüdische Friedhof an der Steffeckstraße in Königsberg von 1927 bis 1929.

München und Berlin waren die ersten Stationen im Leben des jungen angehenden Architekten, der 1912 bei Theodor Fischer in München das Diplom-Examen ablegte. 1910 hatte er in Königsberg die Cellistin Luise Maas kennengelernt, die er 1915 heiratete. Zwei Jahre später musste er ins Feld und erlebte den Ersten Weltkrieg an der russischen und der französischen Front. Nach Ende des Krieges eröffnete er in Berlin ein eigenes Büro; eine bemerkenswerte Ausstellung mit seinen Architekturskizzen bei Paul Cassirer erregte



Ein Architekt und sein wohl bekanntestes Werk: Erich Mendelsohn (kleines Foto) und der Einsteinturm in Potsdam

Bilder (2): Archiv, dapd

im Herbst 1919 Aufsehen. Reisen führten den Ostpreußen in den folgenden Jahren nach Holland, nach Palästina und Ägypten, in die USA und die Sowjetunion.

1933 emigrierte Erich Mendelsohn nach England; 1934 bis 1941 hatte er ein eigenes Büro in Jerusalem. Private und öffentliche Bauten entstanden in dieser Zeit. 1941 ging er in die USA, doch erst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges konnte er in San Francisco wieder ein eigenes Büro eröffnen.

„Vielleicht war es seine kompromisslose Natur, die, gerade weil er so sehr Deutscher war, ihn dazu bewog, den politischen Ereignissen in seinem Heimatland so ausgesprochen unversöhnt gegenüberzustehen. Wie dem auch sei, sein Werk entstand und hatte seine ersten entscheidenden Erfolge in Deutschland. Sein Ruf und Einfluss in der Welt ging von Deutschland aus, bevor er der Welt angehörte“, schrieb Luise Mendelsohn im Vorwort zu einem 1961 und 1991 erschienenen Band mit Briefen ihres Mannes. Beim Lesen dieser Briefe offenbart sich ein stiller und zurückhaltender, ein feinsinniger Mensch, ein Poet geradezu. So schreibt Mendelsohn am 17. Juli 1911 aus Allenstein an seine Verlobte Luise: „Am Grabe meiner Mutter stehen blühende Linden gegen einen lichten blauen Himmel, ein Wind weht über die frischen Blumen, als käme er von den Bergen, wo Zeit und Raum nicht merkbar sind. Zum Abend, wenn es kühl wird, gehe ich zu ihr und bringe ihr frische Blumen und stille Lieder. Kalt muss es in der Erde sein und grausam einsam. Dass niemand, keine Liebe und keine Gemeinsamkeit, uns in die große Einsamkeit begleitet! Wie müssen wir unser Leben nützen, alles erleben, Glück und Leid ist uns köstlichster Erwerb. Dass wir doch alle unsere Liebe von uns geben könnten, die in uns ist, und alle Sonne, die wir schauen …“

Immer wieder kommt er in seinen Briefen auch auf die Probleme, die Vorstellungen eines Architekten zu sprechen. Mitreißend seine Begeisterung, wenn er im Juni 1913 schreibt: „Überall Neues, neue Taten. Wie sollte man müßig zusehen können und nicht mittun wollen mit jeder Fiber …“ Über seine Arbeitsweise äußerte sich Mendelsohn 1928: „Ich sehe den Bauplatz, die Fläche, den Raum: meine Fläche, meinen Raum, von denen ich erregt Besitz ergreife. Meist schon in diesem Augenblick erscheint spontan die architektonische Idee. Ich fixiere sie als Skizze … Diese erste Skizze hüte ich. Denn als Erlebnis, als Gesicht hat sie Realität, Plan und Aufbau zum architektonischen Organismus verdichtet. Ein Einfall, eine Schöpfung. – Alles weitere ist Arbeit … Oft führt die Arbeit zu Umwegen … Aber letzten Endes behält die erste Skizze ihr Recht …“

Wie sehr ihn die Trennung vom Vaterland getroffen hat, erahnt man aus den Zeilen an seine Frau Luise vom 6. Oktober 1938: „Ich bin nirgends mehr glücklich und ohne das Glück mit Dir unglücklich im Dunkel, aus dem ich komme und in das ich zu gehen habe. Wir haben nur Boden unter den Füßen, wenn wir bodenständig sind. Und das ist uns genommen.“

Erich Mendelsohn erlag am 15. September 1953 in San Francisco einem Krebsleiden. Bereits 1921 war ihm, dem Augenmenschen, ein Auge entfernt worden, da sich ein Karzinom gebildet hatte. Nach einer erneuten schweren Operation 1953 sah er seinem Tod „mit Ruhe entgegen“, wie er seinem Jugendfreund Charles du Vinage mitteilte. In seinem letzten Brief an seine Frau Luise schrieb Erich Mendelsohn am 19. Juli 1953: „… Und ich bin tief enttäuscht, dass alle Arbeit und Mühe für die Jahre, die vielleicht noch vor mir liegen, keine Sicherheit geschaffen haben. Jahre, die wir in Vollendung eines Ideals bis zu Ende erfüllen wollten, eines Lebens, das sich organisch aus diesem Ziel ergab …“

Silke Osman

Des Soldatenkönigs Gegenpol in der Erziehung

Im Gegensatz zum Vater Friedrich Wilhelm I. förderte die Mutter Sophie Dorothea Friedrichs des Großen künstlerische Neigungen

Die Entdeckung der schönen Künste und der Musen bereits in seinen frühen Jahren verdankt der spätere Preußenkönig Friedrich der Große außer seiner drei Jahre älteren Schwester Friederike Sophie Wilhelmine (1709–1758) seiner Mutter Sophie Dorothea von Braunschweig-Lüneburg-Hannover (1687–1757). Vor 325 Jahren, am 16. März 1687, wurde sie in Hannover geboren.

Als die späteren Eltern Friedrichs des Großen, Sophie Dorothea und der spätere Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. von Preußen, 1706 heirateten, prallten durch die Verbindung zwischen den hannoverschen Welfen und den preußischen Hohenzollern zwei Welten aufeinander. Die Frauen am Hofe der Welfen standen in dem Ruf, den Männern an Gemüt und Geist überlegen zu sein. Sophie Dorotheas Großmutter Sophie von Braunschweig hat kulturgeschichtlich bedeutsame Memoiren verfasst; deren Tochter Sophie Charlotte, Gemahlin Friedrichs I. und Preußens erste Königin, ist durch den Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz unterrichtet worden.

Bei dieser Herkunft ist es wenig verwunderlich, dass Sophie Dorothea bei der Erziehung des Sohnes



Sophie Dorothea: Ölgemälde von 1737

Bild: Archiv

zum Gegenpol des Vaters und Soldatenkönigs Friedrich Wilhem I. wurde. Der feinsinnigen Mutter verdankt Friedrich seine Aufgeschlossenheit für Literatur, Musik und Kunst. Je mehr der Mutter das derbe Wesen des Ehemannes missfiel, desto mehr versuchte sie dem Sohn, dessen Neigungen ihr entgegenkamen, für die schönen Künste zu gewinnen. Erfolgreich wurde sie dabei von Friedrichs älterer Schwester Wilhelmine unterstützt. Die Mutter machte diese beiden Kinder zu Verbündeten gegen den Vater. Sie verspottete die Lebensweise des „Bettlerkönigs“ und zog sich auf ihren Musenhof, das im Zentrum Berlins an der Spree gelegene Schloss Monbijou, zurück. Dort gab sie Konzerte und veranstaltete Bälle. Sie sammelte Porzellan und legte eine erlesene Kunstsammlung an. Monbijou wurde zum geheimen Fluchtpunkt für den jungen Friedrich.

Unter diesen Gegebenheiten ist es nicht verwunderlich, dass Friedrich früh dem Vater entfremdet wurde, zumal der alles tat, um seinen Sohn von der Welt der Literatur fernzuhalten. Später erinnerte sich Friedrich an diese Zeit:

„Man wollte mir das Lesen verbieten, ich tat es heimlich. Mein Bett stand zwischen dem des Generals Finck, meines Gouverneurs, und dem meines Kammerdieners. Sobald sie beide fest schliefen, stieg ich über das Bett des Dieners hinweg und begab mich in ein anderes Gemach, wo ich auf dem Kamin eine Lampe fand. Dort hockte ich mich nieder und las. Aber eines Nachts bekam der Marschall einen Hustenanfall. Er hört mich nicht neben sich atmen, tastet im Dunkeln nach mir, findet mich nicht und ruft. Schnell kam ich gelaufen. Ich sagte, dass ich irgendein Bedürfnis gehabt hätte. Ich versteckte mein Buch und ließ mich nicht wieder erwischen. ‚Nehmen Sie sich in Acht, mein Prinz!‘, sagte der Marschall, und ich nahm mich in Acht.“

Aus der – von der Mutter geförderten – Liebe zum Buch wuchs noch in den Jugendjahren Friedrichs eine Bibliothek. Bei der Auswahl der Bücher hatte der Erzieher des Kronprinzen, der Hugenotte Jacques Égide Duhan de Jandun, maßgeblichen Einfluss. Die heimlich aufgebaute Bibliothek umfasste nach wenigen Jahren 3000 Bände. Darin befanden sich Wörterbücher und Grammatiken der französischen, englischen, italienischen und spanischen Sprache, ferner mathematische und naturwissenschaftliche Werke. Ergänzend Lehrbücher der Poetik, Konservation und Stilkunst. Antike Dichter waren ebenso vertreten wie die Franzosen, von Rabelais bis Voltaire. Im Fach Politik befanden sich Schriften von Niccolò di Bernardo dei Machiavelli, Thomas Morus, René Descartes, Pierre Bayle und John Locke darunter.

Für einen Heranwachsenden, der gleichzeitig vom Vater zum Soldaten gedrillt wurde, war das eindeutig zu viel. Friedrich wird kaum alles gelesen haben, was seine Bibliothek bot. Bezeichnenderweise befand sie sich nicht im Zugriff des Vaters, sondern heimlich im Hause des Geheimen Finanzrates Julius von Pehnen, der nahe dem Schloss wohnte. Die partielle Lektüre genügte, um Friedrich in die Gedanken der Zeit der Aufklärung zu führen. *Klaus J. Groth*

Sophie Dorotheas Eltern

Die Mutter Friedrichs des Großen war die einzige Tochter des Erbprinzen Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg, der 1714 als Georg I. englischer König wurde.

Das ist gewissermaßen die gute Seite der Herkunft der Mutter. Deren ebenfalls Sophie Dorothea von Braunschweig-Lüneburg geheißene Mutter war jedoch Mittelpunkt eines handfesten Skandals. Mit 16 Jahren war sie mit ihrem Vetter Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg verheiratet worden. Es war eine Verbindung ohne wirkliche Liebe. Die fand Sophie Dorothea in den Armen des Offiziers Philipp Christoph Graf von Königsmarck. Im Sommer 1694 plante das Paar eine gemeinsame Flucht. Eine der Mätressen des Kurfürsten, Gräfin Clara Elisabeth von Platen, verriet die Liebschaft und den Fluchtplan. Es fanden sich zahlreiche belastende Liebesbriefe.

Der Liebhaber verschwand in der Nacht vom 1. Juli 1694 spurlos im Schloss von Hannover. In seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ widmet Theodor Fontane dieser Geschichte großen Raum. Sie hat die Menschen bewegt. Nach Fontanes Schilderung war der Graf in das Schloss gegangen, um sich von der Kurprinzessin zu verabschieden. Dort sei er von vier gedungenen Mördern erschlagen worden, zwei von ihnen hätten die Tat auf dem Sterbebett gestanden. Der mutmaßliche Mord ist allerdings bis heute nicht wirklich aufgeklärt.

Sophie Dorothea wurde schuldhaft geschieden und als „Prinzessin von Ahlden“ in die Lüneburger Heide verbannt.

K.J.G.

Fingierte Terroranschläge auf die USA

Chef des Vereinten Generalstabs wollte die Schuld Kuba in die Schuhe schieben, um Kriegsgrund zu haben

Vor 50 Jahren, am 13. März 1962, wurde dem damaligen Präsidenten der USA, John F. Kennedy, vom Chef des Vereinten Generalstabs, General Lyman L. Lemnitzer, nach langer Vorausplanung die Durchführungsanordnung für eine streng geheime Operation namens „Northwoods“ zur Unterzeichnung vorgelegt. Inszenierte Terroranschläge unter falscher Flagge gegen den Luft- und Schifffahrtsverkehr innerhalb der USA sollten dem Land als Vorwand dienen für einen Regimewechsel im Kuba Fidel Castros.

Im April 1961 war eine mehr als 1000-köpfige Brigade von Exilkubanern bei ihrem Vorhaben schmählich gescheitert, mit indirekter Unterstützung durch die Vereinigten Staaten mittels Landung in der Schweinebucht die kubanische Regierung unter Fidel

Vor 50 Jahren wurden die Pläne dem Präsidenten vorgelegt

Castro gewaltsam zu stürzen. Präsident John F. Kennedy betrachtete diesen für ihn völlig unerwarteten Sieg der kubanischen Kommunisten als persönliche Niederlage und wollte nun schnellstmöglich durch den massiven Einsatz US-amerikanischer Truppen im Jahr 1962 das Castro-Regime beseitigen. Der Einsatz der US-Truppen war großzügig geplant: Man dachte an eine riesige Landungsoperation auf Kuba mit See- und Luftunterstützung, die von ihren Ausmaßen her an die Invasion in der Normandie während des Zweiten Weltkriegs heranreichen sollte. Vorher beabsichtigte man durch spezielle Propagandatricks die US-amerikanische Bevölkerung psychologisch auf einen Krieg gegen Kuba einzustimmen und in der internationalen Gemeinschaft politisches Verständnis für das eigene militärische Vorgehen zu erzeugen.

General Lyman L. Lemnitzer empfahl in seinem Plan für die Operation „Northwoods“ in Abstimmung mit anderen hohen US-Militärs nicht weniger, als kubanische Angriffe auf US-amerikanische Ziele vorzutäuschen, um dann durch die zu erwartenden Opfer einen passablen Kriegsgrund gegen das revolutionäre Kuba zu besitzen. Man griff hierbei offenkundig auf Beispiele aus der Geschichte zurück, wenn man dem US-Präsidenten vorschlug, ein US-amerikanisches Schiff in der Guantanamo Bay vor Kuba zu sprengen, denn durch die Explosion des US-Panzerschiffs „Maine“ im Hafen von Havanna war der spanisch-US-amerikanische Krieg von 1898 ausgelöst worden.

Ein weiterer Vorschlag beinhaltete den Angriff von USA-nahen Kubanern in Uniformen der kubanischen Streitkräfte auf den US-amerikanischen Truppenstützpunkt Guantanamo auf Kuba nebst der Sprengung eines Munitionslagers. Hier hatte anscheinend der „Fall Gleiwitz“ vom September 1939 Pate gestanden.

Man dachte ebenso daran, vorgeblich kubanische Terroraktionen auf Florida oder in Washington zu inszenieren. Immerhin hatte die geschickte propagandistische Verwertung deutscher geheimdienstlicher Sabotageaktionen in den USA in den Jahren 1914 bis 1916 die US-Bevölkerung in einen zunehmend kriegsbejahenden Zustand gebracht.

Als einen handfesten möglichen Kriegsgrund erachtete man ebenso den Abschuss eines US-amerikanischen Militärflugzeugs durch vorgeblich kubanische Jagdflugzeuge oder gar den scheinbar unprovozierten Abschuss eines zivilen US-amerikanischen Passagierflugzeugs. Hierbei sollte die CIA ein Zivilflugzeug chartern und mit US-amerikanischen Passagieren an Bord starten lassen. Die bemannte Maschine sollte nach ihrem Start klammheimlich gleich wieder auf einem US-Luftstützpunkt landen und in der Luft durch ein typgleiches, unbemanntes, ferngesteuertes Flugzeug ersetzt werden, das dann in Richtung Kuba flöge und über Funk Hilferufe unter Hinweis auf einen kubanischen Angriff ausstrahle. Anschließend sollte die Presse eine Liste der angeblichen Toten publizieren.



John F. Kennedy: Seine Militärs schlugen ihm die Operation „Northwoods“ vor

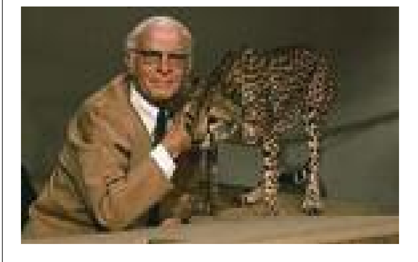
John F. Kennedy weigerte sich damals, diesen Vorschlägen seines Generalstabschefs zu folgen. Jahrzehnte später schrieb der US-amerikanische Geheimdiensthistoriker James Bamford nach der durch ihn bewirkten Publikation des Dokuments empört: „Die Operation Northwoods sollte einen Krieg provozieren, in dem viele US-amerikanische Patrioten und unschuldige Kubaner sinnlos sterben würden – und das alles nur, um die Egos einiger verrückter Generäle zu befriedigen, die in Washington sicher in ihren aus Steuergeldern bezahlten Häusern saßen, mit Dienstwagen vor der Tür ... Die Verteidiger des Pentagon bestritten solche Vorwürfe jedoch stets mit dem Argument, dass hohe Regierungsbeamte sich zu einem solchen Betrug nie hergegeben hätten. Seit die Dokumente über die Operation Northwoods zugänglich sind, ist jedoch klar, dass die Täuschung der Öffentlichkeit und die künstliche Herbeiführung von Kriegen, in denen Amerikaner kämpfen und sterben müssen, auf den höchsten Ebenen des Pentagons als normale politische Mittel galten.“

Vielleicht ist es deshalb kein bloßer Zufall, wenn der uralte und vor seiner Ausrangierung stehende US-amerikanische Flugzeugträger „Enterprise“ gerade jetzt Kurs in die Nähe iranischer Hoheitsgewässer genommen hat. Immerhin begann der US-amerikanische Konflikt mit Nordvietnam im Jahr 1964 auch durch angebliche Angriffe nordvietnamesischer Patrouillenboote auf die Zerstörer „Maddox“ und „Turner Joy“, bis sich sieben Jahre später herausstellte, dass jener „Tonkin-Zwischenfall“ keinerlei realen Hintergrund hatte und dies den US-amerikanischen Entscheidungsträgern von Anfang an bekannt gewesen war.

Jürgen W. Schmidt

Tod in der Manege

„Guten Abend, meine lieben Freunde!“ Wenn diese Begrüßung aus dem Lautsprecher des Fernsehgerätes erklang, dann hörten dem Mann vor der Kamera Millionen Deutsche fasziniert zu. 70 Prozent Einschaltquote erreichte der Tierfilmer und Naturschützer Bernhard Grzimek, geboren 1909 im schlesischen Neiße, zuletzt mit seiner Sendung „Ein Herz für Tiere“, auch im Zeitalter des öffentlich-rechtlichen Monopols eine besondere Leistung. Gespannt waren die Zuschauer vor allem auf die „Begleitung“ des Frankfurter Zoodirektors. Was würde es diesmal sein – ein Schimpanse, eine Python oder gar ein Gepard? Grzimek hatte nicht nur ein Herz, sondern auch ein Händchen für Tiere. Wenngleich der Gepard, den er eines Tages mitbrachte, mehr an seinem gepflegten Anzug interessiert war,



Bernhard Grzimek Bild: Archiv

als an den Worten seines „Herrchens“. So erwies sich nicht zuletzt durch diese Szene, dass die Tiere schließlich Wildtiere waren und keine Schoßhündchen.

Seit den 50er Jahren brachte Grzimek die Tierwelt ferner Länder regelmäßig in die deutschen Wohnzimmer und warb als einer der ersten für Natur- und Artenschutz. Sein Film „Serengeti darf nicht sterben“ gewann 1960 als erster deutscher Spielfilm nach dem Zweiten Weltkrieg einen „Oscar“. Mit den von ihm gesammelten Spenden unterstützte Grzimek Naturschutzprojekte vor allem in Afrika. 1975 gehörte er zu den Gründern des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland.

Bei einer Tigerdressur in einem Zirkus brach Grzimek am 13. März vor 25 Jahren tot zusammen. Seine Asche wurde seinem Wunsch entsprechend in Tansania beigesetzt.

os

Siebenfaches Werben für Russlanddeutsche

Die Ausstellung »Volk auf dem Weg« ist auf Wanderschaft quer durch Deutschland – Öffentliche Orte sind bevorzugte Etappenziele

Eigentlich müsste der Name Michail Iwanowitsch Kalinin bei Millionen Deutschen negative Assoziationen auslösen. Bei den noch lebenden gebürtigen Ostpreußen und ihren Nachfahren, weil die Hauptstadt ihrer Heimat nach dem formellen Staatsoberhaupt der Sowjetunion benannt ist. 1946 benannten die Eroberer die 1255 gegründete Pregelmetropole in „Kaliningrad“ um. Aber auch bei den etwa 2,5 Millionen inzwischen nach Deutschland verzogenen Russlanddeutschen und ihren Kinder und Enkeln dürfte der Name Kalinin für den Verlust ihrer Heimat stehen. Denn am 30. August 1941 veröffentlichte der Kreml den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons wohnen“.

178 Jahre zuvor hatte die russische Zarin Katharina die Große die Vorfahren der Russlanddeutschen gezielt ins Land geholt, damit sie die zum Teil menschenleeren Gebiete ihres Großreiches bevölkerten. 30 623 Ausländer folgten bis 1774 der Einladung der in Deutschland geborenen Monarchin. Woher sie kamen und wo sie siedelten, das zeigt die in regelmäßigen Abständen aktualisierte Ausstellung „Volk auf dem Weg“, die schon seit 1995 auf Wanderschaft quer durch Deutschland ist. Vergangenen Monat lud die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Aydan Özoguz die Hamburger zur Eröffnung der in Hamburg-Rahlstedt Zwischenstation machenden Wanderausstellung ein. Da die aus 25 Tafeln bestehende Ausstellung noch sechs Zwillinge hat, die ebenfalls dauerend auf Wanderschaft sind, haben bereits viele Deutsche sich über das Schicksal der Russlanddeutschen informieren können. 2011, als sich die Deportation der Russlanddeutschen zum 70. Mal jährte, konnte sie so an 118 Orten gezeigt werden. Zahlreiche Be-

Die Menschen brauchen nicht zur Ausstellung kommen, sie kommt zu den Menschen

gleitveranstaltungen vor allem für Schüler sorgten für eine breite Wahrnehmung.

Da die Wanderausstellung „Volk auf dem Weg“ überwiegend an öffentlichen Orten – in Hamburg ist es ein Einkaufszentrum gewesen – gezeigt wird, sehen sich auch Personen die Schau an, die deswegen niemals extra in ein Museum gegangen wären. Damit die Geschichte der Russlanddeutschen nicht zu abstrakt ist, ist sie unter anderem anhand von vier Familien greifbar gemacht worden. Der Interessierte kann erfahren warum die Familien Schwindt, Wedel, Biedlingmaier und Pflugfelder-Baun aus ihrer deutschen Heimat im 18. beziehungsweise 19. Jahrhundert nach Russland gingen. Er kann nachlesen, wo sie eine neue Heimat fanden, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienten und relativ ungestört lebten, bis sie im Ersten Weltkrieg erstmals zum Feind Russlands erklärt wurden, da ihre Vorfahren aus Deutschland stammten, sie oft überwiegend noch Deutsch sprachen und ihre deutschen Traditionen pflegten. Bereits 1915 war die Aussiedlung von Deutschen angedacht, obwohl viele der Männer als Soldaten im Dienst der russischen Armee standen. Da sich viele Stadtverordnete dagegen aussprachen, die fleißigen und ihrer Meinung nach unentbehrlichen deutschen Kolonisten umzusiedeln, wurde der Gedanke schnell wieder fallengelassen.

Doch 1941, nachdem die Bolschewiki längst die Macht ergriffen hatten und durch die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Bildung einer „neuen sozialistischen Gesellschaft“ die wohlhabenden russlanddeutschen Bauern und Bürger längst Enteignung und Unterdrückung hatten erfahren müssen, fand sich kein Fürsprecher mehr. Und mit dem von Kalinin und Alexander Gorkin unterzeichneten, aber vom wahren sowjetischen Machthaber Josef Stalin angeordneten Erlass begann die Deportation der Russlanddeutschen vor allem nach Sibirien. Zuvor wurden oft die Männer der Familien erschossen, die Familien wurden häufig auch getrennt, wie es bei den vier in der Ausstellung gezeigten Familienschicksalen auch der Fall war. Bis Ende 1941 wurden nach offiziellen sowjetischen Angaben 799 459 Personen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Kasachstan und Sibirien „umgesiedelt“, unter ihnen 444 115 Wolgadeutsche, wegen Spionage oft zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Eine Rückkehr in ihre Heimat wurde ihnen selbst nach der Rehabilitierung nach Stalins Tod 1953 verboten. Jene, die das Glück hatten, der Deportation zu entgehen, waren fortan entrechtet und wurden oft auch ihrer ökonomischen Basis beraubt. Auch unter dem im Vergleich mit Stalin moderaten Nikita Chruschtschow besserte sich die

Sieben identische Ausstellungen mit je 25 Tafeln sind zeitgleich im Land unterwegs

Stellung der Russlanddeutschen nur langsam. Daher versuchten viele Russlanddeutsche die Sowjetunion zu verlassen. Doch in den 50er Jahren durften nur wenige Tausend ausreisen, in den 60er Jahren sogar noch weniger. Ab Mitte der 70er Jahre ließ der Kreml wieder mehr ausreisen und die Bundesrepublik Deutschland nahm auch mehr auf. Nach dem Ende der Sowjetunion und mit dem Ende des Kalten Krieges, als die Möglichkeit zur Ausreise gegeben war, kam der Ansturm auf die Bundesrepublik Deutschland. 1990 kamen 147 950 deutsche Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Es wurden jedes Jahr mehr, bis 1994 mit 213 214 der Höhepunkt erreicht wurde. Im Jahr 2000 kamen nur noch 94 558, 2010 sogar nur noch 2297.

Sie alle wurden aufgrund ihrer mangelhaften und altmodischen Deutschkenntnisse jedoch nicht überall mit offenen Armen aufgenommen. „Ah, sie hatten also auch einen deutschen Schäferhund“, wurden sie manchmal sogar direkt angegiftet. Doch auch wenn die Russlanddeutschen zum Teil vor über 200 Jahren ihre deutsche Heimat verlassen hatten, so hatten doch genau diese deutschen Wurzeln den Nachfahren dieser Auswanderer viel Leid eingebracht. Die Ausstellung „Volk auf dem Weg“ informiert nun die Deutschen über dieses Leid und verdeutlicht auch, dass die Russlanddeutschen keine klassischen Zuwanderer sind und auch heute noch durch Fleiß auffallen. Über 2,3 Millionen Russlanddeutsche sind seit 1950 aus der (ehemaligen) UdSSR nach Deutschland gekommen. Dass sie sich inzwischen fast überall perfekt integriert haben, dass beweist der Umstand, dass Russlanddeutsche heute in der öffentlichen Debatte kaum noch ein Thema sind, obwohl es doch fast so viele waren, die da kamen, wie einst aus der Türkei.

Rebecca Bellano

Ein ganzer Familienzweig erschossen – Schamlose Zumutung

Zu: „Im Grunde selber schuld“ (Nr. 8)

Ich lebe heute in Übersee und setze mich wo immer sich die Gelegenheit für mich bietet für die deutschen Heimatvertriebenen ein. Meine Familie wurde fast vollzählig aus den deutschen Ostgebieten vertrieben. Ein ganzer Zweig und der Großvater wurden erschossen, andere sind spurlos verschwunden. Es sind Veranstaltungen wie die hier zur Debatte stehenden, die Polen darin das Rückgrat stärken, Aufarbeitungen nachweisbarer Verbrechen an schuldlosen deutschen Zivilisten zu verweigern – Sie wissen, dass diese nicht verjähren.

Das Schicksal meines Großvaters und einer Anzahl deutscher Mitbürger in der Heimatstadt wurde mir anlässlich einer Reise in die verlorenen Gebiete im Jahre 2000 von ehrlichen polnischen Zeitzeugen geschildert, denen aus verständlichen Gründen bis heute die Zivilcourage fehlt, diese Vorfälle öffentlich zu bezeugen. Seit diesem Zeitpunkt kämpfe ich, nicht um eine materielle Entschädigung für gestohlenes Hab und Gut, sondern schlicht um Offenlegung der Erschießungsumstände, Bekanntgabe des Ortes, wo man die Gebeine verscharrt hat, sowie um die Rehabilitierung der Toten und eine öffentliche Entschuldigung. Anstatt dessen hat man mir in Polen, aber auch schon in Deutschland empfohlen, ich solle mich doch wieder an den polnischen Ort begeben und dort persönlich gemeinsam mit den polnischen Zeugen die Nachforschungen anstellen und eventuell ein Zeichen des Gedenkens setzen. Dagegen gebe es nichts einzuwenden. Dass man durch diese schamlose Zumutung den trauernden Nachkommen ein zweites Mal den Dolch in den Rücken treibt, ist diesen Leuten offensichtlich nicht in den Sinn gekommen.

Schockierend ist außerdem die Tatsache, dass es heute im 21. Jahrhundert noch hochgebildete Menschen gibt, die behaupten, dass Menschenvertreibungen, insbesondere die deutschen, gerechtfertigt seien, und somit ein ganzes Volk für die Vergehen seiner Führungskräfte mitverantwortlich machen, also der Kollektivschuld anhängen.

Menschenvertreibungen und Kollektivschuld sind universell menschenrechtswidrig. Vielleicht wäre es im vormaligen Jugoslawien, in Afrika oder sonstwo auf der Welt nicht zu Genozid und Vertreibungen von unendlicher Grausamkeit gekommen, wenn man das Unrecht an den deutschen Vertriebenen rechtzeitig anerkannt und entsprechend angeprangert hätte.

Gudula Behm, St. Louis, MO, USA

Kompliment!

Zu: Fernseh-Nachrichten

Es muss einmal gesagt werden: Deutsche TV-Nachrichten sind zum Abgewöhnen. Ich ignoriere sie seit Jahren. Gedruckte Medien finde ich besser.

Ich lese nur, was mir sinnvoll erscheint. In der *PAZ* lese ich fast alles.

Wieso? Es ist erstaunlich, wie diese Zeitung mit einem doch so kleinen Team hoch qualifizierter und kompetenter Journalisten über so vielschichtige Themen verlässlich und erschöpfend berichten kann. Dazu mein ausdrückliches Kompliment an Sie alle!

Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg

Totengedenken

Zu: „Bizarre Trauer“ (Nr. 7)

13./14. Februar 1945: Angloamerikanische Luftangriffe auf Dresden

1955: Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Hans Loch, erklärt, es seien mehr als 300 000 Menschen getötet worden.

Dezember 1964: Der britische Historiker David Irving schreibt, er habe den ungekürzten Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei Dresden vom 22. März 1945 geprüft und für echt befunden. Danach wurden bis zum 2. März 1945 insgesamt 202 040 Tote festgestellt.

2. Dezember 1974: Der Dramatiker und Publizist Rolf Hochmut beziffert in einem Interview im deutschen Fernsehen die Zahl der Toten mit 202 000.

1981: Der amerikanische Historiker Alfred de Zayas schreibt in seinem Buch „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ von 300 000 Toten in Dresden als „absolute Untergrenze“.

April 1985: Im „Askania Annual“ wird die Erklärung des damaligen 1. Generalstabsoffiziers des Verteidigungsbereiches Dresden, des späteren Oberstleutnants der Bundeswehr, Eberhard Matthes, veröffentlicht. Danach waren 35 000 Leichen „voll identifiziert“, 50 000 „teilidentifiziert“, außerdem gab es „168 000 Opfer, an denen es nichts mehr zu indentifizieren gab“.

31. Juli 1992: Die Landeshauptstadt Dresden teilt mit, „eine Zahl von 250 000 bis 300 000 Opfern dürfte realistisch sein“.

18. Mai 1993: Die Landeshauptstadt Dresden schreibt, wenn man davon ausgehe, dass mindestens 35 000 Menschen den Tod gefunden haben, dann ließe diese Zahl „nach oben alles offen“.

März 1994: Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) Freiburg meint, es seien mehr als 200 000 Tote zu beklagen.

Januar 1995: Die Landeshauptstadt Dresden führt in ihrem Begleitbuch zur Ausstellung „Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit“ aus, dass angeblich nur zirka 25 000 Menschen getötet wurden.

Gedenkt der Hunderttausenden von Toten des Luftangriffs auf Dresden!

Horst Schmidt, Höhbeck

Spengler hatte recht

Zu: „Tribut an Sozialisten und Co.“ (Nr. 6)

Oswald Spengler hat bereits vor rund 90 Jahren im „Untergang des Abendlandes“ beschrieben, dass die Finanzbranche von der dienenden zur beherrschenden Rolle kommen werde.

Es gibt noch Menschen, die sich an die Börsenumsatzsteuer und die komplizierte Dividendenbesteuerung in Deutschland erinnern, die dafür sorgte, dass Aktiengeschäfte wegen der Kosten wohlüberlegt vorgenommen werden mussten. Heute kann gespielt werden.

Wenn wir, wie die Fishersche Verkehrsgleichung suggeriert, von einer Relation zwischen Geld und Ware ausgehen, dann muss auch die Besteuerung äquivalent erfolgen. Da dem nicht (mehr) so ist, hat Spengler Recht behalten.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf



Während der Vertreibung, irgendwo auf einer Durchgangsstation: Ein Kind, verloren auf dem Handwagen sitzend, was mag es empfinden? Welche Schrecken hat es schon gesehen? Bild: Archiv

Grandiose Leistung

Zu: „Im Grunde selber schuld“ (Nr. 8)

Um Himmels willen, wohin haben die Antideutschen das Land bereits getrieben? Haltet ein! Die Einheit unseres Vaterlandes wurde 1989/90 in einer friedlichen Revolution errungen. In der ehemaligen DDR wurden erstmals die Leistungen der 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten Deutschlands beim Wiederaufbau des Vaterlandes gewürdigt. Dies ist eine grandiose Leistung und setzt den ganzen Einsatz derjenigen voraus, welche alles verloren hatten.

Mit aller Vorsicht sage ich: Am 18. März wird ein neuer Bundespräsident gewählt. Möge er den Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten Deutschlands Gerechtigkeit widerfahren lassen, welche diese sich mit einer großen Heimatliebe verdient haben, welche für jeden Einzelnen spricht.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Unwissende Politiker machen alles nur schlimmer

Zu: „Im Grunde selber schuld“ (Nr. 8)

Das schlägt dem Fass den Boden aus, dass in Berlin noch darüber diskutiert wird, wem die Schuld für Flucht und Vertreibung in die Schuhe geschoben wird. Jetzt sind es die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, denen man die Schuld für ihre Misere anhängen will. Bei all dem unmenschlichen Leid, das wir und Millionen andere durchlitten haben.

Zu meiner Vorgeschichte: Ich bin 1941 in Reußen, Kreis Allenstein, geboren, als zweitjüngstes Kind, meine jüngste Schwester war bei der Flucht 20 Monate alt.

Am Sonntag, dem 21. Januar 1945, ist meine Mutter mit acht eigenen Kindern unfreiwillig bei zirka Minus 15 bis Minus 20 Grad vor der herankommenden russischen Armee geflüchtet.

Meine Mutter kannte ich nach dem Krieg eigentlich nur krank, sie war einfach ausgebrannt und ist sehr früh gestorben. Meine Mutter hat aber alle Kinder ihrer Flucht-Reisegruppe bis in den Westen durchgebracht. Danach wurden wir fast nur noch als Flüchtlinge und Pollacken gedemütigt und beschimpft.

Die große Masse der Flüchtlinge überlebte später zuerst durch Mitleid der kleinen Leute, Spenden verschlissener Kleidung und natürlich durch harte Arbeit, um den Kampf ums nackte Überleben zu überstehen.

Ich lebe ganz zufrieden und empfinde keinen Hass auf die Polen, die in unserem Haus in Ostpreußen wohnen. Diese Menschen wurden ja auch von den Russen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben oder zwangsumgesiedelt.

Mit meiner Frau, einer Rheinländerin, unseren drei Kindern sowie auch unseren Enkelkindern waren wir schon einige Male in Ostpreußen, wo wir schöne Urlaube verlebten. Auch haben wir in den letzten 20 Jahren einen familiären Kontakt mit polnischen Familien aufgebaut. Wir wurden sogar zu einer polnischen Hochzeit eingeladen und es war schon ein Erlebnis, diese mitfeiern zu dürfen. Die Braut kennen wir schon seit ihrem fünften Lebensjahr.

Mein Frust kommt nur hoch, wenn unwissende Politiker in der Sache herumrühren und mehr Schaden anrichten als vorher war. Sie sollten sich erst einmal vorher informieren, wie die Menschen sich miteinander vertragen.

Walter Sender, Sinzig

Haben uns selber vertrieben!

Zu: „Im Grunde selber schuld“ (Nr. 8)

Auf der Veranstaltung sagte Christian Koch, dass kein Unrecht (hier Vertreibung) durch ein anderes gerechtfertigt würde. Mit „Aber“ fängt schon seit Jahren der zweite Satz an, wenn es um dieses Thema geht. Die Deutschen haben sich also selber vertrieben. Richtig! Sie haben die Rote Armee mit Blumen begrüßt, ihnen Schenkungsurkunden über Heimat und Eigentum überreicht und dann rasend schnell den Soldaten den Rücken gekehrt im Bewusstsein, keine Überlebensmöglichkeiten zu haben.

Kann ein Mensch wirklich solche Gedankengänge entwickeln, dass er glaubt, dass man sich selbst vertreiben kann? Ich steige mal in die Überlegungen ein: Die Westdeutschen haben sich selbst ausgebombt. Zwangsarbeiter in Deutschland haben sich darum beworben. Kinder brachen in einen Jubelschrei aus, dass sie ihre Spielsachen zurücklassen mussten; denn die waren als Willkommensgeschenk für die Rote Armee gedacht.

Von Thadden hat Recht. Die polnische Küche ist wirklich gut; aber er hat sie wohl nur erwähnt, um die Relativierung der Vertreibung schmackhaft zu machen.

Thilo Marauhn sei Dank für seinen Mut, vor so einer Versammlung über klare Fakten zu reden. Die Vertreibung ist nun einmal die Idee der Sieger gewesen. Deutschland sollte verkleinert werden. Hitler als Entschuldigung gilt nicht. Sie wäre glaubhaft, wenn alle Deutschen vertrieben und enteignet worden wären.

Elisabeth Krahn, Celle

Nuscht nich ös!

Zu: „Hafenimpressionen“ (Nr. 8)

Erbarmung! Dat soll e Blick oppem Dom senn? Nuscht nich ös! Das ist ein Blick von der kleinen Grünanlage am Beginn der Lindenstraße – dort wo die Altstädt. Holzwiesenstraße im Rücken des Fotografen einmündet – über den neuen Pregel und den Oberen Fischmarkt/westliche Hamannstraße hinweg auf die Altstadt und den Schlossturm! Unmittelbar links vom Schloss sieht man auf diesem Bild das eingerüstete Türmchen des Altstädtischen Rathauses und am linken Bildrand ist gerade noch eine Ecke der Alten Universität auf der Kneiphof-Insel sichtbar. Der Dom befände sich, vom Fotografenstandpunkt aus, links hinter der Alten Universität.

Das ist nun alles lange her und so langsam gerät wohl leider etwas durcheinander. Neulich fabulierte jemand in einem Heimatkreisboten mehrfach und unkorrigiert vom Denkmal des „Alten Kurfürsten“ in Pillau. Ein Verschnitt aus dem Großen Kurfürsten, wie er tatsächlich genannt wird, und dem Alten Fritz.

Peter Perrey, Neustadt

Berechtigte Kritik sieht anders aus

Zu: „Ver-Steinerung der Pädagogik“ (Nr. 7)

Dieser Artikel bedient sich hauptsächlich der Techniken der schwarzen Propaganda (die sonst von der allgemein eher links gerichteten Systempresse gerne angewandt wird): Wirf mit Schmutz, es bleibt genug hängen. Berechtigte Kritik sieht anders aus. Eine Gegenstimme wäre bei einem so wichtigen Thema wie Erziehung schön gewesen.

Der Effizienz des frontalen Unterrichtssystems kann ich nur zustimmen, speziell des bayerischen, da ich dieses selbst genießen durfte: Es produziert zielsicher brave Konsumenten und unselbstständige Denker. Dabei hilft das Max-Planck-Institut. Toll. Oberstudiendirektor Kraus sollte sich seinen Artikel einrahmen und als Beweis der eigenen geistigen „Versteinerung“ an seine Wand nageln.

Der Artikel bedient ein simples Schema: hier gut, da böse, schwarz/weiß, um den eigenen Standpunkt für sakrosant zu erklären. Apropos Steiner: Wenn Herr Kraus Rudolf Steiner schon Rassismus unterstellen will, sollte er seine Zitate besser prüfen. Seine Rassismus-Anklagen stammen von Helena Petrowna Blavatsky, einer Zeitgenossin Steiners und Begründerin der Theosophie. Natürlich ist bei Herrn Kraus alles, was man selbst nicht versteht, „okkult“ (verborgen) und daher zu bekämpfen. Diese Geisteshaltung kenne ich sehr gut, sie ist im untertänigen Bayern weit verbreitet.

Florian Klinger, München

Der Berliner Innensenator ist gefordert

Zu: „Linker Terror gegen Nachbarn“ (Nr. 6)

Wie immer am Freitag kommt die Bestätigung, dass es Macher und Leser gibt, die sich nicht in die Linie der politisch Korrekten pressen lassen. Eine Meinung haben und die auch kundtun, ohne Rücksicht auf irgendeine Partei, das ist Pressefreiheit, das ist unser *Ostpreußenblatt*, das ist die *PAZ*.

Das ist so, wenn man den Artikel von Theo Maass durchliest. Klar herausgestellt wird, wie es wäre, kämen derartige Aktionen von Rechtsextremen. Die veröffentlichten Meinungen und Sprechblasen derer, die sich dazu gern entrüsten, können wir uns ausmalen.

In diesem Fall hier wäre es die Gelegenheit für Presse und Medien, einmal klar und deutlich Stellung zu beziehen gegen Linksextremismus, gegen die Bedrohung der Demokratie von links.

Aber Fehlanzeige. Vermutlich wird es Redakteure geben, die nach dem, was da gelaufen ist, erschrocken sind über die Zustände in unserer ach so gut funktionierenden Demokratie, aber ihre Meinung dann doch nicht veröffentlichen dürfen oder wollen, weil für sie nicht sein kann, was nicht sein darf.

Linke Unterdrückung und Meinungsmache haben all diejenigen, die die „DDR“ erlebt haben, kennen gelernt, das reicht und das darf es nie wieder geben.

Eine klare Stellungnahme und das Ansprechen der Fakten würde man sich tatsächlich von Seiten des Berliner Innensenators wünschen. Farbe bekennen und anzeigen, wo Grenzen sind, die unverletzbar bleiben müssen. Stattdessen ist er sprachlos – oder wem glaubt er, sich unterordnen zu müssen? Hier erwarten die Bürger der Stadt – das sind sicher mehr als der Herr Senator glauben mag – und die betroffenen Menschen Rückhalt und Engagement, aber Fehlanzeige. Die, die sich gegen rechts entrüsten, schweigen bei diesem Thema sowieso lieber.

Wer Aktionen gegen rechts gut findet, weil das die Demokratie stärke, muss Aktionen gegen links auf die Beine stellen, sonst ist Glaubwürdigkeit von Seiten der Politik nur eine Worthülse, missbraucht, auch um Wählerstimmen zu fangen.

Andreas Weiß, Berlin

Das Ostpreußenblatt



Nr. 10 – 10. März 2012

MELDUNGEN

Kameras für mehr Sicherheit

Tilsit – Die öffentliche Sicherheit liegt Tilsits Stadtoberen sehr am Herzen. Mehrere unliebsame Vorfälle ließen in der letzten Zeit aufhorchen. Unbekannte Täter setzten an der Gedenkstätte für die gefallenen Rotarmisten Kränze in Brand. Dem bronzenen Elchstandbild wurde ein Stück der Schaufel abgesägt. Das Programm „Sichere Stadt“ soll nun Abhilfe schaffen. Als erste Maßnahme wurde auf einem Lichtmast am Hohen Tor eine Videokamera installiert, die das Areal vor dem Rathaus bis in die Hohe Straße hinein beobachtet. Mit einem Dutzend weiterer Anlagen sollen Brennpunkte im gesamten Stadtgebiet überwacht werden. Die städtische Abteilung Innere Angelegenheiten hat die Kontrolle der Monitore übernommen und erhofft sich mehr Schutz vor kriminellen Handlungen. Bei den Bürgern der Stadt findet die Maßnahme, wie aus einem Internetforum hervorgeht, große Zustimmung. *H.Dz.*

Konzertierte Polizei-Aktion

Labiau – Mit einer konzertierten Aktion versuchten die Kriminal- und die Verkehrspolizei am 12. Januar der ausufernden Kriminalität in der Gegend um Labiau Herr zu werden. Dort kam es in den letzten Monaten zu mehreren Raubüberfällen auf Privatunternehmer und Bauern, zahlreichen Wohnungs- und Gebäudeeinbrüchen sowie einer Reihe von Brandstiftungen. Aktiv wurden die Behörden indes erst, nachdem am Neujahrstag in das Anwesen der Gebietsduma-Abgeordneten Olga Krasnowa von der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ eingebrochen worden war. Viele Ergebnisse scheint die Polizeiaktion aber nicht gebracht zu haben: Lediglich einige betrunkene Autofahrer und „Ordnungsstörer“ gingen den Beamten ins Netz. *T.W.W.*

Durchwachsene Bilanz für 2011

Tilsit – Durch vereinte Anstrengungen ist es Tilsit im vergangenen Jahr gelungen, die Kriminalität gegenüber dem Vorjahr zurückzudrängen. Zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtgebiet wurde die örtliche Polizei durch zahlreiche Bürgerpatrouillen, durch den Streifendienst des Kosakenvereins und durch vier Sicherheitsfirmen wirksam unterstützt. Die Anzahl der Raubstraftaten sank auf 211, hat aber mit 37 Prozent immer noch den höchsten Anteil in der Kriminalstatistik. Dagegen nehmen sich Drogenhandel, Wirtschaftsvergehen, Betrug und Diebstahl mit jeweils rund 40 Delikten relativ gering aus, wenngleich hier mit einer Dunkelziffer zu rechnen ist. Unbefriedigend ist die Situation im Straßenverkehr. Bei 342 Verkehrsunfällen im Stadtgebiet gab es fünf Tote und 33 zum Teil schwer Verletzte. *H.Dz.*

Schlappe für Putin in Königsberg

In der Pregelmetropole verfehlte der Premier mit 46 Prozent die absolute Mehrheit bei der Präsidentenwahl

Wladimir Putin ist als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl in Russland hervorgegangen. Mit 63,7 Prozent aller Wählerstimmen erlangte er, wie erwartet, die absolute Mehrheit. In den Millionenstädten Moskau und St. Petersburg war die Zustimmung wesentlich geringer. Das schlechteste Ergebnis insgesamt erhielt er jedoch in Königsberg.

Die Wahlbeteiligung lag diesmal etwas höher als bei der letzten Präsidentenwahl. 65,3 Prozent aller Wahlberechtigten in der Russischen Föderation und 58,3 Prozent der im Königsberger Gebiet sind zur Wahl gegangen.

Die Ergebnisse im Königsberger Gebiet unterscheiden sich traditionell von denen in Russland. Wladimir Putin wurde in der Exklave von 52,5 Prozent gewählt (63,7 Prozent in der gesamten Föderation). Platz zwei erhielt Gennadij Sjuganow mit 21 Prozent (17,2 Prozent). Michail Prochorow erhielt 13,5 Prozent (7,9 Prozent gesamt), Wladimir Schirnowskij 7,8 (6,22 Prozent) und Sergej Mironow lediglich 3,5 Prozent (3,85 Prozent). Am meisten unterschieden sich also die Ergebnisse von Putin und Prochorow vom russischen Durchschnitt. Die Unterstützung für den Unternehmer war in der Exklave fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. In Königsberg erhielt er sogar 17 Prozent Stimmenanteil. Sieger Putin erlangte in der Stadt Königsberg 46 Prozent. Das ist das niedrigste Ergebnis in der ganzen Russischen Föderation.

Um 8 Uhr morgens öffneten im Gebiet 513 der insgesamt 94 000 Wahllokale der Russischen Föderation. Insgesamt waren im Gebiet 757 000 Menschen zur Wahl aufgerufen worden. Diesmal waren in der Region viele ausländische Beobachter anwesend. 14 Vertreter des Büros für demokratische Institute und Menschenrechte, des Europäischen Parlaments und von GUS-Ländern beobachteten die Wahl. Bei der umstrittenen Duma-Wahl im Dezember waren dagegen nur acht ausländische Beobachter vor Ort gewesen. Daneben waren diesmal in jedem Wahllokal Vertreter der Präsidentenkandidaten und verschiedener Parteien vertreten. Je zwei Putin- und Sjuganow-Befürworter zeigten in jedem Wahllokal Präsenz. Die anderen Kandidaten konnten ihre Vertreter nicht an jeden Ort der Region entsenden.



Bild: Tschernyschew

In einem der 513 Wahllokale des Königsberger Gebietes: Insgesamt 757 000 Bürger waren zur Wahl gerufen

Eine wichtige Neuerung gegenüber vorherigen Wahlen war die massenhafte Kameraüberwachung. Sie sollten den Wahlvorgang transparenter machen und für ehrliche Wahlergebnisse sorgen. Putin selbst hatte diese Maßnahmen als Antwort auf die Massenproteste nach der Staatsdumawahl im Dezember 2011 initiiert.

Um sich die Aufnahmen der Kameras in Echtzeit anzuschauen, musste man sich zuvor über das Internetportal „webvybory2012.ru“ registrieren, und zwar genau um 0 Uhr am 4. März. Nach der Wahl konnte sich jeder Zugang zu dem Archiv der Videoübertragungen verschaffen. Er musste dazu einen Antrag an das Ministerium für Nachrichten und Telekommunikation stellen. Dann konnte er 72 Stunden Videoaufzeichnungen sichten. Laut offiziellen Angaben wurde für die Bereitstellung und Installation der Videoüberwachung eine Summe von 15 Milliarden Rubel (über 380 Millionen Euro) ausgegeben. Trotz des großen Aufwands blieben etwa fünf Prozent aller Wahllokale ohne Videoausrüstung.

In Neuhausen [Gurjewsk], Kreis Fischhausen wurde noch am Wahltag festgestellt, dass auf einem Revier der Wahlkommission auf ungeklärte Weise Wahlzettel verloren gegangen sind. In Ludwigsort [Laduschkin], Kreis Heiligenbeil wurde die höchste Wahlbeteiligung registriert. Das mag damit zusammenhängen, dass dort am selben Tag auch der Bürgermeister gewählt wurde. Jedenfalls kam es in dem 19 Kilometer nordöstlich von Heiligenbeil gelegenen Ort zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall: Unbekannte hatten dem Vorsitzenden der örtlichen Wahlkommission einen Sargdeckel mitgebracht.

Journalisten wurden vielfach in den Wahllokalen im Gebiet an ihrer Arbeit gehindert. Sie mussten neben einer Akkreditierung die Bestätigung ihrer Redaktion und weitere Dokumente vorweisen. In einigen Fällen versuchten Mitarbeiter der Wahlkommission und der Polizei, Foto- und Videoaufnahmen gänzlich zu verhindern. Noch vor Ende der Wahlfrist wurden im Königsberger Gebiet bereits alle öffentlichen Überwachungskameras abgeschaltet. Wie die regionale Wahlkommission bekannt gab, hatte es technische Probleme bei „Rostelekom“ gegeben, der die Übertragung oblag. Abschaltungen hat es in der ganzen Russischen Föderation gegeben. Angeblich handelte es sich um eine „technische Pause“. *Jurij Tschernyschew*

Königsbergerinnen stehen auf Deutsche

Die russische Exklave leidet seit einem Jahrzehnt unter einem wachsenden Frauenüberschuss

Bereits seit zehn Jahren weist die 950 000 Seelen zählende Bevölkerung des Königsberger Gebiets einen Frauenüberschuss auf, Tendenz steigend. Betrug der Überschuss vor zehn Jahren immerhin schon 43 100, so lag er vergangenes Jahr bereits bei 55 500. Galina Tschurikowa, Chefin der regionalen Statistikzentrale „Kaliningradstat“, kennt die Ursache des Königsberger Männermangels: „Bekanntlich war hier das große ‚Spezialkontingent‘ von Armee, Baltischer Flotte und Grenztruppen stationiert. Diese Truppen wurden vermindert oder aufgelöst, die Armeeschulen verlegt, was alles zum Bevölkerungsrückgang beitrug.“ Bis März 1991 war Königsberg „militärische Sperrzone“, „Russlands westlicher Vorposten“, ein Heerlager waffenstarrender Krieger. Etwa die Hälfte der damals 430 000 Einwohner war bei Armee oder Marine beschäftigt. Das hat sich inzwischen gründlich gewandelt.

Zu Recht gelten die Frauen von Königsberg als selbstbewusst und ansehnlich. Als der regionale Frauenverband kürzlich Krach mit der „Frauenunion Russlands“ hatte, trat er brüsk aus dieser aus. Und weil ihre weiblichen Reize von russischen Männern zu wenig gewürdigt wurden, hatten die Frauen schon früh ein Auge auf Ausländer geworfen. Vor 20 Jahren waren Amerikaner Favorit, später dann Bundesbürger, Österreicher und Schweizer. Die gelten als seriös, partnerschaftlich, kinderfreundlich und was sie sonst von ruppi-

> Deutsche gelten als partnerschaftlich und kinderfreundlich

gen Russen positiv unterscheidet.

Eheanbahnungsagenturen kennen die „Vorleistungen“ von Russinnen, die rechtzeitig Deutsch lernen, und die Vorlieben ihrer deutschen „Kunden“, die weit gefächert wie die Leporello-Arie im „Don Giovanni“ sind: junge und alte („bis 70 Jahre“), dicke und schlanke, sanfte und resolute und so weiter. Sollte es einen Idealtyp geben, dann wäre es die 30-jährige Büroangestellte oder Lehrerin, aber „eine Chance hat jede, sie muss den Schritt nur aufrichtig wollen“. Anders als Russen fakkeln deutsche Männer nicht lange, „wenn ihnen eine Frau gefällt, kommt ein Heiratsantrag“. Dann russische „swad'ba“ (Hochzeit) und Abreise nach „Germanija“, „von wo in elf Jahren noch keine frustriert zurückgekehrt ist“.

Natürlich nicht, denn mit der Ehe wurde die Frau Staatsbürgerin in einem reichen Land, erlöst aus dem Armenhaus Königsberg, wo Dorfgebiete veröden, Stadtregionen zerfallen, Wohnungsbau und Agrarproduktion stagnieren. In Königsberg beträgt der Durchschnittslohn zwischen 18 000 und 19 500 Rubel (zwischen 460 Euro und 495 Euro) im Monat, nur in zwei Gebieten Russlands liegt er noch darunter. Die im tiefen Mi-

> Ehe mit Deutschen als Flucht aus der Armut

nus steckenden Staatskassen lassen in Königsberg nur minimale Lohnerhöhungen zu, welche die traditionell hohe Inflation „auffrisst“. Königsberg fühlt sich von Russland verlassen, eine ausgesperrte Exklave zwischen Litauen und Polen, die für russische Lieferungen „minderwertiger Waren“ hohe Transportkosten und Zölle zahlt. Dennoch weist es eine hohe und noch wachsende Zuwanderung auf. Alleine in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres kamen 1958 Personen, davon die meisten aus GUS-Ländern.

Russinnen, die deutschen Ehemännern nach „Germanija“ folgen, müssen sich manche Kritik anhören, was sie nicht anficht. „Müssen es ausgerechnet Deutsche sein? Habt ihr die nicht in sowjetischen Filmen gesehen?“ Worauf die Antwort lakonisch und deutsch lautet: „Najurlich! Aber deutsche Männer sind praktisch und gut.“ Während der russisch „mushik“ (abwertend für „Mann“) eine „widerwärtige Einstellung zu Frauen hat“ (und das ist noch milde übersetzt). Wenn ein „schenonenavistnik“ (Frauenhasser) patriotische Phrasen ablässt, kommt die kühle Replik: „Hunderttausende Frauen haben in den letzten zehn Jahren Familien im Ausland gegründet“, am liebsten mit Deutschen, aber auch mit Skandinaviern, Spaniern, Italienern und anderen, die materiell und moralisch Russen überragen. Die sind in jüngeren Jahren „wie Hähnchen im Hühnerhof“ und „wenn sie alt werden, klagen Russen alles und jeden an, nur nicht sich selber“. *Wolf Oschlies*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

fangen wir mit erfreulichen Dingen an. Erfreulich, das bedeutet für manchen Fragesteller schon, wenn er seinen Wunsch auf unserer Familienseite liest und nun warten kann, ob eine Reaktion erfolgt. Wenn diese dann kommt, ist es doppelt erfreulich wie für Frau **Anorthe Nilson** aus Göttingen, deren Suchfrage wir in einer Dezemberausgabe des letzten Jahres veröffentlicht hatten. Anorthe Nilson geborene **Czudnochowski** stammt aus dem Kreis Johannisburg. Dort hatte sie auf einer Heimatreise im letzten Sommer Unterlagen für ihr Familienarchiv gesammelt – mit Erfolg. Denn sie fand das Grundbuch ihres Großvaters aus Schunowen, in dem auch zwei Personen mit dem Namen **Roch** eingetragen waren. Frau Nilson bat uns, nach **Gertrud** und **Siegfried** Roch zu suchen. Es erfolgte ein Anruf, der Hinweise auf Gertrud Roch enthielt, und nach einigen Telefonaten hatte sie die Anschrift der Gesuchten, die heute einen anderen Namen trägt. Als Frau Nilson mir dies mitteilte, hatte sie bereits einige Briefe an die angegebene Adresse gesandt, aber noch keine Rückantwort erhalten. So werden wir bald weiter von dieser erfolgreichen Suche hören, die noch eine andere unerwartete Resonanz hatte: Es meldete sich ein Leser, der Fragen zu dem Namen Czudnochowski hatte und dem Frau Nilson weiterhelfen konnte.

Einen ersten Erfolg konnte auch Herr **Ulrich Drescher** verbuchen, dessen Suchfrage nach seiner leiblichen Mutter wir in Folge 6 brachten. Er hatte erst spät von unserer Ostpreußischen Familie erfahren, die nun für ihn nach langjähriger ergebnisloser Suche der letzte Hoffnungsträger ist. Zwar sind wir auf der Suche nach seiner Mutter **Susanne** (**Suse**) Drescher aus Insterburg oder Goldap, die am 15. März 1944 in der Insterburger Frauenklinik ihren Sohn Ulrich gebar, noch nicht weiter gekommen, aber es meldete sich ein Angehöriger seiner ersten Pflegefamilie. Die aus Schlaugen stammende Familie **Didzus** hatte bereits in Ostpreußen die Pflege übernommen, sie nahm das Kind mit auf die Flucht, die bis zu einem Auffanglager in Stadtilm/Thüringen führte, wo die Pflegemutter **Emma** Didzus 1951 verstarb.

Kurz nach der Veröffentlichung der Suchfrage meldete sich bei Herrn Drescher ein Angehöriger der Familie Didzus, mit dem er Wissenswertes über die Pflegeeltern austauschen, der aber in Bezug auf die Herkunft von Ulrich Drescher leider keine Angaben machen konnte. Er bedankte sich zwar herzlich für die Veröffentlichung, aber eine leichte Resignation klang doch durch. Nun muss ich ihm, der unsere Zeitung ja bisher nicht kannte, erklären, dass sich viele Erfolge nicht schon so kurz nach dem Erscheinen einstellen können. Die weltweite Verbreitung der *PAZ*, das Weitergeben von Leser zu Leser und vor allem die Präsenz im Internet bewirken manchmal erst nach längerer Zeit die ersehnte Resonanz.

So dreht sich unser Familienkarussell munter weiter. Das bekamen auch die **Eichler**-Schwestern **Hildegard Jesse** und **Waltraud Gontarski** zu spüren. Sie hatten nach älteren Exemplaren der Osteroder Heimatbriefe gefragt, vor allem nach jenen Ausgaben, in denen über ihr auf den Kernsdorfer Höhen gelegenes Heimatdorf Marienfelde berichtet wird. Unsere hilfsbereiten Leserinnen und Leser sandten den Schwestern die gewünschten Ausgaben zu oder unterrichteten sie telefonisch – große Freude! Die beiden Damen weilten bereits in den letzten Jahren mit einem interessierten Neffen zu Besuch in der Stammheimat der Eichlers. Nun möchte die jüngere Schwester Waltraud, angeregt durch die vielen Berichte, noch einmal mit ihrem Neffen dorthin reisen. „Das Interesse ist also auch bei der jüngeren Generation geweckt“, schreibt dazu Herr **Frank Schneidewind** aus Olpe, der die Bitte der Schwestern übermittelte. Er konnte übrigens die von ihm angebotene Postkarten-Bild-Mappe vom schlesischen Kurort Krummhübel einem jüngeren Schlesier-Nachfahren übergeben. Herr **Dietmar Jäckel** arbeitet ehrenamtlich mit seinen guten Kenntnissen für die Heimatgemeinde seiner Mutter in Niederschlesien, sein Großvater war vor der Vertreibung Ortsbürgermeister im Kreis Löwenberg. Herr Schneidewind meint im Hinblick auf das durch diese Aktionen geweckte Interesse bei der jüngeren Generation: Zur Nachahmung empfohlen!

Bei der Familie **Klein** in Schwörstadt wäre dieser Rat überflüssig, denn alle Generationen dieses Clans fühlen sich als ein Teil der Ostpreußischen Familie. So lautet die Inschrift auf dem Foto, das mir Herr Dr. Klein zum Jahreswechsel mit den besten Wünschen übersandte. Ich fand dieses Foto, auf dem so heiter und ungezwungen der Zusammenhalt aller Generationen demonstriert wird, symbolhaft für unsere Ostpreußische Familie, so dass ich es zur Veröffentlichung zurückbehielt. Und heute gab mir Herr Schneidewind mit obiger Mahnung das Stichwort dazu. Wir erwidern sehr herzlich die „schönen Grüße aus Schwörstadt“.



Teil der Ostpreußischen Familie: Die Kleins in Schwörstadt Bild: privat

Unser nächster Fragesteller gehört der etwas älteren Generation an, denn er kommt erst jetzt im Rentenalter dazu, sich um seine Familiengeschichte zu kümmern – und die hat ihre Wurzeln in Ostpreußen. **Eckhard Pahlke** aus Elsdorf ist ein „Fluchtkind“, er wurde nach dem Verlassen der Heimat geboren, noch ehe die Familie eine feste Bleibe hatte, die sie dann erst später in Mecklenburg fand. Auf der Flucht hatte seine Mutter zwei Kinder verloren, vielleicht sprachen deshalb die Eltern nicht viel von der Heimat oder das Kind fragte nicht danach – jetzt macht sich aber der Wunsch, eine wissenschaftliche Ahnenforschung zu betreiben, umso stärker bemerkbar. Beide elterlichen Linien führen nach Ostpreußen. Herrn Pahlkes Mutter, eine geborene **Perkuhn**, stammt aus Pr. Eylau. Deren Mutter **Ursula** Perkuhn geborene **Nieswandt**, hatte dort zwei Friseurgeschäfte. Vater **Gustav Pahlke** wurde in Löwenstein, Kreis Gerdauen geboren und war Kaufmann in Gerdauen. Dieser väterlichen Linie gilt die Frage von Herrn Pahlke, denn irgendwo taucht in seiner Ahnenliste der Name „**Helldobler**“ auf als Nachfahre einer Salzburger Einwandererfamilie. Einige Hinweise zur Nachforschung konnte ich Herrn Pahlke geben, aber unsere Leser sind auch gefragt. Wer trägt diesen Namen oder hat ihn in seiner Ahnenliste und kann Angaben über dessen Herkunft machen? Herrn Pahlke interessiert alles, was mit dem Namen „Helldobler“ zusammenhängt. Im Gespräch mit ihm kam heraus, dass er bereits einmal einen unerwarteten Erfolg über unsere Ostpreußische Familie zu verzeichnen hatte, von dem wir leider nichts erfuhren. Es ist eine so echt ostpreußische Geschichte, dass ich Herrn Pahlke bat, mir Näheres mitzuteilen. Und so werden wir bald mehr davon hören. Jetzt geht es erst einmal um die Helldobler-Linie. (Eckhard Pahlke, Keltenweg 10 in 50189 Elsdorf, Telefon 02274/700528, Fax 02274/7061558, E-Mail: e.pahlke@pahlke-eum.de)

Auf Ahnensuche will auch Herr **Siegfried Westermann** gehen, wenn er im Juli nach Ostpreußen fährt. Zuvor möchte er aber einige Erkundigungen einholen, da der 74-Jährige nicht weiß, wo und wie er zu forschen hat. Da kann er schon einige Hinweise aus unserem Leserkreis gebrauchen, vor allem von denjenigen, die dort beheimatet sind. Dort, das heißt: im südlichen Ostpreußen, vor allem im Kreis Osterode. Seine Großmutter mütterlicherseits, **Anna Charlotte Weiß**, wurde 1888 in Adamsheide geboren, ging aber schon mit 16 Jahren in das Ruhrgebiet. Sie lernte in Herne ihren Ehemann kennen, mit dem sie in dessen Heimat, den Kreis Minden-Lübbecke, zog. Dort verstarb sie im Jahre 1964. Ihre Eltern **Eduard Friedrich** Weiß, *17. Januar 1851 in Hornsberg, †31. Dezember 1937 in Wahlsdorf, und **Dorothea** geborene **Ratke**, *23. Juni 1849 in Wittigwalde, †18. Februar 1930 in Wahlsdorf, stammten ebenfalls aus der Gegend, denn Hornberg liegt zehn Kilometer westlich und Wittigwalde 14 Kilometer südöstlich von Osterode. Von den Eltern des Urgroßvaters sind lediglich die Namen bekannt: **Friedrich Weiß** und **Charlotte** geborene **Dost**. Nun möchte Herr Westermann weiter in dieser Richtung forschen, ihm ist vor allem an näheren Angaben über seine Urgroßeltern Weiß gelegen. Wer kann ihm hierzu Ratschläge geben, in welchen Archiven, Chroniken oder Kirchenbüchern er fündig werden könnte? Da er nicht Polnisch spricht, wäre er auch dankbar für alle Ratschläge, die ihm auf seiner „Ahnenreise“ nützlich sein könnte. (Siegfried Westermann, Weimarstraße 41 in 53757 Sankt Augustin, Telefon 02241/332907, E-Mail: siegfried.westermann@t-online.de)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Nicht auf der Suche nach ihren Ahnen, sondern nach ehemaligen Nachbarn und Freunden aus ihrem Heimatort Perlswalde ist Frau **Renate Brunk** aus Neu Bamberg. Der eigentliche Anlass zu ihrem Schreiben war aber mein Buch „Typisch ostpreußisch“, in dem sie den Anfang des plattdeutschen Kinderliedes „Hanske wöll riede“ (Hänschen will reiten) fand. Ihre Mutter hat es daheim in Perlswalde ihren Kindern immer vorgesungen. Obgleich Frau Brunk erst 1939 geboren wurde, hat sich ihr dieses Liedchen so eingeprägt, dass sie es später ihrer Tochter und sogar den Enkeln vorsang, aber immer nur den ersten Vers, die anderen hat sie nicht behalten. Deshalb bat sie mich um den ganzen Text, und den Wunsch kann ich ihr erfüllen. In dem Schreiben kam sie nun auf ihr Heimatdorf zu sprechen, denn sie sucht immer noch nach ehemaligen Einwohnern von Perlswalde, Kreis Angerburg. Fünfmal war sie schon „Zuhause“ und immer auf ihrem alten Hof. Einmal sogar mit der ganzen Sippe: 28 Personen, alle Nachkommen von Frau Brunks Vater und seinen fünf Geschwistern. Sie haben sogar im Garten zusammen mit den neuen Bewohnern des Hofes gegrillt. (Renate Brunk, In der Loge 21 in 55546 Neu Bamberg.)

Die nächste Frage führt wieder einmal nach Bartenstein, und es ist eine sehr ernste Frage, Frau **Waltraud Schadt** stellt sie, und die vage Hoffnung, dass sie aus unserem Leserkreis beantwortet werden kann, ist aus ihren Zeilen spürbar: „Ende 1944 musste meine Mutter mit sechs Kindern von Adelig Gut Raschung, Kreis Rößel, flüchten. Der Fluchtweg und die Geschehnisse auf der Flucht sind mir unbekannt, da ich selbst zu diesem Zeitpunkt erst zwei Jahre alt war. Aus den Erzählungen meiner Mutter weiß ich, dass sie sich mit uns Kindern im Keller der Agnes-Miegel-Schule in Bartenstein aufhielt, als die russischen Soldaten im Januar 1945 einmarschierten. Zwei meiner Geschwister, **Margarete**, damals 19 Jahre alt, und **Herbert Rofalski**, zwölf Jahre alt, wurden durch Bombensplitter schwer verletzt. Als die Zivilisten auf Befehl der russischen Soldaten den Keller der Schule verlassen mussten, war meine Mutter gezwungen, die sterbende Tochter und den verletzten Sohn zurück zu lassen. Meine Frage ist nun: Wo sind die Verletzten und die Verstorbenen aus dem Keller der Agnes-Miegel-Schule in Bartenstein geblieben? Vielleicht kann irgendjemand noch Auskunft geben?“ Es wird nicht nur „irgendjemand“ sein, sondern es dürften sich mehrere Landsleute melden, vielleicht sogar Zeitzeugen, die den Bombenangriff miterlebten. (Waltraud Schadt, Waldheideweg 95 in 46562 Voerde.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wer war im Flüchtlingslager Silkeborg-Bad interniert?

Bunkermuseum dokumentiert Lagergeschichte

Vor nunmehr 63 Jahren kehrten die letzten der fast 245 000 deutschen Flüchtlinge aus den dänischen Internierungslagern heim nach Deutschland. Sie ließen viele Tote in dänischer Erde zurück. Allein auf dem Friedhof von Silkeborg in Jütland liegen 308 ehemalige Insassen des dortigen Lagers begraben, das insgesamt etwa 4500 Flüchtlinge zählte. Für Frau **Brigitte Havertz** aus Remscheid ist Silkeborg aber ihr Geburtsort: Sie kam dort im Februar 1947 im Flüchtlingslager Silkeborg-Bad zur Welt und gehört somit zu den Allerjüngsten der damals internierten deutschen Vertriebenen. Deshalb beschäftigt sie sich besonders intensiv mit der Geschichte des Lagers und steht dabei in enger Verbindung mit dem heutigen Bunkermuseum in Silkeborg, in dem die Lagerzeit dokumentarisch aufgearbeitet wird. So schrieb Frau Havertz, die dem Vorstand der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen angehört, einige Berichte über die Lager Silkeborg und Oksböl für den Gerdauer Heimatbrief, und diese waren auch der Anlass, dass das Bunkermuseum sich nun erneut an Frau Havertz wandte. Allerdings konnte sie die von der Museumsleitung gestellten Fragen nicht klären und bittet deshalb unsere Ostpreußische Familie und vor allem die damals in Dänemark Internierten, ihr und damit auch dem Bunkermuseum zu helfen, dessen Archivare diese Suchaktion sehr begrüßen.

Im letzten Jahr hatten sie viele neue Dokumente und bisher unbekannte Fotos im Staatsarchiv entdeckt, auf denen einige der damaligen Insassen zu sehen sind. Es ist aber keine Beschriftung vorhanden, die etwas über die Abgebildeten aussagen könnte. Für die Museumsleute ist es aber sehr wichtig, wenigstens einige Namen zu erfahren. Brigitte Havertz kann leider niemanden befragen, da alle Familienmitglieder, die in Dänemark interniert waren, verstorben sind. Sie hofft, dass sich noch einige ehemalige Lagerinsassen melden, die vielleicht die Familie **Kowitz** aus dem Kreis Gerdauen gekannt haben. Im Lager Silkeborg-Bad waren damals **Max** und **Ida** Kowitz geborene **Luszig** mit ihren Töchtern **Lydia**, **Wally** und **Meta** Kowitz. Lydia ist die Mutter von Brigitte, sie verstarb bereits 1980. Frau Havertz hat leider auf den Fotos weder ihre Mutter noch andere Familienangehörige entdecken können.



Bild: privat

Wer kennt einen dieser in Dänemark internierten Flüchtlinge?

Nun sollen wir die Fotos veröffentlichen, und da es möglichst viele sein sollten, wird uns dieses Thema noch einige Zeit beschäftigen. Wir können aus Platzgründen leider nicht alle auf einmal bringen. Da aber unsere Ostpreußische Familie jede Woche erscheint, folgen weitere in den nächsten Ausgaben. Heute sehen Sie also das erste Bild, und vielleicht erkennt schon jemand aus unserem Leserkreis ein bekanntes Gesicht oder sogar sich selber oder einen Familienangehörigen.

Zur Geschichte des Lagers Silkeborg-Bad: In dem in der Mitte Jütlands gelegenen Silkeborg trafen die ersten Flüchtlinge mit der Bahn am 15. März 1945 ein. In den nächsten Monaten kamen viele Flüchtlinge vor allem aus Ost- und Westpreußen und wurden in mehreren Häusern des Ortes untergebracht. Sie konnten sich frei in ihrer Umgebung bewegen. Die Lage änderte sich durch die Kapitulation der deutschen Truppen in Dänemark am 4. Mai 1945. Die Flüchtlinge wurden in großen Lagern zusammengelegt und nach dem strengen Reglement der dänischen Regierung bewacht. In Silkeborg verlegte man nach der Räumung des deutschen Hauptquartiers in Jütland die Flüchtlinge nach und nach in das etwa vier Kilometer entfernte Kurbad. Die ersten Insassen kamen unter strenger isolierter Bewachung Mitte Juni 1945 nach Silkeborg-Bad. Ein Leben hinter Stacheldraht begann für Tausende von heimatlos gewordenen Deutschen. Im November 1945 waren fast 3800 Flüchtlinge in Silkeborg-Bad untergebracht. Danach schwankte die Zahl. Im Schnitt waren es rund 3700 Personen, bis das Lager langsam aufgelöst wurde. Im Februar 1947 wurden etwa 1000 Insassen mit einem Sonderzug in das Lager Oksböl gebracht, im Sommer folgten die anderen Lagerinsassen. Auch die Familie Kowitz kam mit der neugeborenen Tochter in dieses Sammellager. Die Suche von Frau Havertz nach eventuellen Zeitzeugen, die ihre Familie kannten, erstreckt sich also auch auf die Zeit in Oksböl bis zur Ausreise im April 1948. (Brigitte Havertz, Büchelstraße 22 in 42855 Remscheid, Telefon 02191/5923487) *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Romeike, Pauline, geb. **Riewe**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. März
Schneider, Gertrud, geb. **Bernoth**, aus Lyck, am 16. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Walterkewi, Erna, geb. **Klinger**, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 12. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, am 17. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bremm, Elfriede, geb. **Daginnus**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 13. März
Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Straße 7, am 15. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lamottke, Ella, geb. **Adam**, aus Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, am 14. März
Niski, Elfriede, geb. **Danielzik**, aus Erben/Farienen, Kreis Ortelsburg, am 18. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Buchholz, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 28, am 17. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blaukat, Ursula, geb. **Zantop**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 14. März
Bury, Erna, geb. **Nikolaus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. März
Czaplinski, Kurt, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 13. März
Fierke, Eva, geb. **Klein**, aus Königsberg, Wilmerstraße 3, am 19. März
Gawlista, Ottilie, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 15. März
Martens, Lina, geb. **Amberger**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 18. März
Rahmel, Meta, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Enskat, Herbert, aus Ebenrode, am 12. März
Gorski, Gustav, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 18. März
Hartmann, Eva, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 16. März
Hinz, Margarete, geb. **Noch**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 8. März
Hölzner, Frieda, geb. **Duddeck**, aus Lyck, Bismarckstraße 1, am 16. März
Jarsetz, Dora, geb. **Kerstrupp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. März
Kowalzik, Grete, geb. **Gollub**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 13. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Schultz, Lisbeth, geb. **Kamutzki**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. März
Treppner, Margarete, geb. **Rieck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 17. März
Wielgoß, Hans-Edwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. März
Willumeit, Erna, geb. **Wesslowski**, aus Tapiau, Memellandstraße, Kreis Wehlau, am 14. März
Ziemer, Margarete, geb. **Pawellek**, aus Geißlingen, Kreis Ortelsburg, am 13. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Babace, Heinz, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 15. März
Dietze, Siegfried, aus Wehlau, Petersdorfer Straße, am 16. März
Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März
Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Samland, am 15. März
Jeworutzki, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Litzner, Gertud, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 17. März
Maring, Willi, geb. **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Pagel, Herta, geb. **Philipzik**, aus Birkenberg, Kreis Johannisburg, am 6. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Reiber, Lisbeth, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 14. März
Schlieben, Gisela, geb. **Schlieben von**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. März
Schönfeld, Lieselotte, geb. **Pietzka**, verw. **Murawski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. März
Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 11. März
Wieking, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brennecke, Ursula, geb. **Klatt**, aus Groß Langwalde, Kreis Rastenburg, am 18. März
Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März
Erdmann, Gerda, geb. **Schurat**, aus Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, am 14. März
Germann, Erna, geb. **Marquardt**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 15. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 12. März
Gurklies, Horst, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 13. März
Heckler, Dora, geb. **Reimann**, aus Heiligenbeil, Tiroler Weg 16, am 14. März
Jedamzik, Erich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 12, am 17. März
Kimmer, Traute, geb. **Fischer**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 16. März
Kohn, Lucia, geb. **Meyhöfer**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 17. März
Kühn, Alfred, aus Altenbude, Kreis Goldap, am 13. März
Kupka, Gertrud, geb. **Laudien**, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, am 4. März
Lindemann, Christel, geb. **Gerull**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. März
Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März
Michel, Frieda, geb. **Brosda**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 18. März
Mull, Gerda, geb. **Bojahr**, aus Rudau, Kreis Samland, am 18. März
Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 16. März
Palm, Günther, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. März
Pietsch, Lotte, geb. **Tietz**, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Schimmelpfennig, Paul, aus Deutsch Thierau-Bahnhof, Kreis Heiligenbeil, am 14. März
Schwarz, Bruno, aus Brasnikken, Kreis Samland, am 18. März
Schweda, Elisabeth, geb. **Freitag**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, am 7. März
Schwensfeier, Walter Paul, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 18. März
Skowronek, Anton, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Turowski, Gerhard, aus Tapiau, Schluchtenweg, Kreis Wehlau, am 15. März
Wolf, Elfriede, geb. **Winklewski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 3. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzer, Irmgard, geb. **Taday**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März
Böker, Edith, geb. **Westphal**, aus Klein Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 13. März
Bork, Friedrich Wilhelm, aus Königsberg, am 29. Februar
Bornholdt, Anneliese, geb. **Akkermann**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 14. März
Dollgner, Charlotte, geb. **Girrulat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 12. März
Dugnus, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. März
Gennert, Walter, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 14. März
Grabosch, Ewald, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Hartmann, Herta, geb. **Borutta**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Heinscher, Alfred, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 15. März
Hessel, Sabine, geb. **Matzkeit**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. März
Hinz, Irmgard, geb. **Schulz**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 13. März
Lindner, Ursula, geb. **Koenig**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ranit, am 16. März
Link, Heinz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Lucka, Gerhard, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Majacki, Gertrud, geb. **Kopatz**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Müller, Christel, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. März
Müller, Lotte, geb. **Mlodzian**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Newiger, Hans, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 16. März
Nitzsche, Ingeborg, geb. **Jakubzik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. März
Oberfrank, Elfriede, geb. **Salewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. März
Oberhoff, Herta, geb. **Mucha**, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Osigus, Elisabeth, geb. **Samorski**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 16. März
Pantel, Kurt, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. März
Piehl, Erika, aus Falkenau, Kreis Rosenberg, am 12. März
Podewski, Gerd, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 18. März
Rades, Ruth, geb. **Muhlack**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Saat, Irmgard, geb. **Jodjohn**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Sadlack, Gerhard, aus Ortelsburg, am 12. März
Sapendowski, Elfriede-Gertrud, geb. **Ritter**, aus Wehlau, Sanditter Weg, Kreis Wehlau, am 13. März
Senge, Hedwig, geb. **Rux**, aus Neidenburg, am 16. März
Siepmann, Regina, geb. **Tilitzki**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. März
Sintenis, Irma, geb. **Tubies**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 15. März
Steinfath, Käte, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 13. März
York, Waltraud, geb. **Borowski**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 17. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bosse, Adelheid, geb. **Achenbach**, aus Ebenrode, am 18. März
Büttner, Hildegard, geb. **Hellmer**, aus Schönwalde-Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, am 16. März
Elis, Ingrid, geb. **Nelius**, aus Neidenburg, am 14. März
Gebert, Friedel, geb. **Hasso**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. März
Geisheimer, Ilse, geb. **Holl**, aus Ebenrode, am 14. März
Jonski, Horst, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 16. März
Kopka, Sigrid, geb. **Zimmermann**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 12. März
Metzdorf, Martin, aus Ebenrode, am 18. März
Schliwinski, Wolfgang, aus Ebenrode, am 18. März
Sprang, Erna, geb. **Ponlokat**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 13. März
Wichelmann, Else, geb. **Lau**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 12. März

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

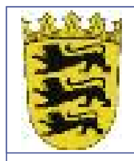
10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 10. März, 16.15 Uhr, Phoenix: Starke Mütter – Starke Töchter.
Sonnabend, 10. März, 20.15 Uhr, Vox: Zwischen Handwerk und Hightech. Die Medizin der Zukunft.
Sonnabend, 10. März, 21.05 Uhr, N-TV: Der Untergang der Tempelritter.
Sonntag, 11. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 11. März, 11.05 Uhr, Vox: Wohn(t)räume – Von Luxus bis Leerstand in Ost und West.
Sonntag, 11. März, 16.30 Uhr, WDR: Bloß nicht ins Altersheim.
Sonntag, 11. März, 21.45 Uhr, Phoenix: Fukushima nach der Katastrophe.
Montag, 12. März, 18 Uhr, Phoenix: Senioren am Steuer.
Montag, 12. März, 22.45 Uhr, ARD: Die Welt auf Pump. Reißen uns unsere Schulden in den Abgrund?
Montag, 12. März, 23.30 Uhr, ARD: Der Geheimdiplomat Egon Bahr.
Dienstag, 13. März, 16.45 Uhr, 3sat: Der Mullah und die Macht. 30 Jahre Islamische Revolution im Iran.
Dienstag, 13. März, 17.15 Uhr, 3sat: Türkisch und getauft. Christen kämpfen um ihr Überleben.
Dienstag, 13. März, 22.15 Uhr, ZDF: Gekaufte Kinder. Sex für eine Handvoll Reis.
Mittwoch, 14. März, 18 Uhr, Phoenix: Ärger mit Online-Gutscheinen.
Mittwoch, 14. März, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: „Zeitreisen“. Raketen für Hitler und Kennedy. Wernher von Braun und der Mythos von der unpolitischen Wissenschaft.
Donnerstag, 15. März, 23.05 Uhr, MDR: Hans-Dietrich Genscher. Politikerporträt.
Freitag, 16. März, 20.15 Uhr, WDR: Früher. Später. Jetzt. Die Familienideale haben sich im Lauf der Jahrzehnte gewandelt.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

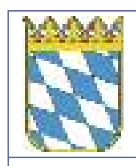
Landesvorstand – Stuttgart, Mittwoch, 14. März, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Vortrag mit Beamer: „950 Jahre Haus Hohenzollern“, Referent: Dr. Enno Eimers. Im Jahr 1061 werden die Zollern zum ersten Mal erwähnt. Damals wie heute besitzen sie die Burg Hohenzollern. Die jüngere Linie ging über Nürnberg und Brandenburg (1415) nach Königsberg in Preußen (1618). Die ältere, fürstliche Linie lebt nach wie vor zwischen Neckar und Donau (Hohenzollernsche Lande). Seit dem 15. Jahrhundert spielen die Hohenzollern eine wichtige Rolle in der deutschen Geschichte. Keine andere Familie auf der Erde hat drei Genies hervorgebracht: den Großen Kurfürsten, den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen. Dazu kommen eine Fülle nachgeborener Prinzen und Prinzessinnen. Berlin wurde 1871 Reichshauptstadt, weil es die Residenz des Königs von Preußen war. Weltgeschichtlich wichtige Entwicklungen in der weltweiten Geschichte des freiheitlichen Gedankens sind mit den Hohenzollern verbunden. Beide Häuser haben bis in die Gegenwart überzeugende Persönlichkeiten hervorgebracht. Die Landesgruppe lädt herzlich zur 1. Veranstaltung ihrer diesjährigen Vortragsreihe ein mit anschließender Diskussion.

Buchen – Montag, 12. März, 14.30 Uhr: Besuch der Schuster-Werkstatt bei Schuhmachermeister Konrad Balles in Buchen-Hainstadt. Gemeinsamer Treffpunkt um 14.15 Uhr am Rathaus Hainstadt.

Ludwigsburg – Donnerstag, 29. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 14. März, 14.30 Uhr: Treffen der Frauengruppe zum Heimatnachmittag. Thema: „Ostpreußisches Städtealphabet“ von Erwin O. Kickheben-Schmidt. Erster Teil: Städte von A bis H wie Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Frauenburg, Goldap, Gumbinnen, Heilsberg, Heydekrug, Insterburg und Johannisburg stellen sich vor.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 17. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Schabbernachmittag.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Orangerie: Treffen der Gruppe. „Eine besondere Reise nach Königsberg und Nordostpreußen“. Frau Sieber aus Ansbach berichtet von ihrer Reise im Sommer 2011.

Bamberg – Mittwoch, 21. März, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen.

Ingolstadt – Sonntag, 18. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Treffen der Gruppe.

Landau – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Gasthaus Insel: Zusammenkunft mit Lichtbildervortrag „Spaziergang über die Kurische Nehrung“ von Herrn Pfau, München.

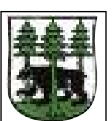
München – Sonnabend, 24. März, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und Lichtbildervortrag über die Ostpreußenhütte von Astrid von Menges. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 24. März, 13 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Besuch der Ausstellung mit Ostseebildern von Richard Birnstengel und Georg Gelbke. Anschließend Kaffeerunde im Schlossbräustübl. Mitfahrgelegenheiten über Lm. Bethke, Telefon (09831) 80961.



BERLIN

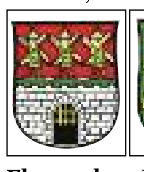
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



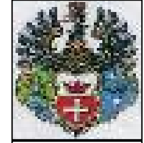
Rastenburg – Sonntag, 11. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. März, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Bunter Nachmittag mit Singen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

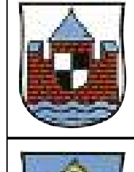


Pillkallen/Schlossberg, Stallupönen/Ebenrode – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg bei Helga Rieck, Telefon (030) 6596822, für Stallupönen/Ebenrode bei Günter Kropp, Telefon (030) 331 25 90.

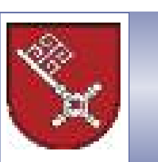




Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Tilsit/Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403 881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99 49 99 83.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Bericht von der Jahreshauptversammlung. Sie fand am 17. Februar im Barlach-Haus statt. Nach Eröffnung und Begrüßung mit Verlesen der Tagesordnung wurde als Protokollführer Jürgen Sandmann einstimmig gewählt. Dieser nahm das Amt an. Zuerst verlas die Vorsitzende Marita Jachens-Paul die Geburtstagsliste und widmete den Genannten ein Gedicht aus der Heimat. Die Grüße des Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit wurden übermittelt, da er leider nicht dabei sein konnte. Die Tagesordnungspunkte wurden zügig abgearbeitet, da keine Wahlen anstanden. Zu Ehren der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder wurden beide Heimatlieder gesungen. Nach einer leiblichen Stärkung (Würstchen mit Brot) gab es vom Kassenwart Wolfgang Paul spendierten Bärenfang (Meschkinnes). So ging es leicht beschwingt zum gemütlichen Teil über. Auch im hohen Norden kam etwas Karnevalsstimmung auf durch lustige Vorträge und eine kleine Tanzeinlage der Vorsitzenden. Vor deren Schlusswort bildeten noch alle Anwesenden einen Abschlusskreis und sangen „So ein Tag, so wunderschön wie heute“. Gegen 17 Uhr wünschten sich alle einen guten Heimweg, bis zur nächsten Veranstaltung am 16. März zum Videonachmittag mit dem Thema Masuren. Dann werden auch die Anmeldungen für die Hafenrundfahrt Fischereihafen am 27. April entgegen genommen (10 Euro Anzahlung erforderlich). Am 25. Mai findet wieder ein Treffen im Barlach-Haus zum Kulturnachmittag statt.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

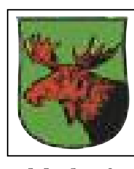
Sonnabend, 31. März, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): **Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.** Der Ostpreußenstand im zweiten Stock ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten und Literatur aus der Heimat vertreten. Auch ist in der Cafeteria für das leibliche Wohl gesorgt.

BEZIRKSGRUPPE

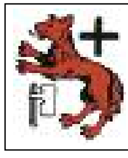
Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 260 17.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. März, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: „Winter adé“. Die Gruppe begrüßt den Frühling mit Gesang.

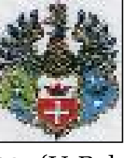
KREISGRUPPE



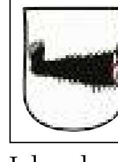
Elchniederung – Mittwoch, 14. März, 14 Uhr, Café Rosengarten (mit S- und U-Bahn bis Station Ohlsdorf, von dort in wenigen Gehminuten gut zu erreichen): Treffen der Gruppe. Der Nachmittag steht unter dem Motto „Mit Kultur und Fröhlichkeit geht alles weiter“. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 17. März, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest der Kreisgruppe. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst ein. Bei Kaffee und Kuchen wollen die Teilnehmer einige fröhliche Stunden in geselliger Runde miteinander verbringen. Gleichzeitig findet die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. statt. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 16. März.



Königsberg – Sonnabend, 24. März, ab 13.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 62 (U-Bahn Ohlsdorf, rechter Ausgang): Die Gruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen. Das Essen beginnt um 14 Uhr. Anschließend zeigt Herr Samel einen Film über Königsberg. Danach gibt es Kaffee und Kuchen. Anmeldungen fürs Essen und Kaffee bitte bei Brigitte Reimer, Am Landpflegeheim 36, 22549 Hamburg, Telefon (040) 873495 bis zum 17. März. Ursula Zimmermann ist erst ab dem 16. März wieder zu erreichen.



Sensburg – Sonntag, 25. März, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Jahreshauptversammlung. Anregungen und Bedenken bitte an Kurt Budszuhn richten, Telefon (04101) 72707. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 10. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41: Die Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen lädt herzlich zu ihrem Treffen mit folgendem Programm ein: Bildvortrag: „Ostpreußische Kirchenbücher als Quelle zur Erforschung unserer Vorfahren“ und Bildvortrag: „Aufklärung in Ostpreußen – Beitrag im Gedenkjahr Friedrich II.“ Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Sonnabend, 10. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein: Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel liest Ruth Wille aus ihren „Gereimten Alltagseindrücken“.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung konnte Vorsitzender Lothar Hoffmann wieder zahlreiche Gruppenmitglieder begrüßen, dazu als Gäste vor allem StDir. Eckhard Scheld vom Wilhelm-von-Uranien-Gymnasium in Dillenburg, der schon mehrmals da war, und zwei seiner Schüler, Anastasia Schnitzer und Lukas Berkemer. Nachdem während des Kaffeetrinkens Urte Schwidrich zwei lustige Königsberger Geschichten und Ingrid Nowakiewitsch das Gedicht „Februar“ von Joachim Ringelnatz vorgelesen hatten, war Herr Scheld an der Reihe. Zunächst gab er eine Einführung in den Film des russischen Fotografen Dimitrij Wyschemirskij, den er dann vorführte, „Königsberg, verzeih“. Wyschemirskij wurde 1958 in Schitomir in der Ukraine geboren und er verbrachte seine Kindheit und Jugend, nachdem seine Eltern dorthin umgezogen waren, in Königsberg. Als 10-Jähriger erlebte er die Sprengung des Königsberger Schlosses, was ihn stark erschütterte und ihn noch heute belastet, ebenso wie die Zerstörung noch erhaltener Alt-Königsberger Gebäude durch die Bewohner der Stadt. Wyschemirskij zeigt vor allem schwarz-weiße Fotos, die die ganze Trostlosigkeit widerspiegeln, mehr noch, als wenn es farbige Aufnahmen wären. Er sucht dieses allmählich zerfallende alte Königsberg. Es gibt sogar noch Straßen mit den alten Namen, zum Beispiel Schillerstraße und Kastanienallee. Er empfindet das heutige Königsberg als „seine Stadt“.

In dem Film aus dem Jahr 2000, der eine knappe halbe Stunde dauert, erscheint außer den schäbigen Fassaden alter Gebäude, zum Beispiel aufgegebene Fabriken, Kasernen, Apotheken und Industriebrachen, immer wieder die Mole im Pillauer Hafen, über die Anfang 1945 so viele Flüchtlinge in den Westen gelangten. Als Mitte 1980 das große Stadtjubiläum gefeiert wurde, hatte ein Parteifunktionär in seiner Festrede festgestellt, dass „unsere Stadt noch sehr jung ist, gerade mal 40 Jahre alt“. Fast 700 Jahre Geschichte wurden so einfach aus Büchern, Lehrplänen und Gedanken gestrichen.

Dem Film vorangestellt waren einige Texte der Erinnerung in russischer Sprache, die von der in der Ukraine geborenen Anastasia Schnitzer einfühlsam ins Deutsche übersetzt und vorgetragen wurden, wofür sie lebhaften Beifall erhielt.

StDir. Scheld wies noch darauf hin, dass während des Hessentages in Wetzlar im Juni die Ausstellung „Kirchen im nördlichen Ostpreußen“ gezeigt wird, außerdem einige Exponate aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Da noch etwas Zeit war, stellte Herr Scheld das Buch von Rudolf Herfurtner „Mensch Karnickel“ vor und las daraus vor. In dem Buch wird die Flucht eines Berliner Jungen, der mit Freunden in einem Hitlerjugendlager in Masuren gewesen war, über das Eis des Frischen Haffs und die Nehrung geschildert. „Karnickel“ wird er genannt, weil er ein kleines Kaninchen unter seiner Kleidung mitnimmt.

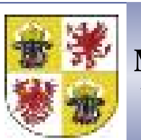
Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 28. März im Café Eckstein statt. Dann wird Joachim Naujoks eindrucksvolle Bilder von seiner Reise nach Masuren und durchs Ermland zeigen.

Wetzlar – Montag, 12. März, ab 18.30 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Die Gruppe trifft sich zum Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Thema: Die Natur erwacht. Ein

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Nachmittag zur Einstimmung auf den Frühling. – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr: Vortrag „Friedrich der Große – Ein Tag mit dem preußischen König auf Schloss Sanssouci“ mit Bildern von Dieter Schetat. Mit Kaffeetafel. – Donnerstag, 22. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 16. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Wurst kann auch mitgenommen werden. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Rostock – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Kulturhaus Damerow, Kringelweg 1: Die Kreisgruppe der Ostpreußen in Rostock begeht den 20. Jahrestag ihrer Gründung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 17. März: Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Gespielt wird „Besuch der alten Dame“ von Friedrich Dürrenmatt. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.25 Uhr Busabfahrt Horneburg, 13.40 Uhr Busabfahrt Buxtehude. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude sowie in Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Kosten für die Busreise, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Anmeldung bitte bis zum 11. März. – Sonntag, 18. März, Kulturforum am Hafen: Dia-Vortrag (in Terravision) „Ostpreußen“ von Helfried Weyer. Eintritt 10 Euro.

Osnabrück – Dienstag, 13. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 24. März, 11 Uhr, Osnabrück-Halle: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldung bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Donnerstag, 29. März, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeder dritte Mittwoch im Monat, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Dortmund – Montag, 19. März, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 15. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis. – Freitag, 9. März, 18 Uhr, Restaurant St. Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 13. März, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Die deutsch-polnische Grenze im 20. Jahrhundert“. – Dienstag, 20. März, 18 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal/I. Etage: Symposion „Die deutsch-polnische Grenze im 20. Jahrhundert“. – Mittwoch, 21. März, 19 Uhr: Symposion „Die deutsch-polnische Grenze im 20. Jahrhundert“. – Donnerstag, 22. März, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Montag, 26. März, GHH/Eichendorff-Saal: Kolloquium „Ein rheinischer Chefredakteur mit schlesischer Herkunft – Dr. Joachim Sobotta zum 80. Geburtstag“.

Ennepetal – Donnerstag, 15. März, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Vortrag „Die Dohle – Vogel des Jahres 2012“ von Herrn Hoffmann.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lüdenscheid – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften und Vereine, Sauerfelderstraße 27: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Grützwurstessen. Anmeldungen bis 19. März bei Lm. Ramminger, Telefon (02351) 29551 oder Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548.

Mülheim a.d.Ruhr – Dienstag, 13. März, 15 Uhr, Handelshof: Jahreshauptversammlung mit Geschäfts- und Kassenberichten des Jahres 2011, und einem Referat der Vorsitzenden über den in Braunsberg geborenen Gründer des Deutschen Jugendherbergswerks, Richard Schirrmann. Den Abschluss bildet traditionell das Königsberger-Klops-Essen.

Wesel – Am Sonntag, den 26. Februar, führte die Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel ihre Jahreshauptversammlung durch. Nach einem Jahr des Neufindens konnte der 1. Vorsitzende Paul Sobotta mit seinem neugewählten Vorstand eine beachtliche Zahl von Landsleuten und Heimatfreunden begrüßen. Ein besonderer Willkommensgruß galt dem Ehrenvorsitzenden Ehepaar Kurt und Waltraut Koslowski. Der Vorsitzende Paul Sobotta stellte in seiner Rede die Aufgaben der landsmannschaftlichen Arbeit, die sich der Vorstand für das Jahr 2012 in dem Programm gestellt hat, in den Vordergrund, um die reiche Landesgeschichte, Kultur und Brauchtum bei den Veranstaltungen zum Ausdruck zu bringen.

Die Tagesordnung dieser Jahreshauptversammlung wurde nochmals verlesen. Es folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Neun erfolgreiche Veranstaltungen wurden von der Gruppe im Jahr 2011 durchgeführt. Bei der Totenehrung wurde Donald Emmersons gedacht, der im Alter von 82 Jahren verstarb. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Edith Nischik geehrt.

Die weiteren Regularien – Entlastung des Schatzmeisters Hermann Paehr und des Vorstandes – wurden ohne Beanstandung von den beiden Kassenprüfern Christa Elias und Rudi Hinz bestätigt und durchgeführt. In den Schlussworten hob nochmals der 1. Vorsitzende mit dem neugewählten Vorstand die gut durchgeführten Aufgaben in dem Jahr des sich Neufindens hervor – mit einem Dank an das Ehrenvorsitzenden-Ehepaar Koslowski, wenn es nötig war, bei ihnen Rat zu holen, um dann alles in die Tat umsetzen zu können, damit die Glut weitergetragen werden kann. – Bevor man zum Kaffetrinken mit selbstgebackenem Kuchen übergehen konnte, erhob man sich nochmal gemeinsam von den Plätzen und sang das Ostpreußenlied.

Jeden letzten Donnerstag im Monat trifft sich die Frauengruppe um 15 Uhr in der Heimatstube.

Witten – Montag, 19. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Witten, Lutherstraße 6 bis 10: Einstimmung auf den Frühling mit Singen und ostpreußischem Brauchtum.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 10. März, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

Mainz – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönhorststraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 10. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Filmvortrag über Ostpreußen und Bilder der Landsmannschaft. Anschließend gemütliches Beisammensein. – Donnerstag, 15. März, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Jahreshauptversammlung mit Kaffeetafel. Manfred Schusziara erläutert den Jahres-, Otto Waschkowski den Kassenbericht. Eine Vorstandswahl ist nicht notwendig.

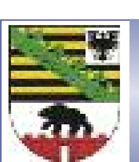
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 10. März, 10 Uhr, Platnerhof, Platnerstr. 34, 09119 Chemnitz: Der Landesvorstand der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. lädt ganz herzlich zu der Heimatveranstaltung mit dem Thema „Trümmerfrauen aus Ostpreußen“ ein. Der Stadttürmer a. D. Stefan Weber wird Referent zum Thema sein. Als kulturelle Umrahmung wird der Kulturkreis „Simon Dach“ unter Leitung von Ingrid Labuhn in die Mittagspause begleiten. Dazu werden entsprechende Exponate gezeigt. Nach der Mittagspause wird der Männerchor aus dem Venusberg mit seinen Liedern den Nachmittag ausklingen lassen. Die Landesgruppe freut sich auf viele Gäste.

Chemnitz – Freitag, 16. März, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Spielezirkels.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 24. März, 14 Uhr, Esche-Museum: Heimatnachmittag für alle Mitglieder und Interessierte. Das Thema lautet „Kultur und Brauchtum der Masuren“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 12. März, 14 Uhr, Krötenhof: Dia-Vortrag „Vater Rechin und seine Kinder“.



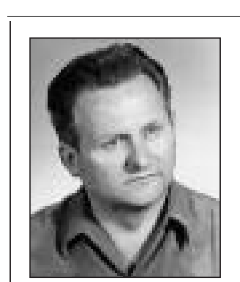
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Mittwoch, 14. März, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die Gruppe trifft sich zur Jahreshauptversammlung. Anschließend stimmen sich die Teilnehmer musikalisch und mit kleinen „Vertellkes“ auf den Frühling ein. – Sonnabend, 17. März, 15.15 Uhr, Heimatmuseum der Kreisgruppe Lötzen, Brachenfelder Straße 23, Neumünster: Ausstellungseröffnung „Lötzen – die Perle Masurens“. Um 16.15 Uhr liest Ute Eichler aus ihrem Buch „Ostpreußen – mir nah“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Wir erinnern zum **90.** Geburtstag an unseren lieben Vati

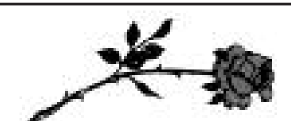
Kurt Parschat

*10. März 1920 Molteinen/Ostpr. — † 8. Mai 1978 Ziesar/Brdbg.

Heidrun und Karola

Wer kann Angaben zu seiner Familie machen?
Seine Eltern waren: **Albert Parschat** und Marie, geb. **Criée** wohnhaft in **Aftinten/Krs. Gerdauen**

Zuschriften an: Heidrun Freitag, An der Schleuse 35, 15890 Eisenhüttenstadt



„Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus flog durch die stillen Lande als flöge sie nach Haus.“ (Joseph von Eichendorff)

Unser lieber Onkel, Großonkel und mein lieber Schwager

Hans Joachim Kempka

* 2. Oktober 1929 in Kruglanken
† 24. Februar 2012 in Hamburg

ist plötzlich von uns gegangen.

Dr. Rüdiger und Birgitta Möhring
mit Svenja und Katja
Ina und Peter Schuckart
mit Merle und Max
Susanne Rudolph

Kondolenzanschrift: Sauerampferweg 13, 22179 Hamburg

Das Sterben ist ein Teil des Lebens.



Traurig nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Liesbeth Schier

geb. Riemann

* 7. September 1917 Insterburg — † 21. Februar 2012 Bad Eilsen

Manfred und Cornelia
Frank und Anke
mit Luke und Leia

Traueranschrift: Manfred Schier, Lutherstraße 20, 30171 Hannover

Die Trauerfeier fand statt am Dienstag, dem 6. März 2012, um 13.00 Uhr in der Friedhofskapelle Bückeburg, Scheier Straße.
Anschließend erfolgte die Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis im RuheForst Schaumburger Land.

Wehrmann Bestattungen, Gartenstraße 1a, 31675 Bückeburg

Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma

Else Brosell

geb. Schumann

* 31. 10. 1922 Preußisch Holland — † 14. 2. 2012 Gräfelfing

ist nach kurzer Krankheit friedlich eingeschlafen.

In Liebe und Dankbarkeit
Roland Brosell
Dr. Helmut Rohlfing
mit Dorothea und Veronika

Prof.-Kurt-Huber-Straße 8, 82166 Gräfelfing

Die Beerdigung fand im engsten Familienkreis im Waldfriedhof München statt.

*Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.*
(aus dem Ostpreußenlied)

Große Falterstraße 75
70597 Stuttgart

Traurig, weil er gehen musste und dankbar, dass er bei uns war, nehmen wir Abschied von

Dr. Klaus Neumann

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

* 25. März 1929 — † 17. Februar 2012

In Liebe
Margrit Neumann geb. van Severen
Philipp und Undine Neumann mit Katja und Felix
Dr. Lutz Neumann und Marlies Steinbach
mit Noah, Peter und Fanny
Dr. Ulrich Neumann, Gisela Gritsch und
Rotraud Kirchhoff-Stewens mit Familien
sowie alle Angehörigen

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle von Blumen um Spenden an die Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V. (Konto: 600 502 000, BLZ: 210 500 00, HSH Nordbank, Stichwort: Dr. Klaus Neumann).

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Schönwalde – Donnerstag, 22. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung. – Donnerstag, 29. März, 14 Uhr, Jugendherberge, Seniorenbegegnung.

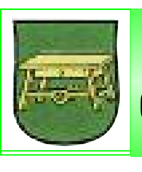
Uetersen – Am 10 Februar traf sich die Uetersener Ost- und Westpreußen-Gruppe im Haus „Ueterst End“ zu ihrer Jahresversammlung. Es galt, zunächst einmal das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Vorsitzender Joachim Rudat ging zuerst einmal dabei auf die aus Sicht des Vorstandes wesentlichen Punkte ein. Zum einen sei das der von ihm gehaltene Vortrag gewesen. Rudat berichtete damals von den Prussen, dem baltischen Volksstamm, auf den der geografische Name Preußen zurückgeht. Weitere Höhepunkte seien, so Rudat, der Auftritt von Entertainer Harry Lasch gewesen, sowie der spannende Vortrag von Frank Farin mit dem Thema: Wohin steuert die EU? Und wie reagieren die osteuropäischen Mitgliedsstaaten? Fragen, die bisher noch keiner beantworten konnte. Während des Altstadtfestes wurde gemeinsam mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes ein Informationsstand betrieben, an dem jeder, der Vorfahren im ehemaligen deutschen Osten hatte, auf Ahnensuche gehen konnte.

Die Wahlen zum Vorstand erfolgten alle einstimmig. Joachim Rudat bleibt Erster Vorsitzender, Jochen Batschke Zweiter Vorsitzender. Die Kasse führt weiterhin Ursula Engelhorn, Schriftführer bleibt Dietrich Müller. Die vier Beisitzer sind Frank Farin, Lienhard Steppuhn, Dora Pütz und Hildegard Rucha. In ihren Ämtern als Kassenprüfer wurden Walter Gerlach und Erna Heidecke bestätigt.

Angesprochen wurden ferner die Höhepunkte in diesem Jahr. Zum einen wird das die Tagesfahrt nach Fehmarn am 2. Mai sein. Im Juli ist ein Sommerfest im Garten von Haus „Ueterst End“ zusammen mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes geplant. Im August gibt es ein Wiedersehen mit Harry Lasch. Zum Schluss der Versammlung zeigte der stellvertretende Vorsitzende Jochen Batschko noch einen Dia-Film von seiner Reise im Vorjahr mit einer Reisegruppe nach St. Petersburg.

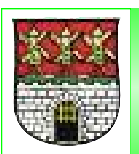
AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Die Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode haben in einer überaus harmonisch verlaufenden, **gemeinsamen Vorstandsitzung** in der Schlossberger Heimatstube beschlossen, in diesem Jahr abermals vom 22. bis 23. September in der Stadthalle Winsen (Luhe) ein gemeinsames Hauptkreistreffen zu veranstalten. Das Treffen der Schlossberger Schülervereinigung findet traditionsgemäß am Tag zuvor, am Freitag, 21. September ab 11 Uhr, ebenfalls in der Stadthalle statt. Das letzte gemeinsame Treffen war 2009. In der Zwischenzeit waren die gemeinsamen Aktivitäten der beiden Kreisgemeinschaften jedoch nicht ganz eingeschlafen. Hier wäre besonders die fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit zu erwähnen. Hier gilt der Dank den Initiatoren Daniela Wiemer (Ebenrode) und Ehepaar Edith und Norbert Schattauer (Schlossberg), die keine Mühen gescheut haben, zum Beispiel in der Jugendherberge Otterndorf / Niedersachsen Kinderfreizeiten mit Gästen aus den Heimatkreisen auf die Beine zu stellen. Die Vorstände der beiden Kreisgemeinschaften sind sich einig, dass die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten ausgebaut werden sollten. Zunächst können dadurch die Kosten minimiert werden, aber da die Kreisgemeinschaften biologisch bedingt an großem Mitgliederschwund leiden, und nur noch relativ kleine Gruppen zu den Hauptkreistreffen anwesend. Durch die gemeinsamen Veranstaltungen hofft man, diesem Schwund an Teilnehmern etwas zu begegnen. Auf gar nicht zu lange Sicht wird es sicher erforderlich werden, dass man sich mit weiteren Nachbarkreisen zusammenschließt. Für das Hauptkreistreffen 2012 sind neben den üblichen Regularien attraktive Veranstaltungspunkte geplant, so unter anderem am Sonnabend eine Busfahrt zum Freilichtmuseum Kiekeberg mit Besichtigung des neu eingerichteten Agrariums. Von Daniela Wiemer wird ein Vortrag über „280 Jahre Trakehnen“ vorbereitet. Angedacht ist weiterhin ein Vortrag über „300 Jahre Friedrich der Große“ oder alternativ über „Kinderheime 1945 bis 1947“. Schon heute bitten wir Sie: Unterstützen Sie die ehrenamtliche Arbeit der Angehörigen der Kreisvorstände Schlossberg und Ebenrode – besuchen Sie unbedingt unser Hauptkreistreffen. Anschriften für Übernachtungsmöglichkeiten in Winsen (Luhe) und Umgebung finden Sie in den Heimatbriefen.

Die Kreisgemeinschaft Ebenrode/Stallupönen weist in Zusammenarbeit mit unserem Mitglied Gerhard Scheer auf folgende **Reisen in die Heimat** hin:

1.) Mit Freunden aus der Kreisgemeinschaft **nach Ebenrode / Stallupöhnen**: 9. Mai bis 17. Mai 2012, neun Tage mit Rita Heinacher. Schiffs- und Busreise ab Nordrhein-Westfalen über Hamburg und Kiel nach Memel, Kurische Nehrung, Rauschen, Königsberg, Ebenrode, Eydkau, Trakehnen, Frauenburg, Oberlandkanal, Marienburg, Danzig, mit dem Schiff zurück ab Gdingen nach Rostock, Heimreise über Hamburg nach Nordrhein-Westfalen.

2.) Schiffs-Busreise, **„280 Jahre Trakehnen“**, mit der Kreisgemeinschaft (Helmut Perrey) vom 5. bis 14. Juni 2012 zur offiziellen Gründungsfeier mit geplanter Enthüllung der neuen Tempelhüterstatue und viel Programm über Kiel, Memel, Kurische Nehrung, Heidekrug, Kaunas, Eydtkau, Trakehnen, Wystyter See, Rominter Heide, Gumbinnen, Königsberg, Danzig Gdingen und Rostock.

3.) **Nord-Ostpreußen**, Eydtkau, Trakehnen, vom 17. bis 26. August 2012, unter anderem nach Tilsit, Kurische Nehrung, Königsberg, Rauschen, Oberlandkanal, Marienburg über Kassel, Leipzig und Berlin.

Diese Reisen sind sicher auch für Landsleute aus den Nachbarkreisen Schlossberg/Pilkallen und Gumbinnen interessant.

Information bei Scheer-Reisen, Telefon (0202) 500077, Leonhardstr. 26, 42281 Wuppertal, Internet: www.Scheer-Reisen.de



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Wie bisher finden auch 2012 **zwei Gesamtdeutsche Heimattreffen** des Regierungsbezirkes Gumbinnen in dem an der B 191 gelegenen Landhotel in Spornitz statt.

Zu dem im Frühjahr vorgesehenen 38. Heimattreffen am Sonnabend, dem 31. März 2012, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr, laden wir alle Teilnehmer herzlich ein.

Das vorweihnachtliche 39. Heimattreffen wird am Sonnabend, 17. November 2012, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im Hotel Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nicht-Ostpreuße hiervon beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefonnummer (038726) 880 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14b, 19370 Parchim, Telefon/AB/Telefax: (03871) 226238, E-Mail: friedel-hahn@arcor.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf zum Tode von Kurt Volkmann – „Und wenn ich einst scheiden muss aus dieser Welt, dann möchte ich begraben sein in Heimaterde, dann habe ich Frieden, dann bin ich Ruh, dann bin ich endlich zu Hause“. – Dieser Wunsch ist leider nicht in Erfüllung gegangen, möge er seine ewige Ruhe finden.

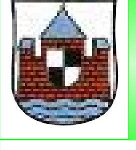
Mit diesem Vers geben wir den Tod von Landsmann Kurt Volkmann bekannt. Das Licht der Welt erblickte er am 19. April 1927 in Kuschen, Kreis Heiligenbeil. Kurz vor seinem 85. Geburtstag verstarb Kurt Volkmann am 16. Februar 2012 nach längerer Krankheit. Ein treues Mitglied unserer Kreisgemeinschaft hat uns für immer verlassen. Für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Gemeindevertreter von Kuschen in der Zeit von 1990 bis 2009 erhielt er im Jahre 2007 die Treueurkunde der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Wir werden unseren Landsmann Kurt Volkmann stets in guter Erinnerung behalten und trauern gemeinsam mit den Angehörigen um ihn. Im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. – Elke Ruhnke



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Arbeitskreis „Mittlere Generation“. Bei einer spontanen Zusammenkunft von Mitgliedern des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ anlässlich des Masuren-Seminars am 25. Februar in Bad Pyrmont legte der bisherige Vorsitzende des Arbeitskreises, Günther Vogel, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. Seine Aufgaben übernahm kommissarisch Heidi Mader, geb. Klede (Stradaunen), Kleinmoorer Dorfstraße 13, 28865 Lilienthal, Telefon (04298) 46 80 10, E-Mail: heidi.mader@gmx.de. Heidi Mader ist Orts- und Bezirksvertreterin von Stradaunen. Sie gehört dem Kreisausschuss seit dem 29. August 2009 an. Günther Vogel ist Gründungsmitglied des Arbeitskreises „Mittlere Generation“. Er leitete den Arbeitskreis von 2004 bis 2012. Kreisvertreter Gerd Bandilla bedankte sich ausdrücklich in einem persönlichen Brief für seine achtjährige Arbeit.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Bus-Schiffsreise nach Tilsit – Vom 5. bis 14. Juni findet eine zehntägige Busreise der Stadtgemeinschaft Tilsit statt. Die Reiseleitung hat Linda von der Heide.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Reiseablauf: 5. Juni: Bus ab Bochum, Hannover ZOB, Hamburg Hbf, Lisco-Linie Kiel-Memel. 6. Juni: Von Memel mit dem Bus nach Tilsit, Hotel Kronus. 7. Juni: Stadtrundfahrt durch Tilsit, Besuch Waldfriedhof, Elchniederungsfahrt nach Heinrichswalde. 8. Juni: Zur freien Verfügung.

9. Juni: Fahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit über Ragnit, Untereißeln, Breitenstein, Schillen.

10. Juni: Fahrt nach Königsberg, Stadtrundfahrt. Weiterfahrt über Cranz und die Kurische Nehrung nach Nidden. Hotel Jurate.

11. Juni: Fahrt zur Hohen Düne, Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses. Weiterfahrt zu Sehenswürdigkeiten der Kurischen Nehrung.

12. Juni: Zur freien Verfügung.

13. Juni: Fahrt nach Memel, Stadtrundfahrt. Nachmittags mit dem Bus zum Check-in. 16 Uhr Abreise nach Kiel.

14. Juni: Ankunft in Kiel 16 Uhr und Weiterreise nach Hamburg, Hannover, Bochum. Programmänderungen vorbehalten.

Übernachtungen sind: 1 x auf der Fähre, 4 x in Tilsit, 3 x in Nidden, 1 x auf der Fähre. Reisepreis (bei mindestens 30 Personen) 930 Euro pro Person im DZ/HP, Einzelzimmerzuschlag 180 Euro zuzüglich Einfach-Visum GUS 55 Euro. Der Reisepreis beinhaltet alle Übernachtungen mit Halbpension und alle genannten Ausflüge.

Anmeldungen bitte an Greif-Reisen, A. Manthey GmbH, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten, Telefon (02302) 24044, E-Mail: manthey@greifreisen.de

In der Not hat er selbstlos geholfen

Goldenes Ehrenzeichen für Landrat Hermann Luttmann für große Verdienste um die Angerburger

Am 16. September 1954 übernahm der Landkreis Rotenburg/Wümme die Patenschaft für den Heimatkreis Angerburg. Seit dieser Zeit unterstützt er die Angerburger in der Bundesrepublik Deutschland und in Ostpreußen materiell und ideell in beispielhafter Art und Weise. An der Spitze der Kreisverwaltung steht seit dem 1. November 2006 Landrat Hermann Luttmann, geboren am 2. Oktober 1957 in Kirchlinteln im Kreis Verden, nachdem er am 10. September 2006 mit 60,4 Prozent der abgegebenen Stimmen in dieses Amt gewählt worden war.

Ende 2009 mussten die Angerburger die Archiv- und Büroräume im Institut für Heimatforschung, Am Schlossberg 6, in Rotenburg/Wümme verlassen. Der Rotenburger Heimatbund, mit dem die Kreisgemeinschaft Angerburg viele Jahre vertrauensvoll kooperierte, hatte das Gebäude zur Vermeidung einer Insolvenz an einen Investor verkauft. Das Haus wurde dann abgerissen und das Grundstück dem Hotel „Wachtelhof" angegliedert. Das Hotel hat das erworbene Grundstück zu einer Erholungsfläche umgestaltet. Der Rotenburger Heimatbund als Grundstückseigentümer gab die Erklärung ab, dass er für die Angerburger nichts tun könne.

Verständnisvoll, aufgeschlossen, unterstützend

Auf Einladung des Notvorstandes beschloss am 6. Mai 2010 die Mitgliederversammlung die Auflösung des Vereins. Im Anschluss daran wurde der Heimatbund aufgelöst und die verbliebenen denkmalgeschützten Immobilien von der Stadt Rotenburg/Wümme übernommen.

In dieser für die Angerburger schwierigen Situation hat der Patenschaftsträger, vertreten durch Landrat Hermann Luttmann, die Kreisgemeinschaft nicht im Regen stehen gelassen. Vorübergehend stellte der Landkreis Rotenburg/Wümme einen Raum in einem Geschäftshaus in der Rotenburger Innenstadt kostenlos zur Verfügung und übernahm auch die Umzugskosten. Damit war die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg in dieser Zeit voll einsatzfähig, wenn auch das Archiv nicht für die Öffentlichkeit zugänglich war. Ende März 2011 zogen die Angerburger in die vom Landkreis am Weicheler Damm in Rotenburg /Wümme angebotenen Räume in einem kreiseigenen Gebäude. Dort ist nicht nur die Geschäftsstelle, sondern auch das Angerburger Archiv präsent. Eine vom Landkreis Rotenburg/Wümme bezahlte Teilzeitkraft ist für die Kreisgemeinschaft Angerburg jetzt wöchentlich neun Stunden tätig. In diesen Umund Erweiterungsbau hat der Patenschaftsträger erhebliche finanzielle Mittel investieren müssen. Ohne Landrat Hermann Luttmann wäre diese gute Lösung nicht zustande gekommen.

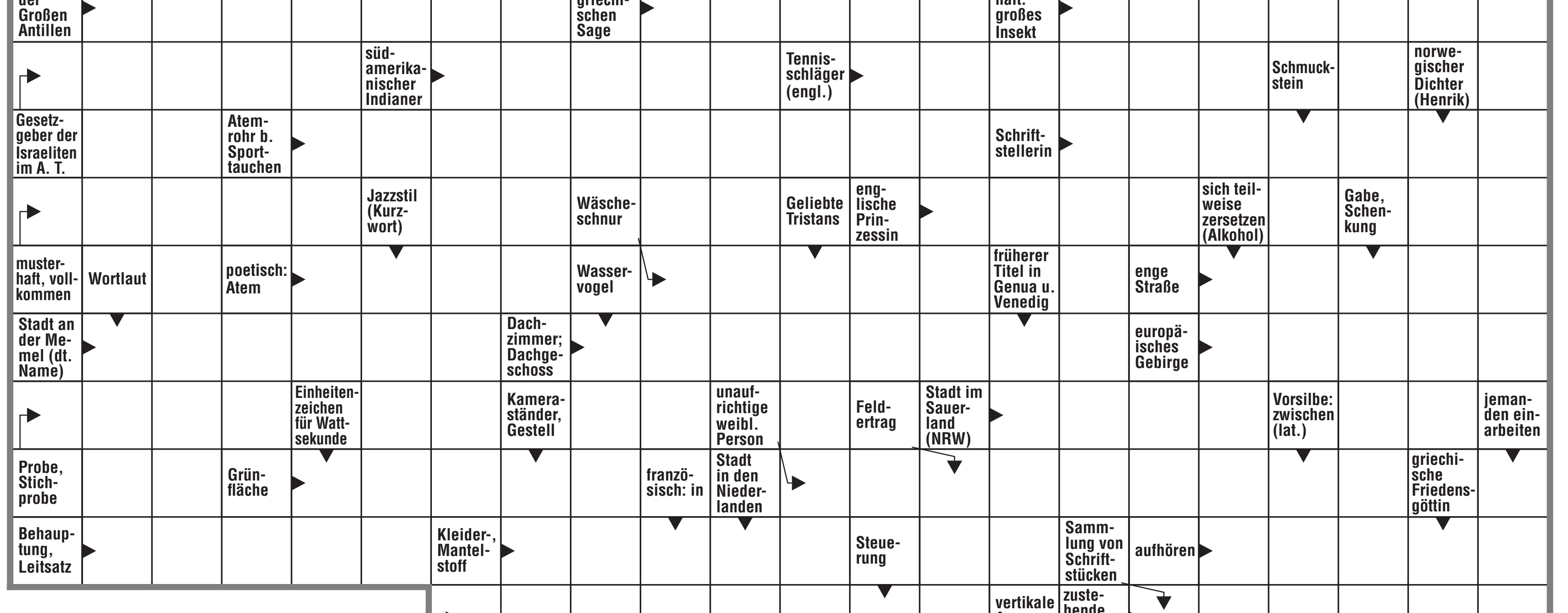
Ein solches Verhalten ist besonders in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich, sondern verdient Dank und Anerkennung. Bereits vor seiner Wahl zum Landrat im Jahr 2006 hat der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg mit Hermann Luttmann als 1. Kreisrat des Landkreises Rotenburg/Wümme gut und vertrauensvoll zusammen gearbeitet. Stets fanden die Angerburger in Herrn Luttmann über viele Jahre einen verständnisvollen Ansprechpartner, der ihren Anliegen sehr aufgeschlossen gegenüber steht. Seit langer Zeit laden die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg/Wümme gemeinsam zu den heimatpolitischen Tagungen ein. Die bislang letzte, inzwischen 54. Veranstaltung dieser Art, fand am 25./26. Februar in Rotenburg/Wümme statt. An der heimatpolitischen Tagung nimmt der Landrat regelmäßig teil und begrüßt die Veranstaltungsteilnehmer; ebenso zu den Angerburger Tagen (Kreistreffen) im Herbst eines jeden Jahres. Für die Sozialstation der Johanniter in Angerburg werden vom Patenschaftsträger finanzielle Zuwendungen gewährt und oft auch angefallene Transportkosten für Hilfsgüter nach Angerburg mitfinanziert. Ohne diese positive Einstellung von Landrat Hermann Luttmann zu den Angerburgern und Ostpreußen wären viele Aktivitäten nicht möglich.

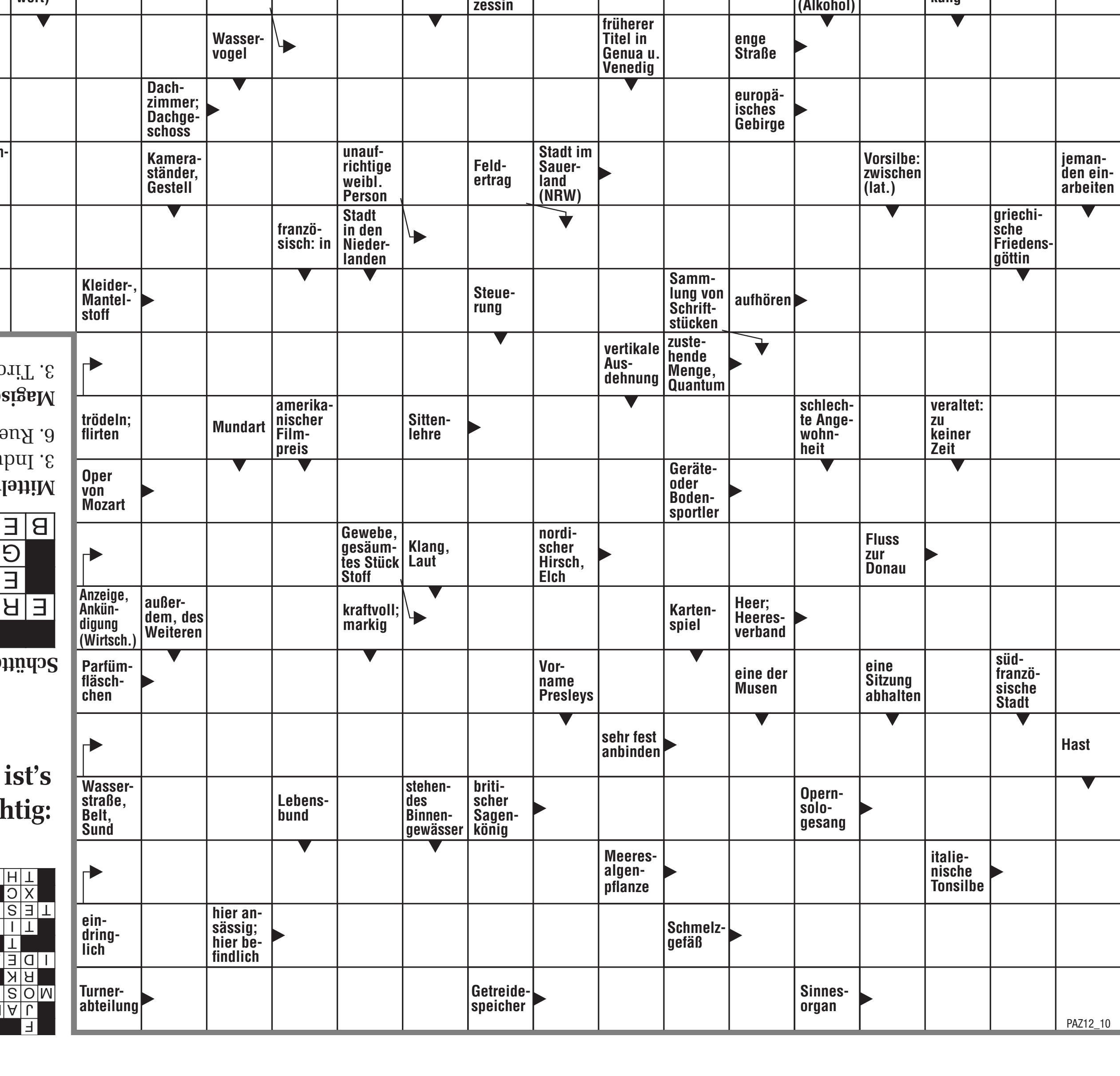
Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg hat Landrat Hermann Luttmann stets als verantwortungsvollen Gesprächspartner erlebt, der sich auch im Rotenburger Kreistag und in der Öffentlichkeit für die Angerburger engagiert. Luttmann hat sich um Angerburg und um Ostpreußen große Verdienste erworben.

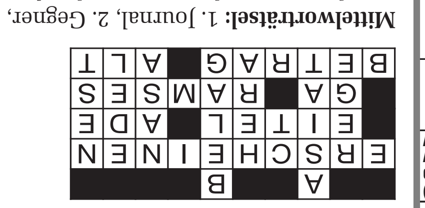
In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Landrat Hermann Luttmann das Goldene Ehrenzeichen. *LO*



Ehre für den Wohltäter: Der ehemalige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg (r.), überreicht die Urkunde des Goldenen Ehrenzeichens an Landrat Hermann Luttmann bei der 54. Heimatpolitischen Arbeitstagung der Kreisgemeinschaft Angerburg am 25. Februar in Rotenburg Bild: Rotenburger Rundschau







So ist's richtig:



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

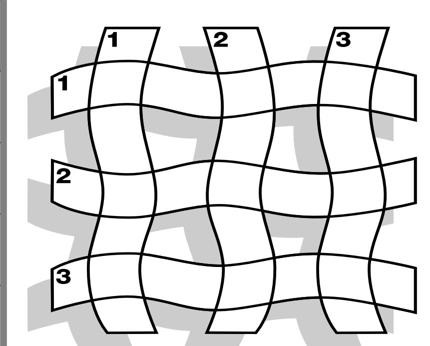
CEEEH INNRS	EEGR		AAIST	AEHR		ABEGL	AANS	DEEL	EENST
EEILT						ADE			
ABEG RT			AEMR SS						
						ALT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Ehrfurcht, Achtung.

1	MODE		IST
2	ANGST		SCHAFT
3	FILM		BETRIEB
4	FRUEH		WEIN
5	KUGEL		SEELE
6	HAND		MARK
7	LAUF		NETZ

Magisch



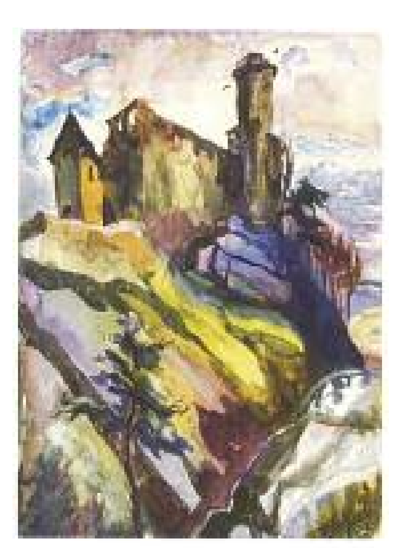
Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Leistungsbescheinigung
2 akad. ausgebildeter Landwirt
3 Bewohner Westösterreichs

Dynamisch

Sonderausstellung im Haus Schlesien

Wer sich fragt, was den Breslauer Künstler mit Salem am Bodensee verbindet, erhält Antworten in der Biografie des Künstlers und bei einem Rundgang durch die Sonderausstellung unter dem Titel „Walter Eberhard Loch – ein bewegtes Leben in Bildern und Dokumenten“. Die Gemälde, Dokumente und Fotografien stammen aus der Privatsammlung Reck aus Salem und von der Gemeinde Salem.



Walter Eberhard Loch: „Burg Kynast“ (1922) Bild: Haus Schlesien

Der 1885 in Breslau geborene Walter Eberhard Loch war als Kind auf dem Eis des Pregels eingebrochen. Eine körperliche Behinderung war die Folge, die ihm viel zu schaffen machte. Um seinem Traum, Maler zu werden, näher zu kommen, stellte sich Loch mit 16 Jahren der Aufnahmeprüfung an der damaligen Schule für Kunst und Kunsthandwerk (ab 1911 Akademie) in Breslau und bestand diese im ersten Anlauf. Einige der frühen Arbeiten, die der junge Künstler noch während seiner Ausbildungsjahre schuf – wie etwa schlesische Landschaftsbilder und Tierskizzen aus dem Breslauer Zoo – sind in der aktuellen Ausstellung im Haus Schlesien zu sehen.

Im Jahre 1912 unterbrach Loch sein Studium und unternahm Reisen nach Paris, Spanien und München. Er arbeitete zunächst als Graphiker, Sportzeichner und Sportreporter in Berlin, später als Zeichenlehrer am Liegnitzer Gymnasium und in Dresden. Loch war in Dresden auch als freischaffender Künstler tätig. Diese Lebens- und Schaffensperiode in Dresden hat Loch weitgehend geprägt. Zum einen war seine Frau, die Musikerin Dora Roth, eine Dresdnerin. Zum anderen traf er dort die Tänzerin Mary Wigman und kam so in Kontakt mit der expressionistischen Tanzkunst. In dieser Zeit entstanden mehrere Gemälde mit dynamischen Tanzmotiven. Bewegung ist übrigens ein herausragendes Merkmal vieler seiner Ölgemälde und Zeichnungen, die in starkem Kontrast zu den Ruhe ausstrahlenden Frauenporträts stehen. Als repräsentative Arbeit aus Lochs Spätwerk ist in Königswinter der Bilderzyklus zu Gerhart Hauptmanns Werk „Und Pippa tanzt“ zu sehen.

Die Ausstellung ist im Haus Schlesien noch bis zum 13. Mai des Jahres zu besichtigen.

Dieter Göllner

Mitglied seit 1946

Bundesverdienstkreuz für Dieter Schetat

Dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW) in Wiesbaden, Dieter Schetat, wurde während einer Feierstunde in der Staatskanzlei das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Damit würdigte die hessische Landesregierung seine langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Verbandsarbeit der Heimatvertriebenen.

Der 72-jährige Schetat wurde bereits 1946 Mitglied und gehört somit zu den Gründungsmitgliedern. Seit 1992 ist er Vorsitzender des Kreisverbandes Wiesbaden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Vorstandsmitglied des Bundes der Vertriebenen in Wiesbaden. Er hat sich bei der Durchführung der Landeskulturtagungen große Verdienste erworben.

Schetat, der 2006 selbst eine viel beachtete Dokumentation unter dem Titel „Den Kummer von der Seele schreiben“ anlässlich des 60-jährigen Bestehens der LOW in Wiesbaden verfasst hat, regte seine Landsleute immer wieder dazu an, ihre eigenen Erinnerungen an die Vertreibung und auch an ihre Zeit in russischen Straflagern aufzuschreiben, damit wichtige Zeitzeugenberichte für die Nachwelt erhalten bleiben. Schetat selbst hat mit den von ihm organisierten zahlreichen Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das Wissen um Ostpreußen im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert wird.

PAZ

Richtigstellung:

In der *PAZ*, Nr. 9/2012, sind uns im Artikel „Seeboden am Millstädter See ‚atmet ostpreußisch‘“ (Seite 20) drei Flüchtigkeitsfehler unterlaufen. Statt „In den zehn Tagen besuchten wir ... das Geburtshaus von Agnes Miegel ...“ muss es heißen: „In den zehn Tagen besuchten wir ... das Geburtshaus der Vorfahren von Agnes Miegel ...“, denn die Dichterin selbst war aus Königsberg gebürtig. Weiter lautet die richtige Schreibung des Sees „Millstätter See“. Anders als die Unterüberschrift behauptet, sind die Treffen nicht nur für die Salzburger. Ursprünglich waren nur die Ostpreußen dazu eingeladen; seit Jahren indes auch die Westpreußen und Pommern. Wir bitten, uns diese Ungenauigkeiten nachzusehen.

Ihre *PAZ*-Redaktion

Richtigstellung:

In der *PAZ*, Nr. 8/2012, hat sich in die Bildunterschrift auf Seite 20 der Fehlerteufel eingeschlichen. „Blick auf den Pregel und den Dom“. Es muss natürlich richtig heißen: „ ... auf den Turm der Schlosskirche“. Wir bitten dieses bedauerliche Versehen zu entschuldigen.

Ihre *PAZ*-Redaktion

Hafenimpressionen

1934: Als Deutschland noch Getreide exportieren konnte



Der 1927 gebaute, 40 Meter lange Dreimastschoner „Flottbek“ aus Lübeck liegt hier auf Reede im alten Königsberger Hafen. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 1934. In der Bildmitte ist der große Lagerschuppen der Getreideexportfirma Raeder & Malbin zu sehen, rechts davon der kleine Schuppen des Salzvertriebs Ostpreußen der Firma Pommer & Thomsen. Der Segler kenterte im September 1935 in schwerem Sturm auf der Fahrt von Danzig nach Riga und ging verloren. Bild: Jansen/Archiv Fuchs

Übles Spiel mit der Verantwortung

Glücksspielsucht ruiniert oft ganze Familien, doch der Staat verdient mit

Seit 2008 gilt in Deutschland der Glücksspielstaatsvertrag. Zu dessen Zielen gehört, Spieler vor den Gefahren des Glücksspiels zu schützen. Doch gut 500 000 Menschen in Deutschland sind krankhaft glücksspielsüchtig. Gesetzeslücken auf Bundes- und Landesebene bieten Suchtgefährdeten kaum Schutz.

„Bei mir fing es mit den Automaten an: Mit 40 habe ich die letzten zehn Jahre alles verspielt, komplett alles, Erbe weg, Lebensversicherungen weg und es war die Hölle“, erzählt eine Betroffene der nordrheinwestfälischen Landesfachstelle Glücksspielsucht – ein typisches Schicksal. Die Sucht nach dem Spiel wird oft unterschätzt. Betroffene weisen äußerlich wenig Zeichen einer Suchterkrankung auf. Andere krankhafte Abhängigkeiten wie Alkoholismus sind zudem viel verbreiteter. Die Beschaffungskriminalität ist nach Erfahrung von Suchtberatern indes nirgends so hoch wie bei Glücksspielabhängigen.



Ersparnisse, Erbe, Lebensversicherung und soziale Bindung – alles weg: Ein armer Spieler vor Automaten Bild: Volker Hartmann/dapd

Für viele von ihnen beginnt schon im jugendlichen Alter der Abstieg: „Man geht mal in eine Gastwirtschaft, schmeißt Geld in den Automaten“, so ein Spielsüchtiger. Im Suchtforum „Bet and Lose“ („Wette und verliere“) gibt es viele Einträge von Jugendlichen, die sich so den Start ins Leben verbauen: „Diesen Monat habe ich in zwei Wochen fast 1000 Euro verspielt, obwohl ich nur jeden Monat 400 Euro habe zum Leben“, so der Eintrag eines Studenten. Die staatlichen Glücksspiele wie Lotto und das gehobene Spielkasino mit seinen zahlreichen Rechenschaftspflichten bieten laut Suchtexperten nicht den größten Suchteinstiegs- oder Gefährdungsfaktor. Es sind die rund 10 000 privat betriebenen deutschen Spielhallen, in denen die Schwelle zur Sucht niedrig liegt.

> Süchtige ruinieren ihr Leben, der Staat aber wirbt fürs Spielen

Dennoch fördert der Staat das Glücksspiel. Vor allem bestimmt er die Regeln der Branche und begeht manche Unterlassungssünde. Mit jährlichem Millionenaufwand wirbt er für verantwortungsvolles Spiel, vor allem seit seine Alleinherrschaft im Markt unter dem Druck der EU bröckelt. Verantwortung ist sein Argument beim Verteidigen des Monopols gegen private Betreiber.

Der Deutsche Lotto- und Totoblock bietet also mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Beratung an und schließt doch zu wenig Süchtige vom Spiel aus. Einzelne Bundesländer verhalten sich besonders widersprüchlich. So sieht sich Niedersachsen dem Vorwurf ausgesetzt, auf Verkehrsschildern an Autobahnen rechtswidrigerweise für Spielhallen zu werben. Schleswig-Holsteins neuer Glücksspielstaatsvertrag stellt sogar eine bundesweit einmalige Liberalisierung dar: Werbebeschränkungen fallen und Ausgleichszahlungen der Industrie zur Suchtbekämpfung planen die Politiker nicht. Die suchtgefährdenden Automaten sind im neuen Gesetz nicht erfasst. Sie gelten als Teil der Unterhaltungsindustrie, denn ob sie einen Gewinn ausschütten, hat nichts mit Glück zu tun: Es ist vorgegeben. Spieler verlieren somit meist schon beim ersten Knopfdruck.

In den als „Daddelhallen“ bekannten privaten Spielhallen bringen sich Arm und Reich um ihre Existenz. „Ein 17-Jähriger ging beispielsweise in diesen privaten Spielhallen ein und aus, obwohl seine Sucht dort bekannt war. Ich riet den Eltern zur Anzeige“, so ein Mitarbeiter einer Beratungsstelle bei Hamburg. „Meine Familie hat sich von mir abgewendet, der Arbeitsplatz, Freunde sind weg und im Ort hat mir keiner mehr vertraut, denn ‚die geht ja spielen‘“ – so oder ähnlich beschreiben viele ihre Abwärtsspirale. „Schulden bis in den sechsstelligen Bereich und weite Auswirkungen auf die Familien bis zur Existenznot“ hat Martin Witte von der Fachstelle Glücksspielsucht der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein erlebt.

Die Abhängigkeit lässt alle Schranken fallen: Mütter gehen heimlich an das Ersparte ihrer Kinder, Jugendliche bestehlen ihre Eltern. „In einigen Fällen stahl ich Geld, um die Automaten weiter füllen zu können. Mit einem Freund machte ich darüber hinaus drei Einbrüche“, so die Bilanz eines Bremer Abhängigen. Viele Süchtige bleiben selbst nach einer Therapie lebenslang rückfallgefährdet. Neue Trends wie Glücksspielwerbung und Internetglücksspiele erleichtern den Zugang weiter. Süchtige nutzen Letztere oft nebenbei. „Jetzt gibt es neue Automaten, für Frauen gemacht, da kannst du für fünf Cent spielen, für zehn Cent spielen, trinkst deinen Kaffee und fällst nicht mehr auf“, so eine Spielsüchtige. Sie bemerkte, wie Spielerinnen in den letzten Jahren wegen neuer Geräte zunahmen. „Schöne bunte Bilder mit Delfinen“ hatten sie mehr angesprochen.

Die Suche nach Selbstbestätigung, der Wunsch, vom Alltag abschalten zu können, beeinflussen bei Männern wie Frauen das Suchtverhalten. Bei Frauen ist das Suchtbild indes oft stärker vom Kampf um Anerkennung geprägt: „Ich habe mich eigentlich immer nur zerstört, ich mag mich nicht“, so die Aussage einer Spielsüchtigen. Die privaten Anbieter der Branche kümmern solche Schicksale nach Erfahrung von Suchtberatern kaum. Nur Umsatz zählt: Einem Besitzer von 18 sächsischen Provinz-Spielhallen wirft die Staatsanwaltschaft das Betreiben verbotener Automaten vor. Durch niedrige Einsätze schaffte er demnach ein besonderes Suchtpotenzial und verdiente binnen zwei Jahren rund 1,4 Millionen Euro nur aus diesen Billigautomaten.

Goldgräberstimmung beflügelt diese Anbieter: Deutschlands größter Glücksspielkomplex ist derzeit in München geplant. Um Beschränkungen der Automatenzahl zu umgehen, plant der Betreiber eine Vielzahl von Hallen, die er nicht einmal sichtbar trennt, wie es eigentlich vorgeschrieben ist. Angesichts solcher Landnahme im öffentlichen Raum fällt das Aussteigen dann umso schwerer, wie Abhängige in Selbsthilfegruppen berichten.

Sverre Gutschmidt

Freiheit, die ich meine

Jugend nach Europa: Vor 40 Jahren kam der InterRail-Pass an die Fahrkartenschalter

Schnell das Nötigste gepackt, ein paar Tütensuppen, Brot, Besteck, ein paar Kleidungsstücke, ein Minizelt, Aluminum-Kochgeschirr und Schlafsack auf den Gestellrucksack geschnallt, das InterRail-Ticket eingesteckt und schon geht es los zum nächsten Bahnhof. Raus aus Deutschland, denn die Europa-Fahrkarte gilt im eigenen Land nicht. So etwa sahen die typischen Vorbereitungen eines Rucksacktouristen der 70er Jahre aus.

Vor vierzig Jahren, am 1. März 1972, kam der Bahnpass heraus, mit dem Jugendliche bis zunächst 21 Jahren einen Monat lang 20 Länder für damals 235 D-Mark bereisen konnten. Ob Skandinavien, Mittelmeerländer oder sogar Ostblockstaaten wie Ungarn oder Jugoslawien: Den Jugendlichen standen alle Tore offen. Mit einer Geschwindigkeit von 30 Stundenkilometern im offenen Waggon durch die herrliche Bergwelt der Pyrenäen zu fahren ist „Freiheit pur“. Oder auch das Erlebnis einer Gletscherfahrt in Norwegen, bei der der Zug unterwegs anhält und die Reisenden aussteigen können, um einen besonders schönen Blick auf das Naturwunder zu haben. Oder plötzlich endet die Fahrt mitten in einem ungarischen Dorf, weil es weder Fahrpläne noch Kursbücher gibt und die Fahrtrichtung des Zugs nicht klar ersichtlich war.

Nie kommt man näher in Kontakt mit Einheimischen, aber auch mit Menschen aus anderen Ländern als bei solch einer Reise. Besonders die beliebten Strecken der Nord-Süd-Achse waren oft derart überfüllt, dass auch schon mal eine Nacht im Gang auf dem Gepäck sitzend verbracht werden musste. Egal, wohin die Reise ging, stets lernte man jemanden kennen. Aus manchen Begegnungen entwikkelten sich sogar langjährige Freundschaften.

Genau das ist die Idee, die die holländischen Erfinder der Europa-Netzkarte hatten: Menschen einander näherbringen und den europäischen Gedanken fördern.

Trotz Konkurrenz der Billigflugangebote gibt es InterRail heute immer noch. Die Altersgrenze ist weggefallen und man kann zwischen vielen unterschiedlichen Tarifen wählen. Fazit einer zweifachen InterRail-Nutzerin: Wer InterRail nicht kennt, hat was verpennt!

Manuela Rosenthal-Kappi



Angebot für junge Leute: Eine deutsche InterRail-Fahrkarte von 1982 (li.), ein prüfender Blick vom Schaffner und los geht's auf die Reise ins Abenteuer Bilder: Wikipedia (li.) pa (r.)

IN KÜRZE

Koranverse in der Kirche

Ludwigsburg – Im Credo bekennt die Christenheit ihren Glauben an den Dreifaltigen einen Gott: den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist. In jeder christlichen Kirche, gleich welcher Konfession, wird es in der Regel während eines jeden Gottesdienstes gesprochen oder aber als Lied gesungen. Evangelische Kirchengebäude dienen über die Feier des Gottesdienstes hinaus auch zur Aufführung geistlicher Werke, meist der großen Meister des vertonten Glaubens. In den Requiem-Schöpfungen von Mozart, Verdi oder Gabriel Fauré finden wir die Auseinandersetzung mit dem Glauben und den je eigenen Zugang dazu. Immer aber wird der Glaube an den einen Erlöser des Menschen, Jesus Christus, in seiner Schönheit zugleich bekannt und verherrlicht.

Die evangelische Friedenskirche in Ludwigsburg unweit Stuttgart wirbt in ihrer Internetpräsenz damit, ein „Ort der Kultur“ zu sein, „mit unterschiedlichsten Konzerten und wechselnden Ausstellungen“. Ein „städtisches Zentrum für eine offene Spiritualität“ will man sein, eine Spiritualität, „der alles Zwanghafte fern ist“. Was das in der Praxis bedeutet, wird an diesem Sonnabend zu hören sein. Da erleben die Besucher die Uraufführung eines „Oratoriums für den Frieden“ aus der Feder des Dirigenten Tilman Heiland. Ein „Konzert für den Frieden“ solle es werden und der „Verständigung zwischen Völkern, Kulturen und Religionen“ dienen. Das Orchester Junge Süddeutsche Philharmonie Esslingen sowie mehrere Chorvereine und Schulchöre wirken an dem Projekt mit, das unter der Schirmherrschaft des früheren Bremer Bürgermeisters Henning Scherf steht; Scherf ist Präsident des Deutschen Chorverbandes.

> Das »Friedenskonzert« verstößt krass gegen das Erste Gebot

Wie die *PAZ* erfuhr, sollen vom Chor während des Stückes, das in seinem formalen Aufbau der Liturgie des Requiems folgt, die Eingangsverse des Koran auf Arabisch vorgetragen werden. Die Verse 1 bis 3 der ersten Sure des Koran werden von lateinischen Worten des Requiems musikalisch umrahmt. So kommt es, dass der Anruf „Milder Herr Jesu, gib ihnen die ewige Ruhe“ musikalisch mit einem Preis „Allahs“ vermengt wird: „Im Namen Allahs, des Barmherzigen, des Gütigen. Lob sei Allah, dem Herrn der Menschen in aller Welt dem Barmherzigen und Gütigen“. Allgemein bekannt ist, dass der Islam scharf die Gottessohnschaft Jesu wie auch die Dreifaltigkeit Gottes ablehnt. Auf der Netzseite des Projektes donanobis.de heißt es dazu knapp, die Texte stammten „aus verschiedenen Kulturkreisen und sind in vielen europäischen Sprachen, aber auch in hebräisch, arabisch oder Sanskrit verfasst“.

In der Pressestelle der Evangelischen Landeskirche in Württemberg sieht man keinen Grund, sich von dem Konzert zu distanzieren. Es handele sich jedoch „um keine kirchliche Veranstaltung“, betonte deren Sprecher Oliver Hoesch gegenüber der *PAZ*. „Wir unterstützen die gute Absicht des Konzertes und seines Komponisten.“ Einer Vermischung der Religionen rede man keinesfalls das Wort, „und wir geben auch keine christlichen Glaubensüberzeugungen auf“, so Hoesch. *Christian Rudolf*

Tödliches Heimweh



Biografie über Stefan Zweig

Vor fast 70 Jahren, am 23. Februar 1942, fanden Hausangestellte den Schriftsteller Stefan Zweig und seine Frau Charlotte tot in ihrem Bett: ihn mit gefalteten Händen, sie zärtlich an ihn geschmiegt, als würden beide schlafen. Beide hatten sich vergiftet: er mit einer Überdosis Veronal, sie mit einer Überdosis Morphium. In seinem Haus in Petrópolis bei Rio de Janeiro hinterließ Zweig einen Abschiedsbrief, in dem er schreibt: „Ehe ich aus freiem Willen und mit klaren Sinnen aus dem Leben scheide, drängt es mich, eine letzte Pflicht zu erfüllen: diesem wundervollen Lande Brasilien innig zu danken, dass es mir und meiner Arbeit so gut und gastlich Rast gegeben ... Aber nach dem 60. Jahre bedürfte es besonderer Kräfte, um noch einmal völlig neu zu beginnen. Und die meinen sind durch die langen Jahre heimatlosen Wanderns erschöpft.“

Zweig wurde ebenso wie Thomas Mann, Bertold Brecht und Lion Feuchtwanger zum Symbol für die Intellektuellen, die vor der nationalsozialistischen Herrschaft fliehen mussten. Doch nicht überall stieß sein Freitod auf Verständnis, zumal er im Gegensatz zu vielen Schriftstellerkollegen im Exil materiell gut abgesichert war. Die Beweggründe für seine Entscheidung versucht Laurent Seksik in seinem Roman „Vorgefühl der nahen Nacht“ nachzuvollziehen.

Autor fühlte sich im Exil unwohl

Der französische Autor beschäftigt sich mit den letzten Monaten Zweigs und seiner Frau Lotte im Exil. Nirgends hatte sich der europaüberzeugte Literat zuhause gefühlt. Weder in Deutschland, wo seine Texte auf der Liste der Bücherverbrennungen standen, in Österreich noch in London, wo er in seinem britischen Pass den Stempel „feindlicher Ausländer“ tragen musste. Über die Stationen New York, Argentinien und Paraguay gelangte Zweig 1940 schließlich nach Brasilien. Doch selbst in seinem sonnigen Gastland, dessen Bewohner ihn verehrten, fühlte er sich nicht sicher: „Er wusste, dass Rio eine Brutstätte deutscher Spione war. In den Hotels wimmelte es von Agenten der Gestapo.“ Trotz des großen Hauses mit Dienstpersonal, Geldes, eines Verlegers und des legendären Karnevals in Rio, den er gemeinsam mit Lotte kurz vor dem Doppelselbstmord besuchte, verfiel der 60-Jährige immer tiefer in Depressionen. Nach der Lektüre des Buches stellt sich aber unweigerlich die Frage, ob sein Leben nicht auch ohne die Erfahrung von Diktatur, Verfolgung und Krieg ein tragisches Ende gefunden hätte.

Zweig ist bekannt für seine historischen Biografien über Maria Stuart, Marie Antoinette und Amerigo Vespucci, die eher ein Psychogramm dieser Figuren als ein historisch korrektes Porträt darstellen. Eben diese literarische Form wählt Seksik und spiegelt das politische Weltgeschehen in den Seelenzuständen des Schriftstellers wider. Geschickt kontrastiert er die lebensbejahende Welt Südamerikas mit den düsteren Gedanken Zweigs. Er zeigt zudem die Ecken und Kanten des Schriftstellers auf, etwa seine Arroganz, sich als Intellektueller dem politischen Widerstand zu verweigern, oder sein Versinken im Selbstmitleid.

Doch manchmal überspannt der Autor den Bogen, zum Beispiel wenn er den Taxifahrer klischeehaft verlauten lässt, die Copacabana sei „der schönste Ort der Welt“, oder Bemerkungen über den psychoanalytischen Erzählstil Zweigs in ein Schachspiel einrahmt. Ausufernde Monologe und Wortgefüge, die im Deutschen gestelzter als im Französischen wirken, schmälern das Lesevergnügen. Dennoch lohnt sich das Buch für alle Zweig-Liebhaber und an Exilliteratur Interessierte. *Sophia E. Gerber*

***Laurent Seksik: „Vorgefühl der nahen Nacht“**, Karl Blessing Verlag, München 2011, 240 Seiten, geb., 18,95 Euro.*

Ein Dressurerfolg

Klonovsky über die Umerziehung des Mannes und den Tod des Helden

Ja, irgendwie hat man ihn schon vermisst, aber so richtig bewusst war es einem noch nicht. In „Der Held. Ein Nachruf“ schildert „Focus“-Redakteur Michael Klonovsky nun, wie es zum Tod des Helden an sich kam und wieso einige gar nicht so traurig über sein Ableben und die damit verbundene „Verzwergung“ des männlichen Geschlechts sind.

Und so kennen wir Helden eigentlich nur noch aus Sagen und aus der Geschichte. Was aber nicht bedeute, dass ein Held heutzutage als etwas Gutes an sich betrachtet werde, so der Autor. Der Held gelte sozusagen als historisch belastet, seitdem er sein Leben auch für Dinge einsetzte, die von der Nachwelt als falsch eingestuft werden. Außerdem würden Helden auch so manches Mal Gewalt einsetzen, seien zumeist eher Einzelgänger und würden Taten sprechen lassen, statt das Gespräch zu suchen. All das seien Eigenschaften, die vom heutigen Zeitgeist nicht goutiert würden. Zudem seien Helden zumeist männlich, sprich Frauen seien in diesem Bereich massiv unterrepräsentiert, also, betont Klonovsky, könne die Gesellschaft der Gegenwart mit Heldentum absolut nichts anfangen. „Den Helden zu spielen“, sei demnach verpönt, bestenfalls Zivilcourage sei akzeptiert, was dazu geführt habe, dass immer mehr Männer alles tun, um bloß nicht in den Verdacht zu kommen, ein Held zu sein, ja sogar ein Mann zu sein: „Wird unser Land beleidigt, hören wir weg oder stimmen zu. Ohnehin versuchen wir, uns bei der Äußerung politischer Ansichten am derzeit gerade Opportunen zu orientieren (außer in der Anonymität des Internets). Wenn uns der Chef mobbt, kündigen wir; ist es der Nachbar, ziehen wir weg ... Lieber den Schwanz einkneifen und keine Verletzung oder Schlimmeres riskieren, als seine Würde verteidigen. Sie ist ja bereits im Grundgesetz verbrieft. Den Begriff Männlichkeit halten wir für sexistisch, kulturelle Selbsterhaltung für Rassismus.“

»Männlichkeit halten wir für sexistisch«

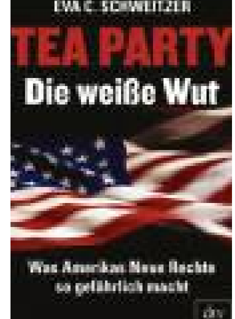
All das habe zur Folge, dass der moderne Mann eher unter Burnout als Testosteron-Überschuss leide, was ein Ergebnis jahrelanger Dressur sei. Dressur? Hier mag der Leser erst ein wenig verdutzt reagieren, doch Klonovskys zugespitzte Aussagen sind gut begründet. Unzählige Publikationen, Studien, Frauenrechtlerinnen und Gender-Beauftrage hätten in den letzten Jahrzehnten vor den Gefahren durch Männer gewarnt, so dass kaum ein Mann noch Mann sein mag. Als Beleg nennt er zahlreiche Buchtitel wie „Der Mann als logische und sittliche Unmöglichkeit und Fluch der Welt“, „Der Mann. Ein Irrtum der Natur?“ oder „Hunde sind die besseren Männer“.

Oft hätten sich Männer sogar zu Vorkämpfern der Entwicklung gemacht. Klonovsky nennt hier Thomas Krüger (SPD), den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, der neben zahlreichen Veröffentlichungen auch 2010 den Kongress „Das flexible Geschlecht“ abhielt. Klonovsky rechnet auf eine so herrlich spitzzüngige, intelligente Art mit den überwiegend linken Wortführern der Frauenbewegung ab, dass es eine Freude ist. Und auch die Ziele von Alice Schwarzer denkt der Autor in all ihrer Radikalität zu Ende und entwirft so eine gruselige Zukunft, jedenfalls für alle Noch-Männer und ihre weiblichen Anhänger. Und auch die Frauen werden im Rahmen des Trends in ein Raster gedrängt, was nicht jede Frau begeistern mag, denn die Frau als Hausfrau und nicht-berufstätige Mutter passt nicht ins Konzept der linken Vordenker.

In Zeiten, in denen einem so mancher Politiker einreden will, dass Deutschlands Wohl wesentlich von der Einführung einer Frauenquote abhinge, ist „Der Held. Ein Nachruf“ wie Balsam für die geschundenen, weichgespülten Männerseelen, denn im Grunde dürften viele ähnlich wie der Autor denken, doch sie wagen keinen öffentlichen Widerspruch gegen die politisch korrekte Grundströmung. Und so ist Klonovsky doch irgendwie ein Held unserer zivilisierten Gegenwart, denn er sagt dem Mainstream wenigstens den Kampf an, auch wenn es nur der verbale ist. *Rebecca Bellano*

***Michael Klonovsky: „Der Held. Ein Nachruf“**, Diederichs, München 2011, kartoniert, 144 Seiten, 14,99 Euro.*

Eigenwilliges Gedankengut



Überkritisches Porträt der US-»Tea Party«-Bewegung

Das Buch „Tea Party. Die weiße Wut – Was Amerikas Rechte so gefährlich macht“ von Eva C. Schweitzer ist auf dem Stand vom Oktober 2011, berücksichtigt also nicht mehr die innerparteiliche Kandidatenkür der Republikaner in den USA. Dafür wird ein eher grundsätzlicher Einblick in die Geisteswelt der Leute ansatzweise gegeben, die den lockeren Verbund bilden, der „Tea Party“ heißt. Der Name nimmt die „Boston Tea Party“ von 1773 auf, als einheimische Weiße, als Indianer verkleidet, im Hafen von Boston aus England importierte Teeballen ins Wasser warfen, um für mehr politische Teilhabe zu demonstrieren. Die Episode dient seitdem zur Versinnbildlichung von gerechtem Bürgerzorn gegenüber einer ungerechten Obrigkeit. Allerdings lassen bereits die Untertitel des Buches Zweifel aufkommen, ob in der innenpolitischen Szene der USA Schwarz und Weiß wirklich so eindeutig verteilt sind. Die Autorin jedoch stellt ihre Informationen so zusammen, dass der Leser einen republikanischen Wahlsieg im November 2012 nicht mehr wünschen kann. Denn auch wenn die „Grand Old Party“ nicht identisch ist mit dem Personenkreis, der sich unter dem Etikett „Tea Party“ tummelt, so spielt das Gedankengut der letzteren bei ersterer eine große Rolle. Da zeigt sich religiöser Fanatismus bis hin zu einer ausgesprochenen Xenophobie, die Schwarze, Moslems, Gelbe und auch „dekadente“ Europäer in Grund und Boden verachtet.

Während man auf dem Globus nach Herzenslust interveniert, darf keinerlei Einfluss von außen das amerikanische Herzland berühren! Antisemitismus spielt auch eine gewisse Rolle, aber nur eine geringe im Vergleich etwa zum Anti-Islamismus. Denn ein jeglicher republikanische Kandidat muss die jüdische Lobby im Lande bedienen und sich so eindeutig wie nur möglich zur Unterstützung Israels bekennen.

Ein bedeutender Teil der amerikanischen Wählerschaft verübele es Obama, so die Autorin, dass er ein Schwarzer ist, oder er hält ihn als einen Demokraten für linksradikal. Die Legalisierung von Schwulen-Ehen und die Straffreiheit von Abtreibung seien aufzuheben. Schweitzer führt zudem die Exponenten der „Tea Party“ wie Michele Bachmann, Newt Gingrich, Sarah Palin, Mitt Romney und Rick Santorum in ihrer intellektuellen Dürftigkeit und mit ihrem tatsächlichen Opportunismus bei scheinbarer eherner Prinzipientreue einzeln vor.

Das alles wird ausgebreitet im flüssigen Stile einer die Augenblicke und bizarren Porträts aneinander reihenden Reportage. Aber eine genauere Analyse der skizzierten Gedankenwelt und eine Herleitung aus der amerikanischen Tradition seit den Pilgervätern kommen in dem Buch zu kurz. Die „Tea Party“-Leute sind viel zu überzeugt von sich, als dass man ihre Vorstellungen nur als Kapriolen betrachten könnte. Zudem wird wegen der praktisch auch schon 2011 gegebenen Wahlkampfsituation sicherlich manches heißer gekocht, als es von einem republikanischen Präsidenten dann serviert würde. Die zeitgeschichtliche Dimension des Rechtsrucks, der Obama aus dem Amt zu drängen droht, wird nicht sichtbar. Die Autorin ist Amerikanistin; das hätte man also von ihr erwarten dürfen. Und insgesamt: Etwas mehr an abwägender Distanz zu ihrem Material wäre wünschenswert gewesen. *Bernd Rill*

***Eva C. Schweitzer: „Tea Party. Die weiße Wut – Was Amerikas Rechte so gefährlich macht“**, dtv Premium, München 2012, kartoniert, 14,90 Euro.*

Halbherzige Revolution



Fritz Vahrenholts Kritik an der These der menschengemachten Erderwärmung wagt nicht den großen Schluss

„Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet“ von Fritz Varenholt und Sebastian Lüning wurde publiziert mit einem Donnerschlag. War die Klimapolitik der letzten 30 Jahre eine einzige Irreführung? Deutschlands auflagenstärkste Tageszeitung titelte gar: „Die CO_2-Lüge – Die Klimakatastrophe ist Panikmache der Politik“.

Diese Aussage stimmt, doch die Politik schwieg bisher beharrlich zu dieser bisher nie so offen ausgesprochenen Anklage. Sie konnte diese Ruhe auch bewahren, da die Autoren nicht zur Umkehr und zur Wahrhaftigkeit auffordern, sondern nur zur Gelassenheit. Exakt hier liegt die Schwäche des so stark angekündigten Buches. Wie ein roter grüner Faden zieht sich die Argumentation durch dieses Buch: Den CO_2-Treibhauseffekt gibt es, aber nur halb so stark! Die Klimakatastrophe kommt, aber nur halb so schnell.

Dabei ist der gedankliche Ansatz, nach dem Einfluss der Sonne in der Klimageschichte zu suchen, keineswegs abwegig. Wenn alles Leben auf der Erde von der Sonnenenergie abhängt und auch das Wetter von ihr seine Energien bezieht, dann muss die Sonne eine zentrale Rolle spielen. Doch beide Autoren, der Chemiker Fritz Vahrenholt und der Geologe Sebastian Lüning, sind erstens fachfremd, was die Physik der Atmosphäre angeht, und zweitens interessengebunden. Sie stehen beziehungsweise standen im Dienste des Stromkonzerns RWE, wobei Vahrenholt eigens für den Geschäftszweig „erneuerbare Energien“ zuständig ist.

Sonne mit ins Spiel gebracht

Beide Autoren haben fleißig recherchiert und eine Unmenge an Material zusammengetragen, um ihre These zu belegen, dass die ebenso heiße wie launische Sonne einen mindestens 50-prozentigen Anteil an dem historisch belegbaren Auf und Ab der Temperaturen habe. Dies leugnet ja auch kein Klima-Experte, doch solle dies nur bis 1850, dem Beginn des Industriezeitalters, gelten. Ab 1850 führe das CO_2 das alleinige Klima-Regiment.

Mit dem Nachweis, dass die Erde kein „geschlossenes Treibhaus“, wie so oft behauptet, sondern ein offenes Ökosystem mit offenen Strahlungsfenstern ist, hätte der „Panikmache“ der Politik ein Ende gesetzt werden können, hätte der „Wahnwitz mit Solar- und Windkraft“ gestoppt werden können. Doch damit hätten die Autoren den RWE-Ast, auf dem sie sitzen, selbst abgesägt.

Der Ansatz, nach dem Einfluss der diversen Sonnenflecken-Zyklen auf das irdische Klimageschehen zu forschen, war richtig, aber der große Wurf blieb aus, denn wer gegen die „CO_2-Lüge“ vorgehen will, darf nicht von ihr profitieren. So darf man nicht von der Konstanz der „Solarkonstante“ von 1368 Watt pro Quadratmeter (W/m^2) ausgehen. Seit Johannes Kepler (1571–1630) ist bekannt, dass die Umlaufbahn der Erde um die Sonne eine Ellipse und kein Kreis ist. Mit der Entfernung variiert auch die Sonneneinstrahlung zwischen 1416 und 1320 W/m^2, wobei die stärkste Einstrahlung mitten im Winter stattfindet.

Von eigenen Interessen geleitet

Diese und andere Kuriositäten in der Argumentation der Klima-Experten hätten die Autoren entlarven können. Dann hätte ihr Buch eine wahre Revolution auslösen und die gesamte Klimaschutzpolitik als reine Gesellschaftsveränderungspolitik enttarnen können. Weil die Autoren diesen Mut nicht hatten oder aufbringen durften, müssen sie nun den Spott der Experten, die von dieser Halbherzigkeit wissen, ertragen nach dem Motto: „Sie sind als Tiger gestartet, doch als Bettvorleger gelandet.“

Das Buch gibt etliche Denkanstöße, aber liefert keinerlei Rezepte, um den irrsinnigen globalen Klimaschutzwahn zu beenden. Jeder Klimawandel hängt ursächlich vom ebenso steten wie unberechenbaren Wandel des Wetters ab und den bestimmt mit Sicherheit nicht der Mensch. *Wolfgang Thüne*

***Fritz Varenholt, Sebastian Lüning: „Die kalte Sonne – Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, geb., 445 Seiten, 24,99 Euro.*

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

DVD

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

Sonderangebot statt € 25,80 nur € 19,95



Walter Piel
Von Masuren ins Ruhrgebiet
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967



Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Königsberg-Schlüsselanhänger



Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95



Neuauflage

Ulrich Saft
Der Kampf um Norddeutschland
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80



Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372



€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

Angebot solange der Vorrat reicht!



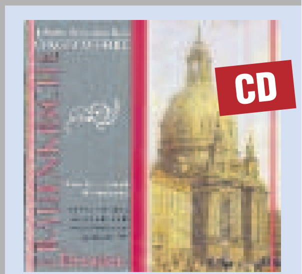
statt € 149,95 nur noch € 129,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Silbermannorgel
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Christian Kracht
Imperium
In »Imperium« erzählt der Autor eine Aussteigergeschichte in den deutschen Kolonien der Südsee, indem er virtuos und gut gelaunt mit den Formen des historischen Abenteuerromans eines Melville, Joseph Conrad, Robert Louis Stevenson oder Jack London spielt.
Die Welt wollte er retten, eine neue Religion stiften, gar ein eigenes Reich gründen – eine Utopie verwirklichen, die nicht nur ihn selbst, sondern die Menschheit erlöst, fernab der zerstörerischen europäischen Zivilisation, die gerade aufbricht in die Moderne und in die Katastrophen des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Doch in der Abgeschiedenheit der Südsee, in einer Kolonie des wilhelminischen Deutschland, gerät ein von einem vegetarischen Spleen besessener Sonnenanbeter in eine Spirale des Wahnsinns, die die Abgründe des 20. Jahrhunderts ahnungsvoll vorwegnimmt. In seinem vierten Roman zeichnet Christian Kracht die groteske, verlorene Welt von Deutsch-Neuguinea, eine Welt, die dem Untergang geweiht ist und in der sich doch unsere Gegenwart seltsam spiegelt. Zugleich aber ist Christian Krachts »Imperium« eine erstaunliche, immer wieder auch komische Studie über die Zerbrechlichkeit und Vermessenheit menschlichen Handelns.

256 Seiten, gebunden
Best.-Nr.: 7169

€ 18,99

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

statt je € 29,95 nur noch € 24,95

2 DVDs

Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

Sonderangebot statt € 24,90 nur € 19,95

Wiechert, Ernst
Das einfache Leben
In eindrucksvollen Bildern und virtuos geformter Sprache erzählt Ernst Wiechert von der Kraft, die in einem einsamen Leben liegt: Der Marinekapitän Thomas von Orla beginnt in der Nachkriegszeit ein von Wind und Wasser, Wald und Tieren umgrenztes, arbeitsreiches Leben, und findet hier die Antwort auf seine drängenden Fragen.
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 2001



€ 14,99

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979
Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
• Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
• Wild flutet der See
• Ännchen von Tharau
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

Sonderangebot statt € 13,95 nur € 9,95

Wolfskinder
(Doku-Klassiker von Eberhard Fechner aus 1990)
„Wolfskinder" erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Eberhard Fechner – 1926 in Liegnitz (Schlesien) geboren, 1992 in Hamburg gestorben – prägte als Regisseur, Autor und Schauspieler die deutsche TV-Filmen wie „Tadellöser & Wolff", „Ein Kapitel für sich" oder „Winterspelt" schuf er vor allem einen eigenen und vielfach ausgezeichneten Dokumentarfilmstil: „Der Künstler soll nicht richten, sondern nur leidenschaftsloser Zeuge sein."
Der Film wurde 1990 zum ersten Mal im ZDF ausgestrahlt.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten" zu sehen.

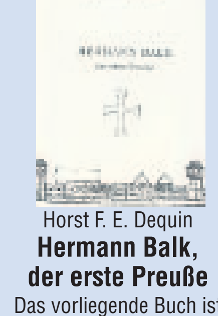
DVD

Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Das alte Dresden
Erinnerungen an die Zeit von 1880 bis 1942
(3D-DVD inkl. 3D-Brillen)
Laufzeit: 60 Minuten
Best.-Nr.: 7168, € 14,95



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143



statt € 14,90 nur € 9,95

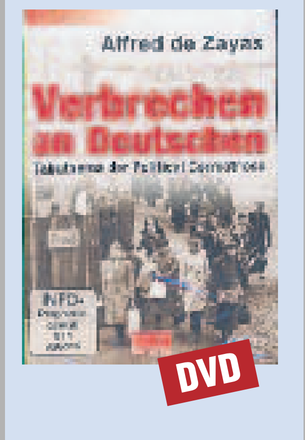
Preußen- Schirmmütze



Preußen- Schirmmütze
Schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



statt € 7,95 nur noch € 4,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 S., mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626



statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

PMD Preußischer Mediendienst

10/12

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Deutschland wird ärmer

New York – Laut dem früheren Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, wird Deutschland in zehn Jahren ein massives Problem mit Altersarmut bekommen. Dies sagte er dem US-Sender CNBC. Wegen der Überalterung werde Deutschland weniger Rücklagen bilden und nicht mehr als „Zahlmeister“ zur Verfügung stehen. Es werde dann so dastehen wie das heute bereits stagnierende Japan. *H.H.*

Böhmer für Halit-Yozgat-Str.

Kassel – Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat sich dafür ausgesprochen, die Holländische Straße in Kassel nach dem letzten „Döner-Mord“-Opfer Halit Yozgat zu benennen. Die Stadt Kassel hat allerdings Bedenken angemeldet. Beim Mord an Halit Yozgat 2006 hatte sich ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im selben Lokal aufgehalten. Nach seiner kurzzeitigen Festnahme ist er in die Bezirksverwaltung versetzt worden. *H.H.*

ZUR PERSON

Ihre Schönheit soll begeistern

Eine wie sie muss Carl Joseph Millöcker zu seiner Jubelarie „Die schönste aber ist die Polin“ inspiriert haben: **Joanna Mucha**, 1976 in Lublin geboren, promovierte Ökonomin und seit Ende 2011 Polens „piekna“ (schöne) Ministerin für Sport und Tourismus. Auch international wird sie eine gute Figur machen, wenn sie im Juni 2012 in Warschau die Fußball-Europameisterschaft und 2014 in Danzig die Leichtathletik-Weltmeisterschaft eröffnet, zuvor im Juli 2012 bei der Olympiade in London gastiert und weitere Auftritte wahrnimmt. Sofern sie nicht der „Abschuss“ ereilt, den Premier Donald Tusk angeblich vorbereitet – für die Ministerin, die von Sport keine Ahnung hat, von einem medialen Fettnapf in den nächsten tappt, ihren Leibfriseur Marek Wieczorek zum Vizechef des Nationalen Sportzentrums machte (was ihr den Spitznamen „Friseurministerin“ eintrug) und generell „dümmer als jede Blondine“ ist.



Doch all das lässt die fitte Karatekämpferin kalt. Sie hat sich kurz nach ihrer Ernennung mit der korrupten Führung des Fußballverbandes unter Grzegorz Lato, Heros der WM-Elf von 1974, angelegt, ist den Nationalisten der „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) auf die Zehen getreten und ähnliches mehr. Ihre Sternstunde kommt, wenn die EM Bilanz zieht. Fußball ist etwas für „kibicy“ (Zuschauer), Frau Dr. Mucha und ihre Experten von den Universitäten Warschau und Lodz kümmern sich um Kosten und Gewinne. Bis zum Anstoß wird Polen infrastrukturelle Vorleistungen von etwa 20 Milliarden Euro erbracht haben, vor allem für Straßenbau und Eisenbahn, aber von Deutschen und deren WM 2006 gelernt haben, wie man Profit mit Touristen und Arbeitsplätze macht. Polen erwartet beim Kassensturz siebzehn Milliarden Euro „zysk“ (Gewinn). *W. Oschlies*



Zeichnung: Mohr

Christian und Beate

Wie uns Wulff Frau Klarsfeld zurückschenkte, was das »gute Deutschland« ausmacht, und warum uns um die Zukunft nicht bange ist / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Was ist eigentlich „politisch“ an einem angeblichen Schwiegermutter-Kredit? Wegen der Ermittlungen zur Quelle seiner Urlaubsfinanzierung ist Christian Wulff bekanntlich zurückgetreten. Nur, weil sein Ex-Adlatus im Bellevue den schummrigen Hintergrund seiner Sylt-Sause für „politisch“ erklärt hat, bekommt Wulff den Ehrensold. Die Wissenschaft diskutiert gern und ausgiebig über den „Begriff des Politischen“. Sie wird lange benötigen, bis auch Schwiegermütter, Hotelrechnungen und nebulöse Barzahlungen da hineinpassen.

Für Wulff alles kein Problem. Er will nicht bloß den ganzen Sold von 199 000 Euro jährlich, sondern fordert zudem alle Zusatzleistungen für Fahrer, Büro und Sekretärin im Wert von 280 000 Euro pro Jahr.

Seinem Zapfenstreich wollte das politische Berlin soweit es geht fernbleiben. Bei Redaktionsschluss war noch nicht einmal klar, ob die Zeremonie überhaupt stattfinden kann. Wer wollte es den Soldaten verübeln, wenn sie lieber den Dienst an den Nagel hängen, statt bei so einer Sache gesehen zu werden? Statt der üblichen drei Lieder wollte der Scheidende obendrein noch vier Titel hören. „Das haben wir noch für niemanden gemacht“, war aus den Reihen der Bundeswehr zu hören. Klar, wir hatten ja auch noch niemanden wie Christian Wulff.

In die Geschichte wird er jedenfalls eingehen. Ob indes die Vokabel „Nachruhm“ in seinem Falle eine Chance hat? Immerhin hat uns Wulffs jäher Abgang mit der lange vergessenen Beate Klarsfeld wieder bekanntgemacht. Für die Frau ist es ein Geschenk des Himmels. Jahrelang vermoderte sie in der trostlosen Rubrik „Lebt die noch?“

Ein Bewunderer, der vor Beate Klarsfeld ungebrochen in tiefster Ehrfurcht erstarrt blieb, war ihr in den dürren Jahren geblieben: sie selbst. Nicht nur das spricht für sie. Als Bundespräsidentin würde Klarsfeld nach dem Durcheinander der vergangenen Monate für einen Rest an Kontinuität sorgen, denn in Sachen Eigenlob würde sie das Vermächtnis ihres Vorgängers Christian Wulff würdig fortführen.

Ehrlich ist sie auch. Denn keine Sekunde lässt uns die Kandidatin der Linkspartei im Unklaren, worum es ihr geht: Die Nominierung sei die „Anerkennung und Krönung der Arbeit, die ich seit Jahren leiste“. Krönung ihrer Arbeit? Da sie sich als „Nazi-Jägerin“ einen Namen gemacht hat, hätte das doch wohl die Auffindung irgendeiner 95-jährigen NS-Größe sein müssen. Oder ging es ihr die ganzen Jahrzehnte gar nicht so sehr um die braunen Herren, sondern darum, selbst ins Rampenlicht zu gelangen und sich den Bauch pinseln zu lassen?

> Gut, dass nicht das Volk den Präsidenten wählt. Dann hätten wir den Wulff nie so erleben dürfen

So ist das mit der „Krönung“ wohl zu verstehen. Zur Verblüffung ihrer ultralinken Schleppenträger bekannte Klarsfeld ja auch, dass sie in Frankreich den konservativen Präsidenten Sarkozy unterstütze. Warum? „Er hat mich schon zweimal ausgezeichnet.“

Um an Aufmerksamkeit und Auszeichnungen zu gelangen, hat die Kandidatin offenbar so ziemlich alles gemacht. Henryk M. Broder berichtet, wie sie ihn Anfang der 70er Jahre hinderte, für einen vom Polizeiknüppel getroffenen Demonstranten rasch Hilfe zu holen: Broder solle sich Zeit lassen, der Blutende mache sich gut im Fernsehen.

Ihr größter Coup war Klaus Barbie. Den „Schlächter von Lyon“ will sie selbst vor Gericht gebracht haben. Das stimmt nur fast. Anfang der 70er Jahre waren die deutschen Behörden schon auf Barbie in seinem bolivianischen Exil aufmerksam geworden. Das erzählte einer der Offiziellen dann der „Nazi-Jägerin“, die umgehend nach Bolivien eilte.

Dort fühlte sich Barbie bis dahin völlig sicher. Erst Beate Klarsfelds Tapsigkeit soll dafür gesorgt haben, dass er nun wusste, dass sie ihm auf den Fersen sind. Sie versuchte gar, ihn zu entführen, was erbärmlich gescheitert ist. Schließlich war es weder Klarsfeld, die Barbie fand, noch war sie es, die ihn nach Frankreich vor Gericht brachte. Beim Machtwechsel in Bolivien 1983 kam eine Regierung ans Ruder, welche um gut Wetter mit den europäische Ländern bemüht war und den Mann auslieferte.

Aber das macht alles nichts, der Ruhm gehört Klarsfeld allein. Dass sie eng mit der Stasi kooperiert habe, wirft man ihr dennoch vor. Aber wieso denn, fragt sie indigniert zurück: Woher hätte sie denn ahnen sollen, dass es in der DDR eine Stasi gab und sie nicht mit „normalen“ Historikern und Archivaren zu tun hatte?

Wie dem auch sei, sie repräsentiere jedenfalls das „gute Deutschland“. Was ein „gutes“ Land ausmacht, darüber rätseln wir bis heute. Vermutlich sind es jene Menschen, die für Orden und Auszeichnungen mit buchstäblich jedem packeln. Sogar gleichzeitig mit den Konservativen des einen Landes und den Linksradikalen des anderen – Hauptsache, die Geschenke stimmen. Schade, dass Klarsfeld nicht schon 2010 aufgestellt wurde. Sie und Wulff, das wären zwei Kandidaten gewesen, die wir beide auf ihre Art nur liebhaben können.

Christian Wulffs Wahl von 2010 bleibt immerhin ein schlagendes Argument dagegen, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. Das Volk ist ja so „stimmungsabhängig“, und unsere Stimmung neigte schon damals eher zu Gauck. Was hätten wir alles verpasst, wenn der schon 2010 im Bellevue untergekommen wäre! Weder wären wir in den Genuss von Wulffs Raffereien gekommen noch hätten wir jemals Beate Klarsfelds „Ode an mich selbst“ lauschen dürfen. Unsere Welt wäre ärmer.

Daher sollte man auch weiterhin sehr vorsichtig umgehen mit der Volksmacht. Die EU hat da eine recht gute Linie gefunden. Normalerweise lässt man die Völker so lange abstimmen, bis das Ergebnis stimmt oder man lässt die Aufmüpfigen die Peitsche spüren, wie zuletzt den Griechen-Premier Papandreou, der gehen musste, nur Stunden nachdem er das Wort „Volksabstimmung“ in den Mund zu nehmen wagte.

Ganz anders sieht es natürlich aus, wenn sich die Völker weise zeigen, also gehorsam, und genau das wünschen, was Brüssel ohnehin gern hätte. EU-Kommissarin Viviane Reding hat einer Umfrage entnommen, dass drei Viertel der EU-Bürger eine gesetzliche Frauenquote in der Wirtschaft befürworten. Da ist das Votum der „Bürgerinnen und Bürger“ auf einmal von höchstem Belang und muss unbedingt befolgt werden von den politischen Führungen in Europa, meint Viviane Reding.

Die EU-Kommissarin wird die Situation nutzen, um allen zu erklären, wie demokratisch die EU in Wirklichkeit ist, wo die Meinung der Menschen ernstgenommen und in der Politik umgesetzt wird. Ja, auch wir machen uns jetzt keine Sorgen mehr um die Zukunft der Demokratie in Europa. Denn diese Art von Demokratie, in der sich das Volk als „Avantgarde des Fortschritts“ fühlen darf, wenn es seiner Führung hinterherdackelt, die hat es immer gegeben. Um deren Fortbestand ist uns nicht bange.

Und als echte Weltbürger weigern wir uns, Verstöße gegen unsere ehernen demokratischen Regeln hinzunehmen. Unerträglich, diese Schiebereien in Russland. Lächerlich, wenn plötzlich die Überwachungskamera ausgeht und danach viele neue Stimmzettel in der Urne liegen. Und dann Iran, wo nur ein paar Auserwählte antreten durften. Eine Farce.

Es ist daher unausweichlich, dass die Gemeinschaft der freien Völker mit solchen Staaten Tacheles redet. Niemals können solche Strolche unsere Verbündeten sein. Wer unser Freund sein will, bei dem passieren solche schrägen Sachen nicht. Oder haben Sie schon mal davon gehört, dass die Wahlen von Fälschung, Einschüchterung der Opposition und dem Nichtzulassen aller wirklich oppositionellen Parteien überschattet waren bei einem treuen Verbündeten der freien Welt wie – Saudi-Arabien? Eben nicht, denn wo keine Wahlen abgehalten werden, da kann sie niemand fälschen, und wo keine Opposition erlaubt ist, da wird sie auch nicht eingeschüchtert.

MEINUNGEN

***Wladimir I. Lenin** hatte eine genaue Vorstellung davon, wie man demokratische, **bürgerliche Gesellschaften** an ihr Ende bringen kann:*

„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten.“

*Lord **George Weidenfeld** warnt in seiner „Bild“-Kolumne (2. März) vor den **Gefahren**, die gerade in letzter Zeit im Zuge der **„Arabellion“** an Bedeutung gewinnen:*

„Die Kräfte, die uns gegenüberstehen und unsere demokratischen, politischen Institutionen bedrohen, sind von einem Fanatismus beseelt ... Die extremen Islamisten meinen es ernst, wenn sie von dem Dschihad der Zukunft, der Rückeroberung eines verlorenen Imperiums sprechen.“

*Zur jüngsten Studie über die verbreitete **Integrationsverweigerung** unter Muslimen sagt Bestseller-Autor **Thilo Sarrazin**:*

„Jeder soll so leben, wie er möchte, aber nicht unbedingt bei uns. Niemand muss in Deutschland leben, wenn er unsere kulturellen Werte nicht teilt und den Westen verachtet.“

*Commerzbank-Chef **Martin Blessing** spöttelt über die „freiwillige“ Beteiligung der privaten Gläubiger an der **Entschuldung Griechenlands**:*

„Das ist so freiwillig, wie das Geständnis in der spanischen Inquisition freiwillig war.“

Die Geheimwaffe

Europas Schulden-Union
verschärft wie mehrmals
vorher schon
die Mullah-Sanktionen -
ganz autonom, nicht auf
Geheiß,
denn Wertgemeinschaft heißt
ja, Fleiß
darf keinesfalls sich lohnen.

Dass Hellas Öl bisher infam
vom Perserreich auf Pump bekam,
war folglich nicht zu dulden –
so deckt Athen ab nun sich ein,
zu höhern Preisen obendrein,
auf Nettozahler-Schulden.

Nur macht es irgendwie
perplex:
Kentucky Chicken startet,
schmeck's,
im Gottesstaat, dem öden,
mit Schnellfress-Filialen flott,
als ob's Embargo und Boykott
nur gäbe für die Blöden!

Da kenne sich noch einer
aus:
Erlaubt's der Mann im Weißen
Haus?
Wie darf er es nur wagen,
wo doch zugleich so angestrengt
sein Freund, der Netanyahu, drängt,
jetzt endlich loszuschlagen?

Naja, Obama baut auf Zeit:
Den Kampf aufnehmen landesweit
wird Burger King desgleichen,
und mit McDonalds, Taco Bell,
mit Pizza Hut, nicht minder schnell,
und Starbucks wird's wohl reichen!

Ihr seht, so führen jene Krieg
mit biologisch reinem Sieg,
die den Nobelpreis tragen –
wenn dann ein Ayatollah
hetzt,
ist längst die Wehrkraft schon
zersetzt
durch Galle, Leber, Magen.

Pannonicus